

Inhaltsverzeichnis

7. Kapitel: Das Jahr Eins der Revolution	1
Die Umriss der neuen Ordnung	1
Die Wikschel-Verhandlungen	6
Die Auflösung der Konstituante	11
Das Drama von Brest-Litowsk	18
Der Siebente Parteitag	30
Der finnische Bürgerkrieg	31
Die Versorgung der Städte	33
Die Verbindung zu den Arbeitern reißt	36
Der Putsch der Linken Sozialrevolutionäre	42
Der rote Terror	44
Die Ukraine unter deutscher Besatzung	46
Der Preis des Überlebens	48

7. Kapitel: Das Jahr Eins der Revolution

Die Pariser Kommune hatte kaum drei Monate Bestand, die Gegner sagten der Sowjetmacht keine längere Existenz voraus. Die Bolschewiki drangen in neue gesellschaftliche Dimensionen vor, im ersten Jahr schufen sie eine Vielzahl von Gesetzen, die Umriss einer sozialistischen Ordnung erahnen ließen, die Verfassung vom Sommer 1918 bildete einen Schlussstein dieser Konzeption. Die idealen Entwürfe blieben auf dem Papier. Es gelang den Gegnern, mit den *Wicksel*-Verhandlungen den Zweiflern an der Oktoberrevolution in der Bolschewistischen Partei fast zum Sieg zu verhelfen. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmte bei den Wahlen zur Konstituante gegen die Oktoberrevolution, die Bolschewiki lösten die Versammlung auf, der Oktober hatte eine höhere Ordnung geschaffen. Das Sowjetkom erreichte einen Frieden, die internen Auseinandersetzungen um den Frieden brachten die KPR an den Rand der Spaltung, die deutschen Imperialisten nutzten die Schwäche, um einen großen Teil des Landes in ihre Gewalt zu bringen. Die Wirtschaft war in freiem Fall, die Bauern verweigerten die Herausgabe ihrer überzähligen Lebensmittel, Arbeiter und Soldaten mussten ihnen das Getreide gewaltsam entreißen. Die Städte hungerten und froren, die Arbeiter flohen aufs Land. Um die Macht zu halten, mussten die Bolschewiki ihre Herrschaft gewaltsam ausüben. Die Arbeiterkontrolle wurde aufgegeben, staatskapitalistische Experimente wurden kurzzeitig unternommen, bevor man im Juni 1918 zum Kriegskommunismus übergehen musste. Die Unterstützung der Arbeiterklasse ging verloren. Der Bündnispartner der Linken Sozialrevolutionäre verließ die Regierung und machte einen dilettantischen Putschversuch. Wie die anderen Parteien wurden sie unterdrückt, die KPR blieb als einzige Partei an der Macht, die sie nur mit Terror halten konnte. Russland taumelte in den Bürgerkrieg. Der Sturz der Bolschewiki schien unabwendbar, im November 1918 gab ihr die deutsche Revolution Hoffnung.

Die Umriss der neuen Ordnung

In seiner Broschüre 'Staat und Revolution' hatte Lenin die Umriss einer sozialistischen Gesellschaft entworfen. Für die Bolschewiki war klar, dass der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden müsse.

„Wir brauchen eine revolutionäre Staatsmacht.... Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt und die dem Volk entgegengesetzt werden. Alle bürgerlichen Revolutionen haben lediglich die Staatsmaschinerie vervollkommen und sie der einen Partei entrissen und der anderen übergeben... Das Proletariat aber muss... diese fertige 'Staatsmaschine' zerschlagen und durch eine neue ersetzen, wo Polizei und stehendes Heer und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind... Das Proletariat muss alle armen und ausgebeuteten Schichten des Volkes organisieren und bewaffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht selbst übernehmen, damit sie selbst und unmittelbar die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.“¹⁾

Man erwartete die Revolution in Westeuropa. Der neue Staatsapparat wurde mit dem Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten vom Typ der Pariser Kommune identifiziert.

Auf dem Zweiten Sowjetkongress wurden die Dekrete über den Frieden und das Land verabschiedet. Nach der Einrichtung des Rates der Volkskommissare (Sowjetkom) ging er daran, die Wirtschaft umzuformen und den nationalen Minderheiten ihre Selbstbestimmung zu verschaffen. Am 2. November wurde das Dekret über die Rechte der Völker verabschiedet. Die Sowjetregierung erkannte die Bildung von Nationalstaaten, Auf dem Zweiten Sowjetkongress wurden die Dekrete über den Frieden und das Land verabschiedet. Nach der Einrichtung des Rates der Volkskommissare

(Sownarkom) ging er daran, die Wirtschaft umzuformen und den nationalen Minderheiten ihre Selbstbestimmung zu verschaffen. Am 2. November wurde das Dekret über die Rechte der Völker verabschiedet. Die Sowjetregierung erkannte die Bildung von Nationalstaaten, wie Finnland und die Ukraine, an. Ein Dekret über die Abschaffung der Stände hob alle sozialen Privilegien und Titel auf. Ebenso wurden das Ende der Privilegien der Kirche und ihre Trennung vom Staat und der Schule verfügt. Die Gleichheit der Frauen wurde proklamiert. Die von Kerenski eingeführte Todesstrafe an der Front wurde abgeschafft.

Am 14. November 1917 wurde das Gesetz über die Arbeiterkontrolle vom ZEK beschlossen.

- „1. In allen Industrie-, Handels-, Bank- landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben mit... nicht weniger als fünf Arbeitern und Angestellten oder einem Jahresumsatz von nicht weniger als 10.000 Rubel wird die Arbeiterkontrolle über die Herstellung, die Lagerung und den Kauf und Verkauf aller Produkte und Rohstoffe eingeführt.*
- 2. Die Arbeiterkontrolle wird von allen Arbeitern und Angestellten des Betriebes durchgeführt, entweder unmittelbar... oder von ihren gewählten Vertretern, die sofort in allgemeinen Versammlungen zu wählen sind...*
- 3. Ohne Erlaubnis der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten ist es kategorisch verboten, einen Betrieb oder Produktionszweig... stillzulegen oder irgendwelche Änderungen in seiner Tätigkeit vorzunehmen.*
- 4. Diesen gewählten Vertretern muss die Einsicht in ausnahmslos alle Bücher... ermöglicht werden.*²⁾

Im Dezember wurden die Banken von Rotgardisten besetzt und nationalisiert.

*„Alle Betriebe der Aktiengesellschaften werden zum Eigentum des Staates erklärt. Es wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt, alle Bürger beiderlei Geschlechts von 16 bis 55 Jahren sind verpflichtet, die Arbeiten durchzuführen, die von den örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten... angeordnet werden... [Es] wird verfügt, dass Angehörige der reichen Klassen... verpflichtet sind, ein Konsum- und Arbeitsbuch... zu besitzen und regelmäßig zu führen... Zwecks ordnungsgemäßer Erfassung und Verteilung... der Lebensmittel... sind alle Staatsbürger verpflichtet, sich irgendeiner Konsumgenossenschaft anzuschließen.“*³⁾

Zur Leitung der Wirtschaft wurde am 1. Dezember der *Oberste Volkswirtschaftsrat* gegründet, ihm wurde die Aufgabe erteilt, die Produktion und die Distribution zu verwalten, mit dem gesamten Besitz der Republik. Alle Staatsschulden wurden annulliert, was vor allem die ausländischen Banken traf.

Wenige Tage nach der Revolution wurde ein Volkskommissariat für Volkswohlfahrt geschaffen, Alexandra Kollontai wurde die Aufgabe der Leitung der Sozialbehörde übertragen, sie war damit erste weibliche 'Ministerin' eines Staates. Anatoli Lunatscharski wurde Vorsitzender des Volkskommissariats für Bildung, der russische Begriff kann auch als Volkskommissariat für Volksaufklärung übersetzt werden. Nadeschda Krupskaja, die 'Seele des Volkskommissariats', kümmerte sich um die Formulierung der Bildungspolitik, ihr Mann Lenin interessierte sich kontinuierlich für die Angelegenheiten des Kommissariats.

Trotzki hatte das Amt des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten übernommen. Seine Aufgabe schien ihm angesichts der kommenden europäischen Revolution nicht besonders anstrengend:

*„Welche diplomatische Tätigkeit werden wir machen? Ich werde ein paar revolutionäre Proklamationen an die Völker der Welt herausgeben und dann den Laden zumachen.“*⁴⁾

Als er den Widerstand der Beamten des Außenministeriums gebrochen hatte und die Tresore des Außenministeriums sich ihm öffneten, ließ er die die Geheimverträge der zaristischen Regierung mit den Alliierten veröffentlichen. Sie erschienen wochenlang in den Tageszeitungen und enthüllten, das dem Zaren Konstantinopel und Teile Galiziens versprochen worden waren.

Neben dem Rat der Volkskommissare Sownarkom hatte das Zentrale Exekutivkomitee des Sowjetkongresses ZEK die Funktion der Kontrolle der Regierung. Formal war die Trennung von Exekutive und Legislative aufgehoben, die Gesetze sollten vom ZEK in Kraft gesetzt werden, aber angesichts der Flut von fast 2.000 Dekreten im ersten halben Jahr war das ZEK nicht in der Lage, jedes einzelne zu diskutieren und zu genehmigen. Die LSR und die Rechtssozialisten beschwerten sich immer wieder über die mangelnde Kontrolle des Sownarkom durch das ZEK, die bolschewistische Mehrheit des ZEK setzte durch, dringende Erlasse durch die Regierung erst nachträglich bestätigen zu lassen.

Der Rat der Volkskommissare begann recht bescheiden in Lenins Zimmer im Smolny. Viele Dekrete wurden nicht in formalen Sitzungen beschlossen, sondern durch Absprachen Lenins mit den Volkskommissaren oder Gremien untereinander. Wladimir Bontsch-Brujewitsch war Chef der Kanzlei. Am Anfang bestand das Sekretariat aus einem Schreibtisch, ein paar Bleistiften und anderen Utensilien und einem Telefon. Mitte November 1917 wuchs der Stab der Mitarbeiter auf 21.⁵⁾ Bald bekam die Regierung sogar einen eigenen Raum. Am Anfang hielt sie ihre Besprechungen, wie Kollontai berichtet, in Lenins Büro ab:

„Lenins Schreibtisch stand an der Wand, über dem Schreibtisch hing eine Lampe. Die Volkskommissare saßen um Lenin und teilweise hinter seinem Rücken. Nahe am Fenster war der Schreibtisch von N. P. Gobunow, dem Sekretär des Sownarkom. Wenn Lenin Gobunow Anweisungen geben musste, musste er sich zu ihm umdrehen, keiner kam auf die Idee, den Tisch umzudrehen, der mit Papieren überfüllt war. Man hatte keine Zeit, über Bequemlichkeiten nachzudenken.“⁶⁾

Erst im November bekam das Sownarkom einen eigenen Raum. Die Volkskommissare zogen nicht in die alten Ministerien ein sondern blieben im Smolny. Hier hatten sie täglich Kontakt zueinander, ihre Kompetenzen waren ausgesprochen vage und wurden meist kollektiv geregelt.

Am 15. Dezember wurde dann beschlossen, die Volkskommissare sollten in die einzelnen Ministerien umziehen, der Rat der Volkskommissare aber im Smolny bleiben. Die Sitzungen wurden auch meist vom Vorsitzenden des ZEK Swerdlow besucht. Da die Volkskommissare einen großen Aufgabenbereich hatten, waren nur fünf von ihnen an mehr der 19 von den 25 Sitzungen im Dezember ständig anwesend, dafür nahmen viele Kommissare aus verschiedensten Aufgabenbereichen an den Sitzungen teil.⁷⁾

Lenin führte die Sitzungen effektiv, für Zuspätkommen führte er folgende Strafen ein: fünf Rubel für unentschuldigte Verspätungen von einer halben Stunde, zehn Rubel für eine Stunde. Er verlangte, die Teilnehmer sollten dem Sekretariat ein kurzes Statement mit Anliegen und Vorschlägen einreichen. Von der Tagesordnung konnte bei Bedarf abgewichen werden, obwohl sie ständig überladen war. Bald mussten auch Spezialisten der alten Ministerien zu den Sitzungen des Sownarkom herangezogen werden.

In der Anfangsphase beschäftigte sich die Sowjetregierung nicht nur mit Staatsaffären. So wurde eine Vorschrift für das bald eingerichtete Wachkomitee entworfen und detailliert geregelt, wie sich die Wachleute zu verhalten hatten, wenn in Abwesenheit eines Funktionärs das Telefon klingelte...⁸⁾

Das Sownarkom bemühte sich, die Einkommensunterschiede zu reduzieren. Das ZEK setzte das Gehalt eines Volkskommissars auf 500 Rubel monatlich fest, dazu ein Tagegeld für Dienstreisen von 10 Rubel. Die *Prawda* berichtet, dass Mitglieder der Staatsorgane soviel wie ein Facharbeiter verdienten. Metallarbeiter bekamen im Juli 1918 zwischen 250 bis 700 Rubel. Im Kommissariat für Auswärtige Beziehungen erhielt ein Kurier 300, ein Chauffeur 450 und ein leitender Angestellter 500 Rubel im Monat. ⁹⁾

Reich konnten die Volkskommissare durch ihre Tätigkeit nicht werden, zumal die Verpflegung im Smolny ausgesprochen bescheiden war.

„Zwei lettische Genossinnen verteilten an jeden ein Abendessen, bestehend aus der berühmten dünnen Smolny-Suppe, die immer denselben Geschmack hatte... Die zwei Fräuleins reichten auch uns mit ihrem ruhigen Lächeln Tee mit einem Stückchen Zucker und je zwei harten, aber großen Stücken Brot mit Butter bestrichen. Die Diktatur des arbeitenden Volkes verkörperte sich glanzvoll in der Butter, aber mehr als zwei, höchstens drei Stücke Brot hatte die Diktatur für uns nicht... Die Stadt war noch voll von den gewaltigen Schätzen der Reichen, aber die Volkskommissare erhielten als Lohn für ihre Arbeit nicht mehr als ein qualifizierter Arbeiter.“ ¹⁰⁾

Die Sowjetregierung schickte im ersten Monat der Revolution etwa 650 Kommissare in die Provinzen, aus Petrograd gingen 15.000 Bolschewiki bis zum März 1918 in alle Regionen Russlands. ¹¹⁾

Zur militärischen Koordination hatte der Petrograder Sowjet vor der Oktoberrevolution das *Revolutionäre Militärkomitee* (RMK) aus Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären geschaffen. Das RMK stützte sich auf Rote Garden, die Matrosen der Baltischen Flotte und intakte der Sowjetregierung treue Militärs wie die Baltischen Schützen. Das Sownarkom nutzte das RMK zur Verteidigung Petrograds gegen die Truppen von Kerenski und Krasnow, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Durchsetzung der Revolution in den Provinzen. Ende Oktober schickte das RMK Kommissare in 113 Militäreinheiten, in 18 Provinzen und 44 wichtige Städte, bis zum 10. November entsandte es 184 Kommissare, auch in die alten Ministerien. ¹²⁾ In seiner Struktur war das RMK flexibel und passte seine Struktur den Aufgaben an. Es organisierte den Schutz des Smolny, der Staatsbank und der wichtigen Regierungsbehörden.

Die Zusammensetzung wechselte schnell. Ein Historiker zählte 66 Mitglieder des RMK, davon 48 Bolschewiki, 14 Linke Sozialrevolutionäre und 4 Anarchisten, dann stieg die Zahl auf 82 an. ¹³⁾ Das RMK tagte täglich. Protokolle wurden nicht angefertigt, ein Büro von fünf Personen wurde eingerichtet. Während der Oktoberrevolution übernahm Nikolai Podwoiski den Vorsitz, ohne dass dies eine hervorgehobene Position gewesen wäre.

Die Abteilung für Versorgung ging später im Volkskommissariat für Versorgung auf. Am 5. November wurde ein bolschewistischer Matrose aus Kronstadt beauftragt, zehn Abteilungen mit je 50 Matrosen in die Provinzen zur Getreidebeschaffung zu schicken, nach einer Woche wurde ihre Zahl auf 1.500 erhöht. Das RMK veränderte sich schnell von einem Petrograder zu einem gesamtrussischen Gremium. Es versuchte, den Boykott der alten Beamten zu brechen und ersuchte die Fabrikkomitees, Gewerkschaften, Krankenkassen und Parteikomitees, Buchhalter, Schreiber und Angestellte für die staatlichen Behörden. abzustellen, das Sownarkom ernannte sie dann. Am 5. Dezember löste sich das RMK zugunsten der Volkskommissariate auf.

Die Soldaten der Petrograder Garnison waren inzwischen zu einer bewaffneten Horde geworden. Sie saßen tatenlos in ihren Kasernen, hörten auf keine Befehle mehr und gingen ihren Interessen nach, aber bewaffnet. ¹⁴⁾ In den Kellern des Winterpalastes lagerten riesige Weinvorräte. Soldaten wurden abgestellt, um die Weinlager zu bewachen, sie machten sich über die Vorräte her und mussten vom

nächsten Regiment abgelöst werden, bei Kontrollen schwankten die Wachen ebenfalls gefährlich, bei Anbruch der Nacht gaben die Roten Garden den Versuch auf, die Plünderer zu vertreiben, eine wilde Orgie setzte ein, immer mehr Bürger wollten auf die Hinterlassenschaft der Romanows anstoßen. Es wurde schließlich beschlossen, alle Weinvorräte des Winterpalastes zu zerstören, eine Regiment der Baltischen Flotte zerstreute die Plünderer und vernichtete die Weinkeller.¹⁵⁾ Die Kriminalität wurde zu einem Problem, in Petrograd musste im Dezember zweimal das Ausnahmerecht verhängt werden.¹⁶⁾

Zu Bekämpfung der politischen Gegner wurde am 7. Dezember die *Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution*, in russischer Abkürzung VTscheka oder Tscheka genannt. Ein großer Teil der Mitarbeiter des RMK ging in die Tscheka über, an ihre Spitze wurde Feliks Dserschinski gestellt. Zur gleichen Zeit fanden Verhandlungen mit den Linken Sozialrevolutionären über deren Eintritt in die Regierung statt. Um die Tscheka unter bolschewistischer Kontrolle zu halten, entschloss man sich, die Tscheka nicht dem Volkskommissariat für Inneres zu unterstellen, sondern als außerordentliche Kommission direkt dem Sownarkom.

Die Tscheka war noch sehr klein, auf Petrograd beschränkt und musste zur Durchführung ihrer Aktionen auf die nicht immer zuverlässigen Roten Garden zurückgreifen. Vor allem sollten der Tscheka Kommunisten beitreten, aber in der Anfangsphase hatte die Tscheka Probleme, Mitarbeiter zu finden, zu frisch war noch die Erinnerung an die Methoden der Ochrana, zumal sie in ein altes Gebäude der Ochrana einzog. Die Zurückhaltung der Bolschewiki und Arbeiter führte dazu, dass viele ehemalige Ochrana-Agenten bei der Tscheka ihren 'gewohnten' Dienst fortsetzen konnten, die waren wiederum politisch nicht erwünscht.¹⁷⁾ Die Tscheka hatte in Februar 1918 120 Angestellte, Ende 1918 31.000.¹⁸⁾ Am 1. Januar wurde Lenins Auto beschossen, niemand wurde verletzt, die Attentäter entkamen.

In den ersten Wochen hatte sich die Sowjetmacht auf die Roten Garden, die Matrosen der Baltischen Flotte und zuverlässige Regimenter der alten Armee gestützt. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1912 sahen die Resolutionen die Abschaffung der stehenden Armee, die Wehrpflicht, die Kasernierung sowie die Abschaffung der Kaste der Berufsoffiziere vor. Stattdessen sprachen sich die Sozialdemokraten für die Schaffung einer Milizarmee des Volkes aus.¹⁹⁾ In 'Staat und Revolution' betonte Lenin die Gefahr der Repression durch die stehende Armee.

Als die Bolschewiki an die Macht kamen, mussten sie eine Armee schaffen, für die es noch kein Vorbild in der Geschichte gab. Zu Beginn standen sich die Anhänger der Miliz und die einer irgendwie gearteten Berufsarmee gegenüber. Im Winter zeichnete sich ab, dass die Gegner der Revolution sich nicht ohne Gewalt der neuen Ordnung beugen würden.

Am 15. Januar 1918 wurde die Rote Armee gegründet. Arbeiter und Bauern sollten ihr zum Schutz der revolutionären Errungenschaften beitreten, sie sollte auf Klassenbasis gebildet werden. Die Rekruten mussten die Zustimmung der Sowjets bzw. der Organisationen haben, welche auf der Plattform der Sowjetmacht standen oder von zwei Mitgliedern dieser Organisationen.²⁰⁾ Die Regierung stellte 20 Millionen Rubel zur Verfügung, die Freiwilligen bekamen Essen, Kleidung, Unterkunft und 50 Rubel pro Monat. Ende April 1918 hatten sich 200.000 Männer und Frauen für die Rote Armee gemeldet.²¹⁾ 30.000 Soldaten der alten Armee hatten sich ihr angeschlossen. Im ersten Halbjahr traten ihr 40.000 kommunistische Freiwillige bei.²²⁾ Von den Sowjets sollte als Ordnungsmacht eine Proletarische Miliz, gestützt auf die Roten Garden aufgebaut werden.

Das alte Gerichtswesen wurde aufgelöst, in den Räten wurden Volksrichter gewählt. Im Sommer 1918 sollte die Umgestaltung der Gesellschaft in die erste Sowjetverfassung münden.

Die Wikschel-Verhandlungen

Zu Beginn des zweiten Sowjetkongresses hatten die Delegierten Martows Vorschlag, eine sozialistische Einheitsregierung zu bilden, einstimmig angenommen.²³⁾ Durch den Auszug der rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki hatten diese sich selbst isoliert und eine rein bolschewistische Sowjetregierung konnte sich etablieren. Die Forderung der 'gesamtrussischen Regierung von den Bolschewiki bis zu den Volkssozialisten' blieb in den Wochen nach dem Sowjetkongress eine populäre Forderung, die Unterstützung unter den Massen fand.

Im August 1917 hatten sich die russischen Eisenbahner zu einem gesamtrussischen Verband vereint und ihr Exekutivkomitee *Wikschel* gebildet. Im *Wikschel* hatten die Rechtssozialisten mit 25 gegen 14 Linke die Mehrheit.²⁴⁾ Es machte sich zum Sprecher der Forderung der sozialistischen Einheitsregierung, nur eine solche Regierung könne den Bürgerkrieg verhindern und das Land sicher zur Konstituierenden Versammlung führen. Am 29. Oktober drohte es einen Generalstreik der Eisenbahner an, sollte es nicht zu Verhandlungen darüber kommen, eine angesichts der kritischen Versorgungslage gerade für Petrograd starke Drohung.

Das ZEK des Sowjets unter der Führung seines Vorsitzenden Kamenew erklärte sich für die Verhandlungen, auch im ZK der Bolschewiki gab es in Abwesenheit von Lenin, Trotzki und Stalin eine Mehrheit für die Erweiterung der Regierung. Es nominierte mit Kamenew, Sokolnikow, Rjasanow und Swerdlow eine Verhandlungsdelegation, von der die drei erstgenannten für die Koalitionsregierung waren.

Das Ziel der Rechtssozialisten in den Verhandlungen war es, Bolschewiki zwar 'in persönlicher Verantwortung' an der Regierung teilhaben zu lassen, auf jeden Fall aber die 'Radikalen' Lenin und Trotzki von der Macht zu entfernen. Selbst Bürgermeister Schreyder und die Mehrheit des Petrograder Stadtrates waren mit der Konzeption einverstanden, das Kontrollorgan solle auf keinen Fall der Arbeiter- und Soldatenrat sein, man wollte ihn durch dem Bauernsowjet und die Stadtverwaltungen so ändern, dass die Bolschewiki keine Mehrheit hätten. Die PSR lehnte die Sowjets als Basis der Macht ab, denn sie repräsentierten nur eine Klasse der Gesellschaft, sie setzten auf die Legitimität der Konstituierenden Versammlung.

Die Verhandlungen begannen am 29. Oktober, überraschend einigte man sich auf eine Regierung mit je 40 Prozent Bolschewiki und rechten Sozialisten, Tschernow sollte Ministerpräsident werden, Lenin und Trotzki ausgeschlossen bleiben. Die rechten Bolschewiki stimmten zu, auch um Kerenski zu isolieren.²⁵⁾

Lenin und Trotzki waren mit der Mobilisierung der Niederschlagung des Angriffs von Krasnow beschäftigt. Der Sieg stand unmittelbar bevor, in den Fabriken war die Unterstützung für die Bolschewiki eindeutig. Auf der Sitzung des Petrograder Komitees der Bolschewiki wurde die Unterstützung für Lenins Linie deutlich, der ließ seinem Unmut freien Lauf:

„Trotzki hat sich schon vor langer Zeit von der Unmöglichkeit einer Vereinigung [mit den Menschewiki, A.d.V.] überzeugt, und von diesem Zeitpunkt an gab es keinen besseren Bolschewiken... Wenn eine Spaltung [in der Partei] unumgänglich ist, möge sie stattfinden... Wenn ihr [im Zentralkomitee] die Mehrheit erhaltet, könnt ihr das ZEK übernehmen und weitermachen. Aber wir werden uns an die Matrosen wenden.“²⁶⁾

Vor dem Oktoberaufstand hatte sich Lenin in seiner Partei gegen die Parteirechte durchgesetzt, seine Mehrheit aber war durchaus nicht eindeutig. mit Kamenew, Miljutin, Nogin, Rykow, Sinowjew und

anderen hatten die eine gewichtige Minderheit, die in der Frage der Koalition durchaus eine Chance sahen, den linken Flügel zu überstimmen.

Die Bolschewiki um Lenin waren gegen jede Koalition mit den 'kleinbürgerlichen' Parteien. Das ZK der Bolschewiki fasste am 1. November mit zehn gegen vier Stimmen den Beschluss, die Verhandlungen fortzuführen, wenn 1. die Sowjetmacht anerkannt werde, 2. die Konterrevolution (Kerenski, Krasnow, Kornilow) bekämpft werde, 3. der zweite allrussische Kongress als einzige legitime Machtquelle anerkannt werde, 4. die Regierung dem ZEK des Sowjet verantwortlich sei, 5. das ZEK nicht durch nichtsowjetische Parteien erweitert werden, stattdessen 6. die anderen sozialistischen Parteien dem ZEK beiträten und dass 7. Lenin und Trotzki am Kabinett beteiligt würden.²⁷⁾ Die erste, dritte und fünfte Forderung waren für die Rechtssozialisten unerfüllbar.

Das ZK beschloss Trotzki's Vorschlag,

„... Mitgliedern unserer Partei zu gestatten, ... sich heute an einem letzten Versuch der Linken Sozialrevolutionäre zu beteiligen, eine sogenannte homogene Macht zu schaffen mit dem Ziel, noch einmal den Bankrott dieses Versuchs vor Augen zu führen und weitere Verhandlungen über eine Koalitionsregierung ein für allemal zu beenden.“²⁸⁾

Vor dem Petrograder Komitee drohte Lenin, aus den ZK auszutreten und 'zu den Matrosen zu gehen'. Die Moskauer Stadtorganisation unterstützte Sinowjew und Kamenew. Am nächsten Tag wurde weiter über die Haltung in der Verhandlungskommission gestritten, mit einer Stimme Mehrheit wurde Lenins Antrag, Kamenew eine Rüge zu erteilen, angenommen.²⁹⁾ Die Mehrheit wendete sich zur Position der Linken.

Am 3. und 4. November wurden auf Befehl des Sownarkom vom RMK Führer der Kadetten verhaftet und einige bürgerliche Zeitungen geschlossen. In den Verhandlungen machte Kamenew einen Kompromissvorschlag. Der sicherte den Bolschewiki die Hälfte der Ministerposten, darunter Inneres, Äußeres und Arbeit, er wollte aber das ZEK um 60 Duma-Abgeordnete erweitern.

Am 4. November diskutierte das ZEK das Verbot konterrevolutionärer Zeitungen. Der Protest gegen das Verbot wurde abgelehnt. Aus Protest gegen die Unterdrückung der bürgerlichen Presse traten Sinowjew, Kamenew, Rykow, Miljutin und Nogin aus dem Rat der Volkskommissare und dem bolschewistischen ZK aus.

„Wir können nicht die Verantwortung für diese gefährliche Politik des Zentralkomitees übernehmen, die gegen den Willen eines großen Teils des Proletariats und der Soldaten betrieben wird... Wir legen daher die Mitgliedschaft im Zentralkomitee nieder, damit wir das Recht haben, der Masse der Arbeiter und Soldaten offen unsere Meinung zu sagen und sie aufzurufen, unserer Losung zuzustimmen: Es lebe die Regierung der Sowjetparteien! Sofortige Verständigung unter dieser Bedingung!“³⁰⁾

Die Wikschel-Verhandlungen wurden am 5. November mit dem Protest der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki gegen den 'Terror' der Bolschewiki abgebrochen. Die Rechtssozialisten sahen im Austritt von Kamenew und Genossen ein Element des Zerfalls der bolschewistischen Alleinregierung und waren noch weniger bereit, der 'zerfallenden' Partei Konzessionen zu machen. Sie hofften auf die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung.

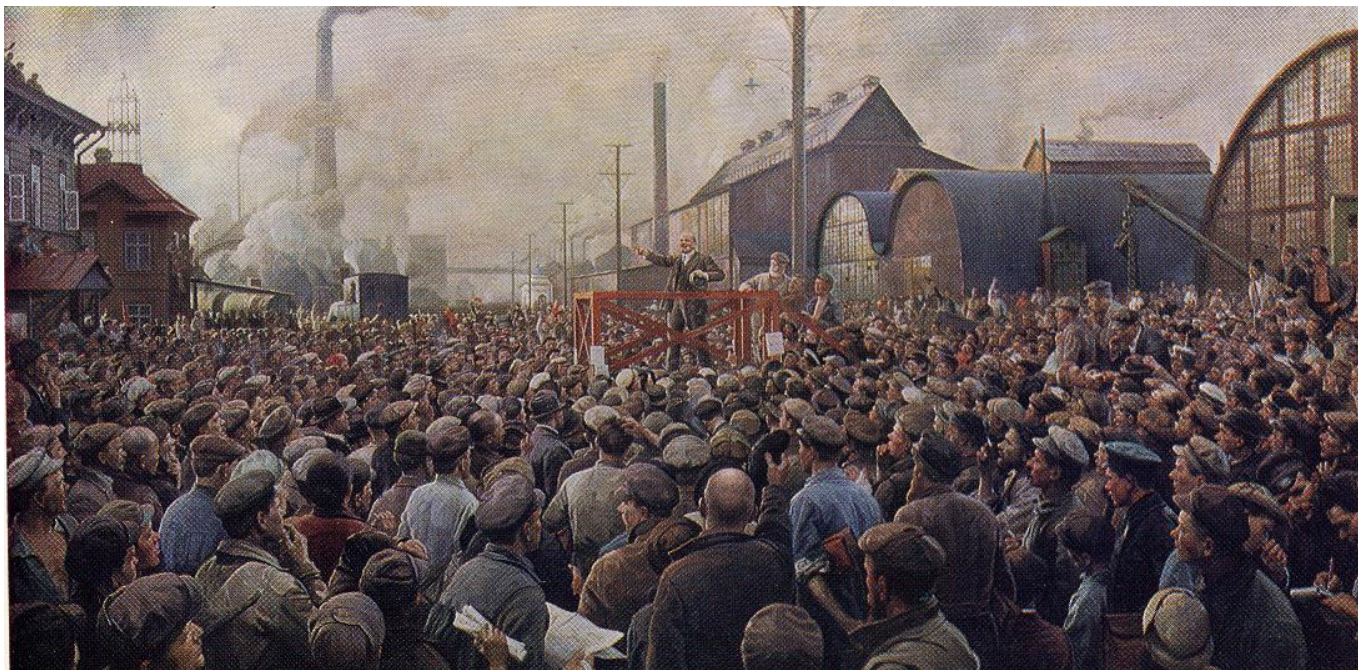


Bild 53: /

S
e
h
r
w
i
d
e
r
s
p
r
u
c
h

lich war die Haltung der Menschewiki-Internationalisten, die die Verhandlungen fortsetzen wollten. Auf dem Parteitag der Menschewiki im Januar gewannen die Internationalisten um Martow eine Mehrheit. Obwohl sie im Herbst deutlich an Einfluss verloren hatten, reklamierten sie in Russland 145.000 Mitglieder, dazu kam ihre Hochburg Georgien.³¹⁾ Im Frühjahr näherten sich durch den Kampf gegen die Bolschewiki die menschewistischen Fraktionen einander wieder an.

Die Bolschewiki schlossen sich hinter der Position Lenins zusammen. Kamenew wurde von seiner Position an der Spitze des ZEK zugunsten von Swerdlow abgelöst, Sinowjew nahm seinen Rücktritt aus dem ZK zurück. Ende November erklärten auch die übrigen rechten Bolschewiki ihre Rückkehr ins ZK, als die Linken Sozialrevolutionäre dem Sownarkom beitraten. Die Parteiführung hatte ihre erste Machtprobe bestanden.

In der Eisenbahnergewerkschaft war die antibolschewistische Haltung des *Wikschel* immer umstritten. Es stützte sich hauptsächlich auf das fahrende Personal, die Arbeiter der Depots und Werkstätten waren eher links. Auf ihrem Gewerkschaftstag im Dezember konnte die Rechte knapp ihre Mehrheit behaupten, für die Verurteilung der Oktoberrevolution stimmten 273 gegen 261 Delegierten. Die Linke verließ daraufhin den Kongress und gründete eine eigene Exekutive mit bolschewistischer Mehrheit, das *Wikschel* verlor in der Folge an Einfluss.³²⁾

Während des Sowjetkongresses hatte die Partei der Sozialrevolutionäre ihren Linken Flügel ausgeschlossen. Die *Wikschel*-Verhandlungen waren von der leninistischen Mehrheit der Bolschewiki auch geführt worden, um der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (LSR) die Unmöglichkeit eines Kompromisses mit den Rechtssozialisten vor Augen zu führen und sie zu einer Koalition zu bringen. Die LSR konkurrierte mit der Mutterpartei um die Gunst der Bauern und freundete sich mit der Idee des Regierungseintrittes an.

Mehr als die Bolschewiki waren die LSR über die Oktoberrevolution gespalten. Die LSR fraktionierten sich schnell, es entstand ein gemässigte Flügel um Wladimir Karelin und Isaak Steinberg, der sich um die demokratischen Formen bemühte, ein linker Flügel mit Alexei Ustinow und Prosch Proschjan, das Zentrum mit Natanson und Kamkow. Maria Spiridonowa gehörte keiner Fraktion an, sie galt als der 'Heilige Geist' der Partei. Der radikale Flügel war für den Eintritt ins Sownarkom, den könne man wegen des Verbots von zwei oder drei bürgerlichen Zeitungen nicht ablehnen, beide Parteien seien für die proletarische Revolution.³³⁾

Über die qualitative Stärke der Partei der Linken Sozialrevolutionäre liegen kaum Zahlen vor. Rückgrat war die Petrograder Organisation mit 30.000 bis 40.000 Mitgliedern und der Tageszeitung *Snamja Truda* (Banner der Arbeit). Neben der Hauptstadt hatte die Partei in den Städten der mittleren Wolga ihre Hochburg. Die LSR mag viele Anhänger gehabt haben, was ihr fehlte war das organisatorische Rückgrat der Bolschewiki.³⁴⁾

Die Position der Sowjetregierung wurde gestärkt, als Mitte November der Zweite Ausserordentliche gesamtrussische Kongress der Bauerndeputierten die Politik des Zweiten Sowjetkongresses bestätigte und sich mit ihm zum erweiterten ZEK zusammenschloss. Auf dem Bauernkongress hatten die LSR eine klare Mehrheit (330 Delegierte, 195 LSR, 65 PSR, 37 Bolschewiki, 14 Unabhängige, 7 Maximalisten, 4 Volksozialisten, 3 Menschewiki-Internationalisten, 2 Anarchisten).³⁵⁾ LSR und Bolschewiki einigten sich auf einen Zusammenschluss zum ZEK, Zu den je 108 Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates und des Bauernsowjets kamen noch 100 Vertreter der von Arbeiter- und Soldatenkomitees und 50 Gewerkschaftsvertreter. Durch die Erweiterung um letztere hielten die Bolschewiki die Mehrheit im ZEK. Das spiegelte die Mehrheitsverhältnisse der Sowjets Ende 1917 wider. Dem Anteil der Bauernbevölkerung trug die Erweiterung des ZEK keine Rechnung, für die Repräsentation auf den zukünftigen Sowjetkongressen wurde ein Vertretungsschlüssel eines Bauerndelegierten für 125.000 Bauern festgelegt, der eines proletarischen Delegierten für 25.000 Arbeiter.³⁶⁾

Zwischen dem 4. und 18. November kam es daraufhin zu Koalitionsverhandlungen. Andrei Kolegajew wurde Volkskommissar für Landwirtschaft. Parallel fand der erste Parteitag der LSR statt, die Versammlung billigte den Eintritt ins Sownarkom. Spiridonowa begründete das:

*„Wir stehen am Vorabend eines enormen gesellschaftlichen Umbruchs. Wir werden vieles erleben, das sich nicht vorhersehen lässt. Von diesem Standpunkt aus müssen wir auf die Bolschewiki zugehen. So fremd uns ihr grobes Verhalten auch sein mag, wir bleiben in enger Verbindung zu ihnen, weil die Massen... ihnen folgen.“*³⁷⁾

Viele glaubten, mässigend auf die Bolschewiki einwirken zu können. Die LSR forderten, das Sownarkom müsse alle Gesetze dem ZEK vor dem Inkrafttreten vorlegen, Ausnahmen sollten nur beim Kampf gegen die Konterrevolution zulässig sein. Swerdlow sagte das für die Bolschewiki zu. Vor allem aber wollten sie die Durchführung der Landreform beeinflussen. Die Verhandlungen zogen sich hin, die Bolschewiki wollten die Schlüsselressorts halten. Schließlich bekam am 10. Dezember Isaak Steinberg das Justizressort, Wladimir Trutowski die örtliche Selbstverwaltung, Wladimir Karelin die Verwaltung des Staatsbesitzes, Prosch Proschjan das Post- und Fernmeldewesen sowie die LSR Algasow und Michailow Posten ohne Geschäftsbereich, die dem Volkskommissariat für Inneres zugeordnet wurden. Petr Aleksandrowitsch wurde stellvertretender Vorsitzender der Tscheka.³⁸⁾

Die Bolschewiki konnten die Sowjetmacht konsolidieren, ohne Schlüsselpositionen abzugeben. In Ihrer kurze Regierungszeit hinterließen die LSR keine markanten Zeugnisse. Steinberg kämpfte einen aussichtslosen Kampf gegen die Tscheka, die er nicht bändigen konnte. Es gelang ihm, einzelne Häftlinge und 'baltische Barone' frei zu bekommen.

Der Erfolg der Bolschewiki wurde vervollständigt, als am 17. November auch die Menschewiki-Internationalisten beschlossen, ihren Boykott aufzugeben und wieder im ZEK mitzuarbeiten. Sie erklärten sich auch bereit, in den Rat der Volkskommissare einzutreten, was von den Bolschewiki abgelehnt wurde.³⁹⁾

Gegen die Ergebnisse der Oktoberrevolution begannen die Beamten und Angestellten der Ministerien und anderer Verwaltungen einen 'Beamtenstreik'. Die Angestellten der alten Ministerien waren meist

feindlich gegenüber der Sowjetmacht eingestellt. Trotzki wurde vom Außenministerium ausgesperrt, der ehemalige Außenminister entkam erst einmal mit den Geheimverträgen durch die Hintertür. Schljapnikow fand niemanden im Arbeitsministerium, der die Öfen heizte, keiner der hundert Beamten war bereit, ihm das Ministerbüro zu zeigen. Als Lunatscharski das Bildungsministerium beziehen wollte, drohten ihm die Beamten auszuziehen. Mit den Angestellten verschwanden 93.000 Rubel aus dem Rentenfonds für Lehrer. Das Kriegsministerium konnte nur mit militärischer Gewalt besetzt werden. Die drei Kommissare für den Krieg mussten einen General bitten, ihnen bei der Versorgung der Armee zu dessen Bedingungen zu helfen.⁴⁰⁾ Als der Kommissar für das Versorgungswesen die Verhaftung des Versorgungsrates anordnete, trat das gesamte Personal der Behörde in den Boykott, der Volkskommissar und sein Vertreter wurden vom Sownarkom abgesetzt, um in Verhandlungen einen Kompromiss zu ermöglichen.⁴¹⁾

Das Sownarkom hatte im Januar 1918 32 Beschäftigte in sechs Abteilungen.⁴²⁾ Die Ressortchefs rekrutierten neue Mitarbeiter, diese Spezialisten waren oft Menschen, die eine einfache Rechnung ausführen konnten oder eine Schreibmaschine zu bedienen verstanden, häufig Mitglieder der alten privilegierten Klassen, die ein Auskommen suchten, wie die sprichwörtliche Gestalt des tippenden 'Sowjetfräuleins' aus adliger Familie.⁴³⁾

Der Streik der Regierungsangestellten Petrograds wurde von der *Union der Unionen* koordiniert, die kleinbürgerliche Lohnabhängige organisierte. Finanziell wurde er von Banken, Kapitalistenverbänden und der Stadtduma unterstützt. ihr Gehalt wurde bis Januar 1918 weiter gezahlt, Das MRK und die Tscheka nahmen den Kampf gegen die Sabotage, wie sie genannt wurde, auf. Die Streikleitung wurde verhaftet und die Stadtduma aufgelöst. Die sabotierenden Beamten wurden wie die Kadetten zu Feinden des Volkes erklärt, der Streik der Staatsbeamten bröckelte dann langsam ab. In Verhandlungen mit der Sowjetregierung konnten die Angestellten ihre Positionen weitgehend durchsetzen, nicht selten grenzten sie an Kapitulation vor ihnen.

In Petrograd war nach Trotzki's Wechsel zum Volkskommissar Sinowjew als Präsident des Sowjets gewählt worden. Trotzki hatte die Abschaffung und die Übernahme der Funktion durch den Stadt- und die Stadtteilsowjets empfohlen. Stattdessen blieb die Verwaltung im Wesentlichen unangetastet. Der Sowjet schätzte die Kompetenz und die Struktur der Verwaltungsbehörden, die der Sowjet nicht besaß. Zudem hatten die Arbeiter und Soldaten wenig Interesse, sich in die kommunalen Strukturen einzuarbeiten. Sie wollten die Revolution machen und nicht das harte Brot der Alltagsarbeit leisten. Ein Bolschewik bestätigte, die kommunale Verwaltung diene der Wirtschaftsorganisation, die Sowjets seien politische Organisationen.⁴⁴⁾

Im Frühjahr 1918 stammten 60 Prozent der Mitarbeiter des Volkskommissariats für Versorgung aus den vorrevolutionären Staatsbehörden und 22 Prozent aus dem ehemaligen Ministerium. In anderen Kommissariaten sah es nicht besser aus. Im politisch 'neutralen' Volkskommissariat für Finanzen waren es 189 von 209 des Leitungspersonals.⁴⁵⁾ Andere Quellen nennen 75 Prozent des gesamten Personals, das aus der vorrevolutionären Beamenschaft übernommen wurde.⁴⁶⁾ Es gab nur drei Institutionen, die von der fortlebenden Staatsbürokratie ausgenommen blieben: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, die Rote Armee und die Tscheka.⁴⁷⁾

Im Herbst 1918 wurde eine Befragung unter den Angestellten der Kommissariate gemacht, die zu einem kleinen Teil ausgewertet wurde. Im Volkskommissariat für Post und Fernmeldewesen bekannten sich 37 Prozent - aus politischen oder opportunistischen Gründen - zur Sowjetmacht, der Rest aus dieser Hochburg der rechten Sozialrevolutionäre gab existenzsichernde, patriotische oder keine Gründe an.⁴⁸⁾ Dieses Ergebnis mag nicht ohne weiteres auf die anderen Volkskommissariate übertragbar sein. Nur knapp zehn Prozent der Beschäftigten waren Mitglieder der KPR und 16 Prozent Sympathisanten.⁴⁹⁾ Ein großer Teil der Beamten erwartete bis zum Ende des Kriegskommunismus

täglich den Zusammenbruch des Sowjetsystems.

Bis 1920/21 stieg die Zahl der Angestellten im Innen-Kommissariat auf das Neunfache, das Ernährungs- Kommissariat hatte 21 Mal soviel Angestellte wie 1918.⁵⁰⁾ Es hatte unter seinen Angestellten 17 Prozent Arbeiter, 13 Prozent Bauern und 46 Prozent 'Andere'. Obwohl die KPR einen enormen Mitgliederzuwachs erfuhr, und obwohl im Oktober 1919 nur 19 Prozent aller Parteimitglieder in Fabriken, aber mehr als 60 Prozent in der Partei- und Staatsverwaltung arbeiteten, machte der Anteil der Kommunisten im Innenressort 1920/21 nur neun Prozent aus, im Volkskommissariat der Justiz 34 Prozent, im Kommissariat für Ernährung 141 Prozent und unter den Arbeitsinspektoren im Kommissariat für Arbeit 61 Prozent. Die Mehrheit der Beschäftigten hatte nur niedrige Schulbildung, die Zahl der höher Gebildeten stieg fast nie über 20 Prozent.⁵¹⁾

Die Kommunisten konzentrierten sich zu 52 Prozent in der Tschecha, im Volkskommissariat des Äußeren (46 Prozent) im Finanz- und Landwirtschaftsressort waren es nur zwei Prozent. Nur die Führungsebenen hatten eine Mehrheit aus Bolschewiki, Mitgliedern der Fabrikkomitees und Gewerkschaften.⁵²⁾ Ein großer Teil von ihnen war erst nach der Oktoberrevolution der Partei beigetreten.⁵³⁾ Nach dem dritten Sowjetkongress 1918 wurden viele neue Angestellte eingestellt.

Von der von Lenin angestrebten Zerschlagung des Staatsapparats konnte keine Rede sein.

Die Auflösung der Konstituante

Die Forderung nach der Einberufung einer repräsentativen Volksvertretung, der Konstituierenden Versammlung, war eine sehr alte antizaristische Forderung, die alle bürgerlichen und sozialistischen Parteien seit deren Gründung vertreten hatten. Nach der Februarrevolution hatte die Provisorische Regierung keine Eile, diese Konstituante zusammentreten zu lassen, sie wollte die Verpflichtungen gegenüber ihren Alliierten erfüllen, die Kadetten bremsten. So berief sie erst einmal eine Kommission ein, die eine Wahlordnung erarbeite. Im Juli wurden die Wahlen auf den September festgesetzt, Kerenski verlegte sie noch einmal auf Mitte November. Gewählt wurde nach einem Männerwahlrecht in den Provinzen, die Städte Petrograd und Moskau bildeten zwei, die Armeen und die Flotte wählten in fünf der 73 Wahlkreise. Man konnte nur eine Partei- oder Bündnisliste als Ganzes wählen, seine Präferenz für einen Kandidaten konnte man nicht ausdrücken.⁵⁴⁾

Dann kam die Oktoberrevolution, damit wurde die Wahl zu einer Stellungnahme für oder gegen die sozialistische Umgestaltung. Die Wahl fand in den einzelnen Wahlkreisen zwischen dem 12. November und 1. Dezember statt. Insgesamt wurden zwischen 800 und 838 Mandate vergeben. Die Wahlbeteiligung war auf dem Land sehr hoch, in den Städten betrug sie 50 bis 70 Prozent, hier war die Skepsis gegen die von der Oktoberrevolution überholte bürgerliche Institution größer. Da die Wahlkommission nach der Oktoberrevolution verhaftet wurde, wurde nie ein vollständiges Endergebnis verkündet, Radkey ermittelte die Ergebnisse aus gut 700 Wahlkreisen.⁵⁵⁾

Das Ergebnis war eine klare Absage an die zaristische Gesellschaft, die Rechte bekam etwas mehr als vier Prozent der Stimmen, nur die Kosaken erhielten Abgeordnete, die sich den Kadetten anschlossen. Die Kadetten als städtische Partei schnitt kaum besser ab, in ihr sammelten sich alle der Oktoberrevolution feindlichen Gegner. Die Parteien der nationalen Minderheiten erreichten je nach dem Stand der Nationalbewegung unterschiedliche Ergebnisse; in der Westukraine waren der Block der Sozialrevolutionäre und bürgerlichen Parteien stark, in der Ostukraine, Estland und dem unbesetzten Lettland mit einem entfaltetem Klassenkampf überwogen die Sozialisten. Addiert man alle sich sozialistisch nennenden Parteien, so erreichten sie fast zwei Drittel der Stimmen, aber nach dem 25. Oktober war ein Bündnis zwischen ihnen undenkbar.

Stärkste Partei wurden die von den Bauern gewählten Sozialrevolutionäre mit mehr als einem Drittel der Stimmen und mehr als der Hälfte der Mandate. Sie siegte vor allem im Süden Russlands, wobei aber die Einheit der Partei seit der Oktoberrevolution zerbrochen war. Die Menschewiki waren außer in Georgien zu einer marginalen Partei geschrumpft.

Die beiden führenden Sowjetparteien Bolschewiki und LSR hatten in der Flut der bäuerlichen Wähler nur die Minderheit der Stimmen und etwa ein Drittel der Abgeordneten erreicht. In Nord- und Zentralrussland, in Petrograd und Moskau wich das Wahlergebnis beträchtlich vom ländlichen Russland ab. In Petrograd war die Wahlbeteiligung mit 80 Prozent der Stimmen hoch. In den Innenstadtbezirken bekamen die Kadetten die meisten ihrer Stimmen (26 Prozent) und landeten auf den zweiten Platz. Die Rechtssozialisten verloren beträchtlich, Menschewiki, Trudowki, Jedinstwo erhielten kaum über fünf Prozent, die rechten Sozialrevolutionäre gar nur 0,5 Prozent. Die LSR, die in Petrograd eine eigene Kiste aufgestellt hatten, schnitten mit 16 Prozent besser ab, die Unterstützung der Arbeiter und Soldaten manifestierte sich mit 45 Prozent für die Bolschewiki und dem Sieg in allen Arbeiterbezirken. Die Garnison - die ehemalige Hochburg der Sozialrevolutionäre - stimmte zu 75 Prozent für die Bolschewiki. Gegenüber der Wahl zur Stadtduma im Mai wuchs ihre Stimmenzahl um mehr auf das Zweieinhalbfache. Die Kadetten konnten als Partei der Gegenrevolution ihre Stimmenzahl verbessern, während Sozialrevolutionäre und Menschewiki marginalisiert wurden. ⁵⁶⁾

Tabelle 31: [Ergebnis der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung](#) ⁵⁷⁾

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate
Bolschewiki	10.535.768	23,8 %	175
Menschewiki	1.433.909	3,2 %	18
Sozialrevolutionäre	16.535.680	37,5 %	370
andere Sozialisten	640.556	1,4 %	2
Kadetten	2.072.258	4,7 %	17
Grundbesitzer, Kosaken	1.420.379	3,2 %	-
Rechte, Christen	456.627	1,0 %	-
Orthodoxe	155.341	0,4 %	-
Ukrainer,	4.796.637	10,8 %	86
Turku-Tataren	2.384.123	5,4 %	
andere Nationalitäten	1.862.883	4,0 %	
Sonstige	1.932.726	4,4 %	1
total	44.218.555		707

In Moskau fiel das Ergebnis für die Bolschewiki mit 48 Prozent noch deutlicher aus, hier bekam die undifferenzierte sozialrevolutionäre Liste 8 Prozent, die Kadetten 35 Prozent, die menschewistischen Listen gingen völlig unter. Die Bolschewiki schnellten von 75.000 im Juni, 199.000 Stimmen im September (51 Prozent) auf 353.000 Stimmen im November, die gemeinsame sozialrevolutionäre Liste fiel von 61 auf 8 Prozent, während die Kadetten von 18 auf 35 Prozent anstiegen. ⁵⁸⁾

Auch in der Baltischen Flotte war die bolschewistische Dominanz erdrückend, sie gewannen 56 Prozent der Stimmen - in Kronstadt 80 Prozent, die LSR erhielt 31 Prozent. ⁵⁹⁾ Unter den Soldaten der Nord- und der Westfront hatten die Bolschewiki eine absolute Mehrheit, an der Südwest- und der Rumänienfront siegten die Listen der Sozialrevolutionäre und der ukrainischen Parteien. ⁶⁰⁾ Seit dem Frühjahr hatten sich die Parteien der Mitte verschlissen, die Rechte um die Kadetten sowie die Bolschewiki hatten polarisiert.

Nach den Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus hätte die Sowjetregierung zugunsten der sozialrevolutionären Mehrheit der Konstituante zurücktreten müssen. Das kam für die Bolschewiki überhaupt nicht in Frage, die Errungenschaften des Oktobers zugunsten der Herrschaft der Bourgeoisie wieder aufzugeben. Der Kampf um die Einberufung der Konstituante wurde damit ein Kampf um die Macht.

Die Anhänger der Regierung argumentierten, bei der Wahl zur Konstituante sei das Dekret über den Boden noch lange nicht bis zu den Bauern des letzten Dorfes bekannt geworden, die Tatsache gemeinsamer Listen der PSR habe angesichts der seitdem vollzogenen Spaltung der Sozialrevolutionäre den Wählern die Möglichkeit genommen, für die Oktoberrevolution zu stimmen.

Die Bolschewiki schwenkte auf die Linie ein, die Konstituante zu bewegen, die Oktobererrungenschaften anzuerkennen. Das Sowjetkomitee veröffentlichte ein Gesetz, das die Eröffnung der Konstituante vorsah, wenn 400 Delegierte, mehr als die Hälfte der Gewählten, in Petrograd eingetroffen seien. Sie versuchten, Arbeiter und Soldaten auf ihre Linie einzuschwören. In den Betrieben wurden Resolutionen verfasst wie bei Putilow:

„Die Konstituierende Versammlung anerkennen wir in dem Maße, in dem sie das werktätige Volk verteidigt, das heisst alle Errungenschaften, die der Arbeiter, der Soldat und der Bauer am 25. Oktober errang und in den Dekreten des Rates der Volkskommissare bekannt gemacht wurden, anerkennt.“ ⁶¹⁾

Die Linken Sozialrevolutionäre schwankten. Ihr linker Flügel schwenkte auf den Kurs der Bolschewiki ein, Prosch Proschjan meinte auf ihrem ersten Parteitag:

„Wenn wir sehen und glauben, dass die sozialistische Revolution begonnen hat, dann muss die Staatsmacht den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten gehören... es liegt auf der Hand, dass wir nicht unsere Waffen niederlegen und der Konstituierenden Versammlung die Staatsmacht zurückgeben können... wenn die Konstituierende Versammlung zu ihrem Auftakt versucht, die Staatsmacht an sich zu reißen, dann werden wir das nicht zulassen.“ ⁶²⁾

Die Petrograder Stadtduma wurde per Gesetz geschlossen. Das führte zu einem Protest der Kadetten, der Menschewiki und der rechten Sozialrevolutionäre. Als sie das Verbot ignorierten und die Tagungen der Stadtduma fortsetzten, wurden sie am 20. November von Rotgardisten und Matrosen vertrieben. Mehrere Führer wurden vom RMK verhaftet, bis auf den Bürgermeister Schreyder aber schnell wieder freigelassen.

Die Verteidiger der Konstituante gründeten das *Komitee zur Rettung des Vaterlandes* und versuchten, es national auszuweiten. Sie bereiteten Massendemonstrationen für die Konstituante vor. ⁶³⁾ Am 28. November versammelten sich am Mittag etwa Zehntausend bis Hunderttausend meist gut gekleidete Bürger unter Glockengeläut vor der Stadtduma und zogen den Newski-Prospekt entlang. An der Spitze liefen der eben aus dem Gefängnis entlassene Bürgermeister Schreyder, die Abgeordneten der Stadtduma, die Delegierten des gerade stattfindenden Parteitags der PSR, die Vertreter der rechten Menschewiki, Kadetten und anderer Parteien, die Arbeiter und Soldaten waren nur schwach vertreten. Als sie am Taurischen Palast ankamen, wo die Konstituante stattfinden sollten, kletterten sie über die verschlossenen Tore und drängten in den Palast. 60 der in Petrograd versammelten Abgeordneten der Konstituante hielten eine Versammlung ab, wählten Tschernow zu ihrem Vorsitzenden und beschlossen, von nun an täglich im Taurischen Palast zu tagen. Am nächsten Tag traten sie wieder zusammen, dann wurde die Rumpf-Konstituante gewaltsam aufgelöst. ⁶⁴⁾

Am Don spielten Führer der Kadetten unter der Führung von ihres ehemaligen Außenministers

Miljukow zur gleichen Zeit eine prominente Rolle bei der Unterstützung der Konterrevolution. Am 28./29. November verabschiedete das Sownarkom eine Proklamation, welche die Kadetten als 'Volksfeinde' deklarierte und ihre Führer außerhalb des Gesetzes stellte.⁶⁵⁾ Die LSR hielten diese Massnahme für verfrüht und wandten sich gegen Verhaftungen von Abgeordneten der Konstituante. Besonders ihr Justizkommissar Steinberg sprach sich gegen Repressionsmaßnahmen aus.

Währenddessen ging die Diskussion in der Bolschewistischen Partei um eine Haltung zur Konstituante weiter. Ende November baten Kamenew, Rykow, Miljutin und Nogin um Wiederaufnahme ins Zentralkomitee. Das ZK lehnte ab. Doch die vier waren für die Bolschewiki in die Konstituante gewählt worden, es war unvorhersehbar, welche Haltung sie in der Versammlung einnehmen würden. Die rechten Bolschewiki gewannen die Mehrheit im provisorischen Büro der Fraktion und verlangten eine Parteikonferenz über die Haltung zur Konstituante. Lenins Mehrheit erreichte, dass die Rechten aus dem Fraktionsbüro abgewählt wurden.⁶⁶⁾

Lenins Thesen über die Konstituante wurde angenommen:

„Die revolutionäre Sozialdemokratie... hat vom ersten Tage der Revolution von 1917 an wiederholt betont, dass die Republik der Sowjets eine höhere Form des Demokratismus ist als die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der Konstituierenden Versammlung...

Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung... geht unter Verhältnissen vor sich, die es unmöglich machen, dass der Wille des Volkes im allgemeinen und der werktätigen Massen im besonderen durch die Wahlen zu diese Konstituierenden Versammlung richtig zum Ausdruck kommt.⁶⁷⁾

Bei uns dagegen hat... die Partei ... der Sozialrevolutionäre, Mitte Oktober 1917 einheitliche Kandidatenlisten... eingereicht, sich jedoch... noch vor ihrer Einberufung im November 1917 gespalten...⁶⁸⁾

Die Revolution erfasste dann im Laufe des November und Dezember die gesamte Masse der Armee und der Bauernschaft, was vor allem in der Absetzung der alten Spitzenorganisationen... zum Ausdruck kam, die die überholte, paktiererische Phase der Revolution, ihre bürgerliche... Etappe verkörperten und deshalb unter dem Ansturm immer neuer und breiterer Volksmassen vom Schauplatz abtreten mussten...⁶⁹⁾

Die Gruppierung der Klassenkräfte Russlands in ihrem Klassenkampf ist also in Wirklichkeit im November und Dezember 1917 eine prinzipiell andere als jene, die in den Kandidatenlisten der Parteien zur Konstituierenden Versammlung Mitte Oktober 1917 ihren Ausdruck finden konnte...⁷⁰⁾

Nur der volle Sieg der Arbeiter und Bauern über den Aufstand der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer... vermag die proletarisch-bäuerliche Revolution wirklich zu sichern. Der Gang der Ereignisse und die Entwicklung des Klassenkampfes ... haben dazu geführt, dass die Losung 'Alle Macht der Konstituierenden Versammlung' ... in Wirklichkeit zu einer Losung der Kadetten sowie der Kaledinleute und ihrer Helfershelfer geworden ist...⁷¹⁾

Es ist klar, dass auch von dieser Seite der Sache aus gesehen ein Missverhältnis zwischen der Zusammensetzung der Deputierten zur Konstituierenden Versammlung und dem wirklichen Volkswillen in der Frage der Beendigung des Krieges unvermeidlich ist...⁷²⁾

Die einzige Aussicht auf eine schmerzlose Lösung der Krise... besteht darin, ...dass sich die Konstituierende Versammlung selbst dem Gesetz des ZEK über die Neuwahlen anschliesst und erklärt, dass sie vorbehaltlos die Sowjetmacht, die Sowjetrevolution, deren Politik in der Frage des Friedens, in der Bodenfrage und in der Frage der Arbeiterkontrolle anerkennt, dass die Konstituierende Versammlung sich entschlossen dem Lage der Gegner der kadettisch-kaledinischen Konterrevolution anschliesst.“⁷³⁾

Tabelle 32: [Wahl zur Konstituante in Petrograd und Moskau](#)⁷⁴⁾

Partei	Stimmen in Petrograd	Prozent	Stimmen in Moskau	Prozent
Bolschewiki	424.027	45,0 %	366.148	47,9 %
Menschewiki usw.	50.099	5,3 %	59.410	7,8 %
rechte SK	4.696	0,5 %	-	
PSR und LSR	-		62.260	8,1 %
LSR	152.230	16,2 %	-	
Kadetten	246.506	26,2 %	263.859	34,5 %
Rechte	43.753	5,8 %	8.664	1,1 %
total	942.333		764.763	

Da abzusehen war, dass bis zum 5. Januar 1918 die Mindestzahl der Delegierten in Petrograd eingetroffen sein würde, wurde die Eröffnung auf diesen Tag festgelegt. Der *Bund zur Verteidigung der Konstituante* bereitete eine Massendemonstration zur Eröffnung vor. Zum Schutz der Versammlung kamen vage Zusagen von zwei Regimentern zum bewaffneten Schutz der Kundgebung. Vertreter mehrerer Fabriken beteiligten sich an den Sitzungen, so die Regierungsdruckerei und die Obuchow-Werke. ⁷⁵⁾

Gleichzeitig wurde für den 8. Januar der dritte Sowjetkongress der Arbeiter- und Soldatenräte und für den 12. Januar der zweite Kongress der Bauerndeputierten einberufen, sozusagen als Gegengewicht zur Konstituante. Bolschewiki und LSR einigten sich darauf, die Konstituierende Versammlung müsse die Beschlüsse des Sowjetkongresses anerkennen, jeder Versuch, sich staatliche Machtbefugnisse anzueignen, werde als konterrevolutionärer Akt mit allen Mitteln niedergeschlagen. ⁷⁶⁾

Am 5. Januar demonstrierten etwa 10.000 oder mehr Unterstützer zum Liteiny-Prospekt, es ist unklar, ob die Arbeiter überwogen oder nicht, die Berichte sind widersprüchlich. ⁷⁷⁾ Ein Teil der Demonstranten bestand aus Studenten, Intellektuellen, Angestellten und Bürgern. Es wurden Plakate getragen mit den Aufschriften 'Land und Freiheit' und 'Alle Macht der Konstituierenden Versammlung', es war eine klar antibolschewistische Veranstaltung. Die versprochenen Regimenter zum Schutz der Veranstaltung erschienen nicht, die PSR hatte ihre Kampfgruppen aufgefordert, die Demonstration zu schützen, das erwies sich als Fehlschlag, nur ein paar Dutzend kamen bewaffnet. Auf dem Weg zum Taurischen Palast wurden sie von Matrosen aufgehalten, über die Köpfe oder auf die Demonstranten wurde geschossen, es gab zwei bis sieben Tote und etwa hundert Verletzte. ⁷⁸⁾ Über die soziale Zusammensetzung und ob die Matrosen über oder in die Demonstration schossen, stritten sich die PSR und die Bolschewiki. Sollten die Sozialrevolutionäre auf eine bewaffnete Unterstützung der Konstituante oder gar eine Eroberung des Smolny gesetzt haben, war diese Demonstration ein Fehlschlag.

Die 5.000 Matrosen der Stadt, einige andere Einheiten und die 30- bis 40.000 Rotgardisten, von denen allerdings auch nur 3- bis 4.000 unter Waffen standen, waren die einzigen relevanten Kampftruppen in Petrograd; die Garnison war nicht mehr militärisch verwendbar. ⁷⁹⁾

Die eintreffenden Abgeordneten der Konstituante wurden massiv eingeschüchtert. Kronstadter Matrosen übernahmen die Sicherheit der Veranstaltung, auf den Tribünen nahm eine feindliche Menge von Arbeitern und Soldaten Platz, die teilweise mit ihren Waffen kamen. Während der Sitzungen zielten sie auf die Abgeordneten, man wusste nicht, ob die Gewehre geladen waren. Ein Abgeordneter schilderte seine Gefühle:

„Wir, die Abgeordneten, waren umringt von einer erregten Menge, die jederzeit bereit war, sich auf uns zu stürzen und in Stücke zu reißen.“ ⁸⁰⁾

Weder die georgischen Menschewiki noch die ukrainischen Sozialrevolutionäre erschienen zur Eröffnung der Konstituante. Zwischen 400 und 500 Gewählte zogen am Nachmittag des 5. Januar in den frisch renovierten Taurischen Palast ein. Die Fraktionen versammelten sich zu Treffen, Swerdlow schwor die bolschewistischen Abgeordneten auf den Bruch mit der Konstituante ein.

Als um 16 Uhr der sozialrevolutionäre Alterspräsident die Konstituierende Versammlung eröffnen wollte, schob Swerdlow ihn beiseite, es kam zu Handgreiflichkeiten. Swerdlow verlas nach der Wiederherstellung der Ruhe eine 'Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes'. Bei der Wahl des Vorsitzenden der Versammlung setzte sich Tschernow gegen Spiridonowa durch. In häufig unterbrochenen Reden bekräftigten die Parteiführer ihre Standpunkte. Nach einer Sitzungspause wurde über die Unterstützung der Resolution Swerdlows über die Rechte des Volkes abgestimmt, die Unterstützer des Sowjetsystems unterlagen mit 146 gegen 237 Stimmen. ⁸¹⁾

Inzwischen war es nach Mitternacht, die Bolschewiki waren nach einer Versammlungspause nicht mehr ins Plenum zurückgekehrt, Raskolnikow verlas für sie die Erklärung:

„Die gewaltige Mehrheit des werktätigen Russlands, die Arbeiter, Bauern und Soldaten, haben an die Konstituierende Versammlung die Forderung gerichtet, die Errungenschaften der großen Oktoberrevolution... und vor allem die Macht der Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten anzuerkennen... Die Mehrheit der Konstituierenden Versammlung hat jedoch in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bourgeoisie diese Forderung abgelehnt und damit dem gesamten werktätigen Russland den Kampf angesagt... Da wir keinen Augenblick die Verbrechen der Feinde des Volkes decken wollen, erklären wir, dass wir die Konstituierende Versammlung verlassen, wobei wir es der Sowjetmacht anheimstellen, endgültig über die Stellung zum konterrevolutionären Teil der Konstituierenden Versammlung zu entscheiden.“ ⁸²⁾

Bild 54: Sozialrevolutionäres Wahlplakat



Ein Tumult folgte, ein Zuschauer richtete sein Gewehr auf einen Abgeordneten, wurde aber im letzten Moment am Schuss gehindert. Nach einem Ultimatum Steinbergs verließen auch die Linken Sozialrevolutionäre den Saal. Es war jetzt vier Uhr morgens. Die lärmenden Zuschauer strömten auf die leeren Plätze der Linken, entsicherten ihre Gewehre und steckten Bajonette auf. Mit Mühe konnte Tschernow reden, als ihn der Leiter der Wachen, der Anarcho-Kommunist Schelesnjakow unterbrach: „Die Wachen sind müde!“ Tschernow protestierte, die übrig gebliebenen 200 Versammelten stimmten noch eilig über ein paar Gesetzentwürfe ab, um 5 Uhr morgens am 6. Januar wurde die Konstituante geschlossen.⁸³⁾

Als die Abgeordneten am nächsten Tag sich in Richtung Taurischen Palast bewegten, fanden sie das Liteiny- Viertel militärisch abgeriegelt. Die Auflösung der Konstitutionellen Versammlung wurde vom Sownarkom beschlossen und vom ZEK gebilligt. Rjasanow für die rechten Bolschewiki, ein Vertreter der Sozialdemokraten-Internationalisten und andere sprachen gegen die Auflösung. Lenin rechtfertigte die Auflösung:

„Das Volk wollte die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, und wir haben sie einberufen... Und jetzt haben wir den Willen des Volkes ausgeführt, den Willen, der da lautet: Alle Macht den Sowjets!“⁸⁴⁾

Es gab keine Reaktion auf die Auflösung, die Bevölkerung stand ihr zutiefst gleichgültig gegenüber, die Konstituante hatte sich überlebt. Die Bolschewiki beriefen Betriebsversammlungen ein, bei den 4.000 Arbeitern der Nikolajewski-Eisenbahn und den 8.000 Beschäftigten der Obuchow-Werke trafen sie laut PSR-Zeitungen auf Widerstand.⁸⁵⁾ Offensichtlich wurde die Schließung der Konstituante von der Arbeiter toleriert, sie hatten andere Sorgen.

Es gab in Russland auch keinen Ort, wo die Konstituante weiter tagen konnte. In Moskau war die Stimmung eben so feindlich wie in Petrograd, an den Don unter den Schutz der Kosaken wollte man sich nicht stellen. So zog sich ein Teil der Konstituante in die PSR- Hochburgen Samara und Saratow zurück.

Als Alternative zur Konstituante wurde am 10. Januar der dritte allrussische Sowjetkongress eröffnet.

Er bestätigte die Fusion mit dem gleichzeitig stattfindenden Bauernkongress. 370 Sowjets und 110 Militärkomitees waren vertreten, sie vertraten 95 Millionen Menschen. Von den 1.587 Delegierten waren etwa zwei Drittel Bolschewiki.⁸⁶⁾ Die Politik der Sowjetregierung wurde gebilligt wie die Auflösung der Konstituante. Der Sowjet wurde zum obersten Machtorgan des Landes und für die Zeit zwischen den Kongressen das ZEK, das aus 306 Vertretern bestand, 160 davon waren Bolschewiki und 125 Linke Sozialrevolutionäre.⁸⁷⁾ Die Vertreter der nationalen Minderheiten stimmten der föderativen Struktur des Staates zu. Auch das 'Grundgesetz über die Sozialisierung von Grund und Boden' nahm der Sowjetkongress an.

Das Drama von Brest-Litowsk

In Übereinstimmung mit dem Friedensdekret vom 26. Oktober forderte das Sowjetnarkom alle Kriegsteilnehmer zu Verhandlungen über das Ende des Krieges auf. Von den verbündeten Alliierten erfolgte keine Reaktion, sie führten den Krieg weiter.

Das Sowjetnarkom forderte den russischen Oberkommandierenden Duchonin auf, mit den deutschen Oberkommando Kontakt aufzunehmen und ihm einen Waffenstillstand anzubieten, Trotzki informierte die Entente-Regierungen, er richtete das Schreiben an die Völker der Verbündeten. Der britische Botschafter Buchanan und der französische Geschäftsträger unterstützten die Gegner der Bolschewiki.⁸⁸⁾ Beide Botschafter übten Druck auf Duchonin aus und schickten Protestnoten ans Hauptquartier, den Vertrag von 1914 nicht zu brechen. Die Entente kündigte der Sowjetregierung schärfste Konsequenzen an, falls sie den Friedenskurs gegenüber Deutschland nicht ändere. Niemand mehr gehorchte Duchonin, er leistete passiven Widerstand und wurde abgesetzt, Krylenko wurde neue Oberkommandierender.

In Paris lehnten Ende November die Alliierten den russischen Vorstoß ab, der Krieg gegen die Mittelmächte sollte fortgeführt werden. Erste Vorgespräche für eine Intervention in Wladiwostok und Archangelsk wurden getroffen.

Krylenko ließ den Aufruf zum Waffenstillstand mit Flugzeugen über der deutschen Front abwerfen und schickte Beauftragte an die Front. Dem deutschen Oberkommando war die Situation in Russland ziemlich unklar, jetzt kam ein Angebot der neuen Sowjetregierung nach Waffenstillstand. Ludendorff fragte aus Spa, ob man mit diesen Leuten verhandeln könne, der Oberkommandierende der Ostarmee General Hoffmann antwortete affirmativ. Die Reaktion der Mittelmächte war zwiespältig, ein Frieden an der Ostfront eröffnete die Chance, doch noch aus dem Krieg erfolgreich hervorgehen zu können, andererseits schwebte die Revolutionsgefahr angesichts der Streiks und Demonstrationen über ihren Köpfen. Hoffmann vereinbarte Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk, dem Hauptquartier der deutschen Armee im Osten.⁸⁹⁾

Joffe, Kamenew, Sokolnikow und Karachan wurden nach Brest-Litowsk geschickt. Ihnen wurden ein Arbeiter, ein Bauer und ein Soldat als Symbole der neuen Macht zugeordnet. Joffe wollte über die Revolution reden, was Hoffmann ablehnte, weiter verlangte Joffe öffentliche Verhandlungen. An der deutschen Front erschien *die Fackel* als Propagandaorgan für den Frieden. Noch einmal forderten Lenin und Trotzki die Alliierten auf, an den Verhandlungen teilzunehmen. Am 22. November unterzeichnete Joffe einen Waffenstillstand. Er sollte 28 Tage gelten und automatisch verlängert werden, wenn nicht eine Seite ihn kündige. Soldaten beider Seiten hatten das Recht, sich in kleinen Gruppen unter der Aufsicht deutscher Offiziere zu treffen, was die Deutschen widerstrebend akzeptierten.⁹⁰⁾

Immer noch gab es keine direkte Kommunikation mit den Entente-Mächten. Im September 1917

waren zwei russische Sozialdemokraten, Georgi Tschitscherin und Peter Petrow in Großbritannien verhaftete worden, Tschitscherin hatte eine Zeitlang in untergeordneter Position im Außenministerium Russlands gearbeitet, Trotzki verlangte ihre Freilassung. Als keine Antwort kam, verweigerte Trotzki britischen Staatsbürgern in Russland die Ausreisevisa. Daraufhin entschloss sich Buchanan, inoffizielle Kontakte zum Sownarkom aufzunehmen. Außenminister Balfour gab grünes Licht, mit diesem 'verrückten System' auf informeller Ebene zu verhandeln. Tschitscherin und Petrow wurden nach Norwegen abgeschoben. Bruce Lockhart wurde als inoffizieller Vertreter nach Russland geschickt.

Für die Gegner der Bolschewiki war die Aufnahme von Friedensverhandlungen der Beweis, dass Lenin doch ein deutscher Agent sei. Wichtiger waren die Differenzen mit den verbündeten Linken Sozialrevolutionären, beide Koalitionsparteien waren für einen Separatfrieden, aber man wollte ihn nicht um jeden Preis. Wenn dessen Bedingungen unannehmbar und demütigend werden sollten, sollte man von den Alliierten Hilfe annehmen? Oder sollte man gar einen revolutionären Krieg führen, bei dem die junge Sowjetmacht untergehen könnte?

Das Sownarkom demobilisierte die Zarenarmee, deutsche und österreichische Kriegsgefangene wurden aus den Lagern befreit, konnten sich frei bewegen und eine Arbeit suchen.

Am 9. Dezember begannen in Brest-Litowsk die Verhandlungen. Die Sowjetdelegation wurde von Joffe geführt, die Linken Sozialrevolutionäre schickten eine Vertreterin. Für die Mittelmächte führten der deutsche Staatssekretär von Kühlmann und der ihm formal untergeordnete General Hoffmann sowie der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin die Verhandlungen, die Vertreter Bulgariens und der Türkei spielten eine nur untergeordnete Rolle. Während Kühlmann die Interessen der Reichsregierung vertrat, war Hoffmann der Repräsentant der Obersten Heeresleitung und hatte das Vertrauen Hindenburgs.

Joffe stellte ein sechs-Punkte-Programm vor, Abzug aller Truppen aus den besetzten Gebieten, Wiederherstellung der Unabhängigkeit der 1914 unterworfenen Nationen und Volksabstimmungen über ihre Zukunft, Annexionen und Kontributionen sollten ausgeschlossen werden.⁹¹⁾ Wenige Tage später antwortete ihm Graf Czernin. Die Mittelmächte strebten einen gerechten, allgemeinen Frieden an, der Verzicht von Annexionen und Kontributionen seien eine geeignete Grundlage. Das Recht auf Selbstbestimmung sei zu gewährleisten, aber über die Zukunft der Völker müsse jeder Staat nach seiner Verfassung entscheiden.⁹²⁾

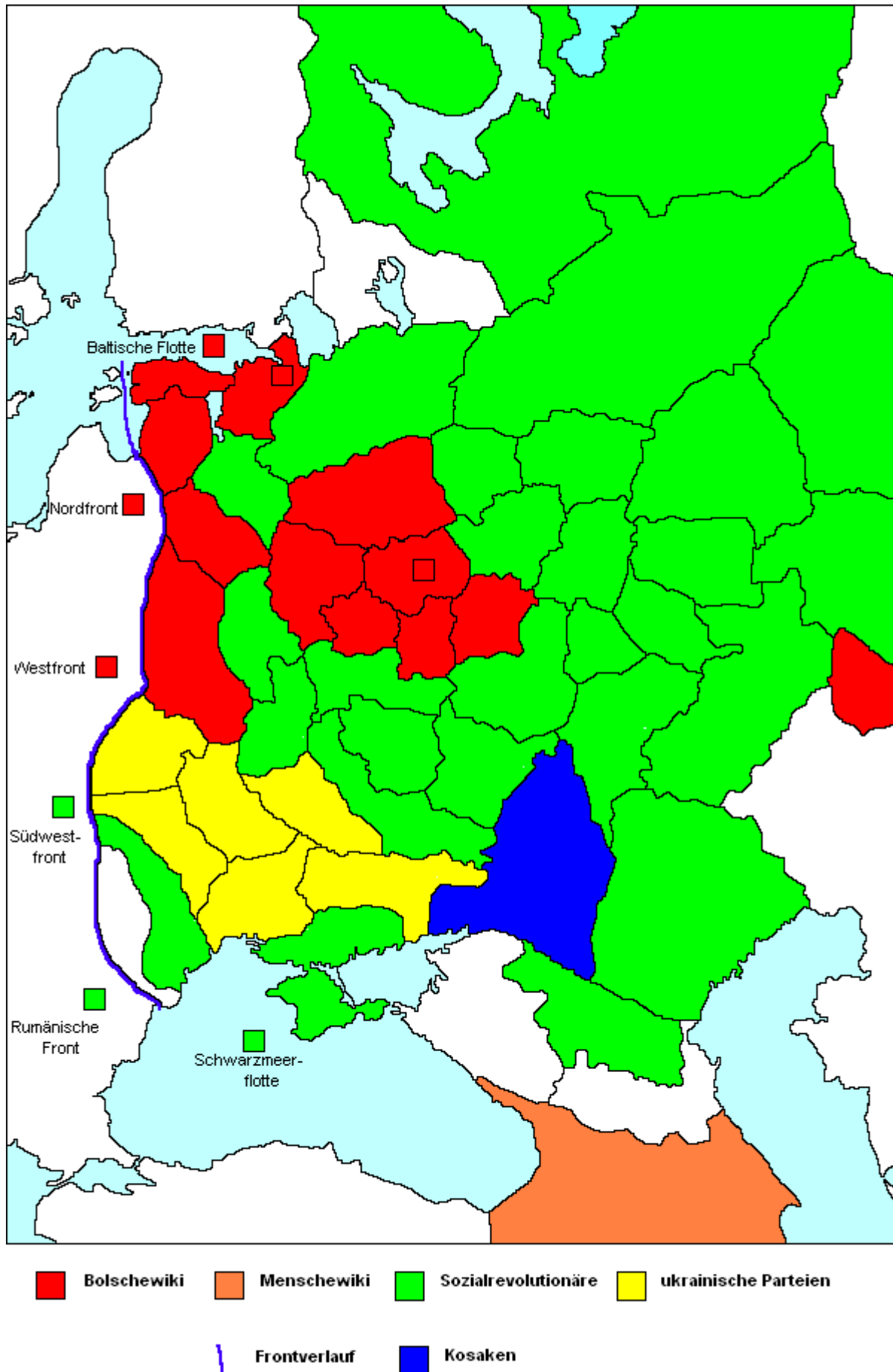
Joffe, dem die Tragweite der Antwort wohl entgangen war, schickte einen positiven Bericht nach Petrograd. Schnell wurden die Ziele der Mittelmächte deutlich: Zwei Tage später machten sie den Rückzug aus den Gebieten des Russischen Reiches vom vollständigen Rückzug der Entente abhängig, die Völker Polens, Litauens und Lettlands hätten den Wunsch erkennen lassen, sich von Russland zu trennen, was auf Protektorate unter 'deutschem Schutz' hinauslief.⁹³⁾ Die Forderung nach Bezahlung des Unterhalts der russischen Kriegsgefangenen war eine versteckte Form von Kontributionen.⁹⁴⁾ Die Verhandlungen wurden unterbrochen.

Der erste positive Bericht Joffes ließ die Bolschewiki auf einen baldigen Erfolg der Verhandlungen hoffen. Die Erläuterungen Czernins holten sie bald auf den Boden der Realität zurück. Die Deutschen hatten den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker in einen Deckmantel für Annexionen verwandelt.

In der zweiten Verhandlungsphase vom 26. Dezember bis 28. Januar erschien eine neue Verhandlungsdelegation mit Volkskommissar Trotzki an der Spitze. Als Trotzki eintraf, setzte er sofort allen gesellschaftlichen Verkehr und die Essen mit den Deutschen ab. Deutsche und österreichische Aristokraten hatten mit den Berufsrevolutionären und Terroristen freundlichsten Umgang, was auch gestandene Revolutionäre verwirrte. Czernin sekundierte Kühlmann, seine Monarchie war dem

Zusammenbruch näher, er versuchte den verbindlichen Vermittler zu spielen. Seine Kollegen betrachteten die Bolschewiki und Trotzki als Abenteurer, die in einer Eskapade der Geschichte emporgekommen waren und nach kurzer Zeit wieder untergehen würden. Auf jeden Fall glaubten sie, die russischen Delegierten mit kleinen Vergünstigungen für sich gewinnen zu könne, so wie sie es mit ihren Untertanen handhabten.

Karte 20: [Die stärkste Partei bei der Wahl zur Konstituante in den Wahlkreisen](#)



Es gab 79 Verhandlungsrunden, in denen die unvereinbaren Positionen aufeinander prallten. Kühlmann eröffnete der russischen Delegation, der Frieden ohne Annexionen gelte nur für einen

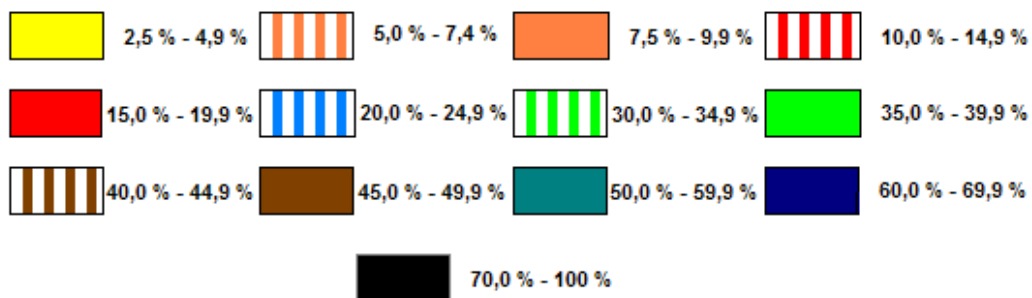
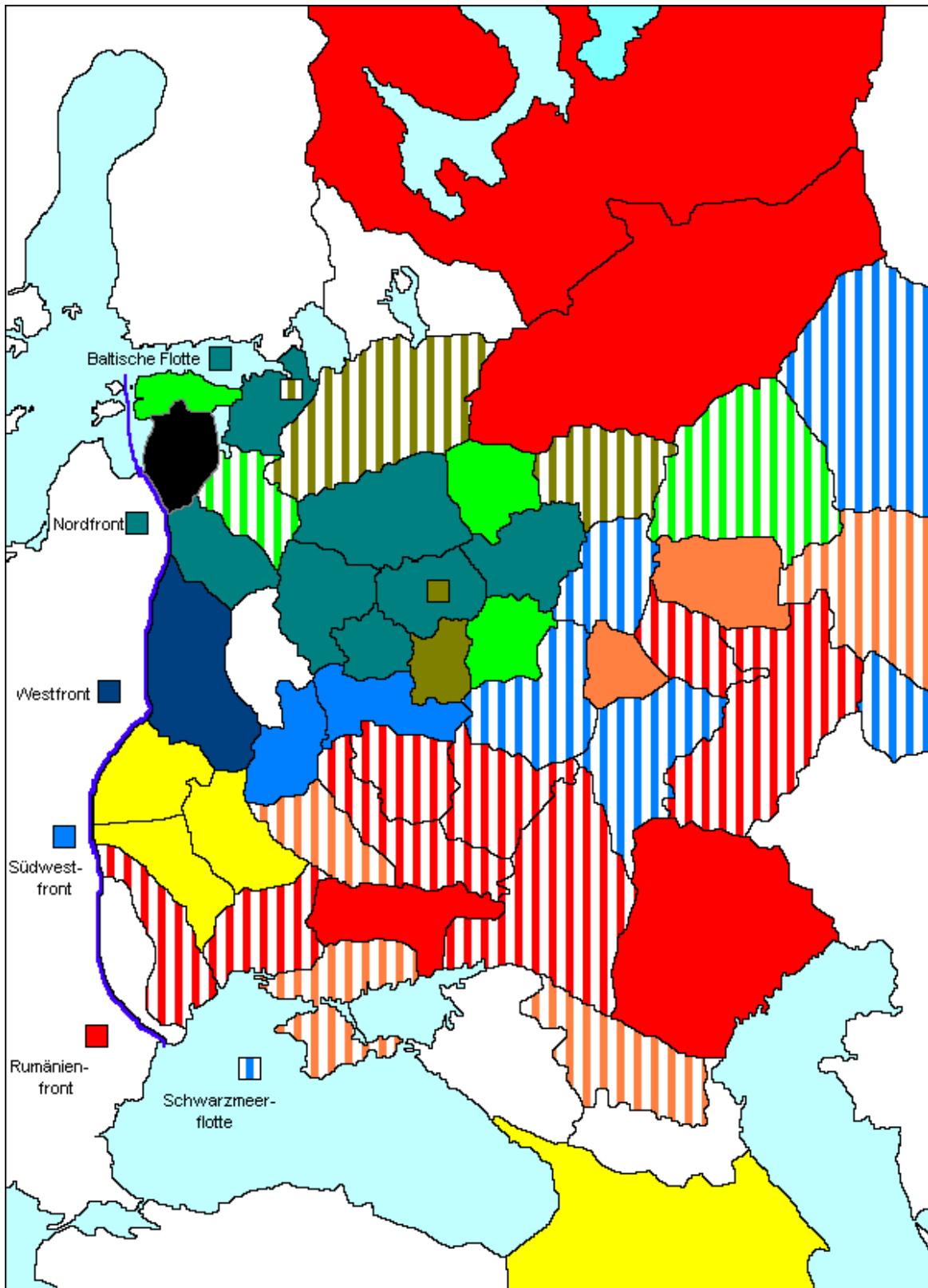
allgemeinen Frieden, da die Westmächte sich an den Friedensgesprächen nicht beteiligten, fühlte man sich nicht daran gebunden. Der deutsche General Hoffmann protestierte gegen die sowjetische Friedenspropaganda, die österreichischen, türkischen und bulgarischen Delegierten sprachen im gleichen Ton. ⁹⁵⁾

Tatsächlich gab es Ende Oktober und Anfang November in Wien, Budapest und anderen Städten Österreich- Ungarns Friedensdemonstrationen mit Grußbotschaften an die russische Revolution. Der linke Flügel der österreichischen Sozialdemokraten bildete Aktionskomitees, initiierte Streiks, Flugblätter und illegale Versammlungen. In Deutschland nahmen über eine Million Menschen im November 1917 an Kundgebungen und Demonstrationen teil, u.a. in Berlin, Hamburg und Essen. Auch in Bulgarien verbreiteten die Engherzigen - der linke Flügel der Sozialdemokraten - Lenins Dekret über den Frieden und veranstalteten Solidaritätskundgebungen. In Großbritannien, Frankreich und Italien kam es ebenfalls zu Streiks und Demonstrationen. ⁹⁶⁾

Die zweite Phase war von der Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Völker bestimmt, Die Verhandlungen wurden mitstenografiert und in der Tagespresse veröffentlicht. Trotzki sollte die Verhandlungen verschleppen, um durch seine Reden das westeuropäische Proletariat zur Revolution aufzustacheln. Als Hoffmann eine Karte mit den Abtretungen entfaltete, die Polen, Litauen, Kurland, Teile von Livland und Erstland umfasste, erzwang Trotzki eine zehntägige Unterbrechung, um sich neue Instruktionen in Petrograd zu holen. ⁹⁷⁾

Das Deutsche Reich hatte schon nach der Besetzung Polens Tatsachen geschaffen: Es strebte die Wiederherstellung des Großherzogtums Warschau, also dem russisch besetzten Teil Polens (Kongresspolen) unter deutscher Herrschaft an, eine Alternative war ein mit dem österreichischen Galizien vereinigter polnischer Vasallenstaat. ⁹⁸⁾ Im Dezember 1916 wurde ein 'Königreich Polen' proklamiert. ⁹⁹⁾ 1916 kam es in Warschau zu Gesprächen über eine Militärkonvention, einen Zollvertrag, ein Eisenbahn- und Postabkommen. Der Aufruf zur Gründung einer Freiwilligenarmee erwies sich als Fehlschlag. Alle Hoheitsrechte sollten bei Deutschland bleiben, die Unabhängigkeit war rein formal, die Entwürfe einer Verfassung ähnelten dem preußischen Dreiklassenwahlrecht zugunsten der Schlachta, Polen sollte dem deutschen Wirtschaftsraum zugeschlagen werden. ¹⁰⁰⁾

Karte 21: [Wahl zur Konstituante – Stimmenanteil der Bolschewiki](#)



Hoffmann legte einen unterschriftsreifen Vertrag mit einer Karte den russischen Abtretungen vor, die identisch mit der Frontlinie waren. Für das Baltikum strebte die deutsche Regierung eine Autonomie unter deutschem Schutz an, eine Kurländische Volksversammlung, ein Litauischer Landrat und die Stadtverwaltung von Riga fassten Beschlüsse in diesem Sinne, das waren Versammlungen von Grundbesitzern und Bourgeois. Besonders die 'baltischen Barone' kollaborierten mit den Besatzern, etwa sieben Prozent der Bevölkerung der Ostseeprovinzen waren deutsch.¹⁰¹⁾ Die Fantasie der Mittelmächte wurde durch die Ankunft einer ukrainischen Delegation der Rada bei den Friedensverhandlungen belebt, die ihre Unabhängigkeit erklärt hatte und einen Separatfrieden anstrebte.

Als Trotzki mit seiner Delegation nach Brest-Litowsk gereist war, sahen sie die leeren Schützengräben. Ein Treffen mit Militärführern ergab das Bild, im Fall neuer Kampfhandlungen im besten Fall mit einem geordneten Rückzug rechnen zu können, an Widerstand war nicht mehr zu denken, bei einem deutschen Vormarsch sei eine Einnahme Petrograds nicht zu verhindern. Die Militärführer und Krylenko drängten, einen Frieden auf jeden Fall anzunehmen. Über den Verhandlungen in Brest-Litowsk stand die deutsche Drohung, bei ihrem Scheitern den Krieg wieder aufzunehmen.

Nach der Auflösung der Konstituante begann eine sehr emotional geführte Auseinandersetzung in der Bolschewistischen Partei, wie weit man den deutschen Forderungen entgegenkommen solle, sie führte die Partei an den Rand der Spaltung.

Lenins Ziel konnte es angesichts dieser Kräfteverteilung nur sein, einen Frieden zu erreichen und auf den Ausbruch der Revolution in Berlin und Wien zu hoffen. Er kannte die aussichtslose militärische Lage, mit den schwachen Kräften der neuen Roten Armee konnten vielleicht die russischen Gegner besiegt werden, die Wirtschaftskrise verschärfte sich ständig, die Bauern mussten durch die Übernahme des Bodens erst für die Verteidigung der Republik gewonnen werden. Ein Friedensschluss konnte eine Atempause verschaffen, das sei kein Verrat an der Revolution.

Gemeinsam mit den bolschewistischen Delegierten des Dritten Sowjetkongresses fand am 8. Januar eine Konferenz über die Frage des Friedens statt. Besonders das Moskauer Bezirksbüro mit Bucharin, Lomow und Ossinski wandte sich gegen Lenins bedingungslosen Frieden. Ossinski sprach sich für den Abbruch der Verhandlungen zugunsten eines revolutionären Krieges aus, die deutschen Soldaten würden sich einer Offensive gegen das revolutionäre Russland verweigern, in Deutschland stehe ein Aufstand gegen den Imperialismus nahe bevor. Die Gruppe der Kriegsgegner unter der Führung des Moskauer Gebietskomitees wurden *Linke Kommunisten* genannt.

Zwischen beiden extremen Positionen vertrat Trotzki seine Haltung, den Frieden abzulehnen und trotzdem den Krieg zu beenden. Wie Lenin glaubte er, Russland könne den revolutionären Krieg nicht führen, andererseits hoffte er wie die Friedensgegner, Deutschland könne keine Offensive führen.

In der abschließenden Abstimmung gewannen die *Linken Kommunisten* mit 32 Stimmen die Mehrheit gegenüber Lenins und Trotzkis Positionen mit 15 beziehungsweise 16 Stimmen.¹⁰²⁾ Das Petersburger Komitee schloss sich der Linken an.

Da die Versammlung keine Entscheidungsbefugnis hatte, wurde die Diskussion auf der ZK-Sitzung am 11. Januar fortgeführt, nur Sergejew (Artjom), Sokolnikow und Stalin stellten sich auf Lenins Seite. Bucharin war der Sprecher der *Linken Kommunisten*, er unterstützte Trotzkis Position des Zeitgewinns. Da Lenin mit seiner Haltung in deutlicher Minderheit war, wurde sie nicht abgestimmt. Trotzkis Formel 'weder Sieg noch Frieden' wurde mit neun gegen sieben Stimmen angenommen.¹⁰³⁾ Er wurde ermächtigt, die Friedensverhandlungen so lange wie möglich hinauszuzögern. Die ZK-

Sitzung brachte keine klaren Mehrheiten, Lenin setzte die Einberufung eines Parteitages durch.

Auch das Zentralkomitee der Linken Sozialrevolutionäre sprach sich dafür aus, den Krieg fortzusetzen, falls kein annehmbarer Frieden zustande komme.

Bucharin hatte nach seiner Rückkehr nach Russland im Mai Lenins Aprilthesen unterstützt. Nach der Oktoberrevolution wurde der Dreißigjährige Herausgeber der Parteizeitung *Prawda*. In Moskau gruppierte sich um ihn eine Gruppe von Genossen, die im Gebietsbüro die Mehrheit gewann, während in der Stadtorganisation der Bolschewiki die Rechte noch dominierte. Das Regionalbüro kam im Sommer in die Hand der bolschewistischen 'Generation von 1905': Bucharin, Wladimir Smirnow, Nikolai Ossinski, Georgi Oppokow (Lomow), Warwara Jakowlewa.¹⁰⁴⁾ Von Jakowlewa abgesehen waren alle unter Dreißig, das war auch ein Generationskonflikt mit dem älteren Mitgliedern des Moskauer Komitees.

Das Stadtkomitee von Petrograd schloss sich den *Linken Kommunisten* an, hier führte Karl Radek die Linke an. Er opponierte gegen die Idee der Friedensverhandlungen mit einem imperialistischen Staat und trat für einen internationalen Bürgerkrieg gegen den Weltkapitalismus ein.¹⁰⁵⁾ Nach der bolschewistischen Diskussionskultur suchten die Gegner die Unterstützung der Parteibasis. Viele Parteiorganisationen, Sowjets und Betriebsversammlungen verabschiedeten Resolutionen, es sei besser, für den internationalen Sozialismus zu kämpfen als darauf zu warten, vom Imperialismus zerschlagen zu werden. Die Moskauer Stadtorganisation konnte gewonnen werden, damit waren die beiden wichtigsten Parteibeiräte gegen Lenins Position. Auch in Kronstadt, Saratow, Samara, im Ural und in Sibirien waren die Linken in der Mehrheit.¹⁰⁶⁾ Der Parteiapparat wurde von Protestresolutionen gegen den Frieden bombardiert, im März waren 95 bis 105 der eingegangenen 200 Stellungnahmen gegen den Brester Friedensvertrag.

Mitte Januar 1918 kehrte Trotzki nach Brest zurück. Die Antikriegs-Demonstrationen und Streiks in Österreich und Deutschland waren unterdrückt worden, die Verhandlungsgegner schienen gestärkt. Kühlmann und Czernin bereiteten einen Separatfrieden mit der ukrainischen Rada vor, das Sowjetkom erkannte noch die Rada in Kiew an, gleichzeitig wurde in Charkow die Regierung der Sowjetrepublik Ukraine gegründet. Die Mittelmächte spielten sich als Beschützer der ukrainischen Separatisten auf und wollten so an die Rohstoffe der Ukraine kommen, derer sie verzweifelt bedurften. Die Rada war schwach und stand vor dem Zusammenbruch. Sie griffen Trotzki an, er wolle die Rada stürzen und trete das Recht des ukrainischen Volkes mit Füßen. Dagegen konnte Trotzki nichts erwidern, das Recht der Revolution und der nationalen Selbstbestimmung standen gegeneinander. Am 19. Januar erkannten die Mittelmächte die Ukrainische Volksrepublik der Rada an und unterzeichneten einen Vertrag über Lebensmittellieferungen. Am 21. Januar erhielt Trotzki die Nachricht, dass die Rada gestürzt worden sei und die Sowjetukraine auch in Kiew gesiegt habe. Trotzki erklärte darauf, die Rada als Verhandlungsgegner nicht mehr anzuerkennen, zwei Vertreter der Ukrainischen Sowjetrepublik reisten nach Brest-Litowsk.

Am 28. Januar landete Trotzki seinen Coup, als er den überraschten Vertretern der Mittelmächte den Abbruch der Verhandlungen bei gleichzeitiger Beendigung des Krieges verkündete:

„Wir wollen nicht mehr an diesem rein imperialistischen Krieg teilnehmen, bei dem die Ansprüche der besitzenden Klassen offen durch menschliches Blut eingelöst werden. In der Erwartung der nicht mehr fernen Stunde, in der die arbeitenden Klassen aller Länder die Macht ergreifen werden..., ziehen wir unsere Armee und unser Volk aus dem Krieg zurück. Unser Soldat, der Bebauer des Landes, soll zurück auf sein Land gehen, um es in diesem Frühjahr zu bestellen - es ist das Land, das die Revolution dem Grundbesitzer nahm und dem Bauern gab. Unser Soldat, der Arbeiter, soll an seine Werkbank zurückgehen, nicht um Werkzeuge der Zerstörung, sondern um Werkzeuge des Aufbaus herzustellen, damit er zusammen mit dem Bauern eine neue sozialistische

Wirtschaft errichten könne...

Wir ziehen uns vom Krieg zurück. Wir verkünden das allen Völkern und Regierungen... Gleichzeitig erklären wir, dass die uns von den Regierungen von Deutschland und Österreich-Ungarn vorgeschlagenen Bedingungen in fundamentalem Widerspruch zu den Interessen aller Völker stehen, einschließlich des österreichisch-ungarischen und des deutschen Volkes. Die Völker Polens, der Ukraine, Litauens, Kurlands und Estlands wissen um die Gewalt, die man ihnen ob ihrer Bestrebungen angetan hat. Für das russische Volk sind diese Bedingungen eine dauernde Gefahr. Die Volksmassen der ganzen Welt... lehnen sie ab... Wir weigern uns, Bedingungen zu unterschreiben, die der deutsche und österreichisch-ungarische Imperialismus mit dem Schwert auf den lebenden Körper der Völker schreibt. Wir können nicht die Unterschrift der russischen Revolution unter einen Friedensvertrag setzten, der Millionen menschlicher Wesen Unterdrückung, Leid und Unglück bringt.“¹⁰⁷⁾

Für die diplomatischen Gepflogenheiten war Trotzki's Erklärung eine völlig neue Situation, er war davon überzeugt, dass Hoffmann seine Drohung der erneuten Offensive nicht umsetzen könne und die russische Delegation reiste ab.

Trotzki's Telegramm wurde in Petrograd und im Hauptquartier so aufgefasst, dass Frieden ausgebrochen sei. Die noch verbliebenen russischen Truppen verließen die Schützengräben, in Petrograd gab es Jubelkundgebungen auf den Straßen. Allgemein wurde Trotzki für seine kluge Taktik beglückwünscht, auch von den anderen Sowjetparteien.

Am 14. Februar rechtfertigte Trotzki seine Politik vor dem ZK. Er glaubte an den Erfolg seiner Politik, falls die deutsche Armee marschiere, werde das vor dem deutschen Proletariat den Schleier zerreißen und es werde die russische Revolution verteidigen.¹⁰⁸⁾ Die Verantwortung liege dann auf den Schultern der deutschen Sozialdemokratie und ihrem Einfluss, die Imperialisten an der Erstickung der russischen Revolution zu hindern.¹⁰⁹⁾

Ein Kronrat tagte in Bad Homburg und beriet die Konsequenzen für das Deutsche Reich. Er einigte sich auf ein neues Ultimatum an Russland, am 17. Februar werde man eine Militäroffensive beginnen, falls Sowjetrußland keinen Friedensvertrag unterzeichne. Am 16. Februar informierten die Deutschen die Sowjetregierung, der Waffenstillstand sei beendet, der Krieg gehe weiter.

Ursprünglich als begrenzte Offensive geplant, erweiterten die Militärs angesichts des ausbleibenden Widerstands die Ziele der Offensive. Die Offensive 'Faustschlag' begann Richtung Petrograd und Kiew. Die deutschen Truppen waren schwach, ab es gab auf der russischen Seite keine Gegenwehr. In der Ukraine gab es die Rotgardisten von Antonow-Owsejenko. Sie waren stark genug, die Truppen der Rada zu schlagen, aber gegen die schwachen, aber kriegserprobten deutschen Truppen hoffnungslos unterlegen. Ohne Widerstand drangen die deutsche Armee mit einer Kompanie Infanterie und einigen Maschinengewehre auf einem Zug von Bahnstation zu Bahnstation vor, nahmen Bolschewiki gefangen, warteten auf die Nachhut und zogen weiter. Manchmal wurden beim Rückzug Brücken zerstört, meist aber war es eine panische Flucht. Am 18. wurde Dwinsk mit weniger als 60 Soldaten ohne Schuss eingenommen.¹¹⁰⁾ Ohne Widerstand rückten die deutschen Truppen nach Reval und Pskow vor, es war nur noch eine Frage der Zeit, wann sie vor Petrograd standen.

Am 18. Februar tagte wieder das ZK. Lenin setzte ein Telegramm nach Brest-Litowsk durch, die Sowjetregierung nehme doch die deutschen Friedensbedingungen an, das wurde mit sieben gegen vier Stimmen bei vier Enthaltungen durchgesetzt. Lenin fügte dem deutschen Ultimatum sein eigenes hinzu: Um einen revolutionären Krieg zu führen, brauche man eine Armee, die man nicht habe, deshalb müssten die Bedingungen angenommen werden. Falls man dem nicht nachkomme, würde er aus dem Zentralkomitee und dem Rat der Volkskommissare austreten. Das wirkte; sieben ZK-

Mitglieder stimmten mit Lenin, Bucharin, Lomow, Urizki und Bubnow blieben bei ihrer Ablehnung, Trotzki, Dserschinski, Joffe und Krestinski enthielten sich. ¹¹¹⁾

Trotzdem ging der Vormarsch weiter. Per Radiotelegramm wurde das an die Deutschen übermittelt. Das Sownarkom verabschiedete einen Aufruf 'Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr', das russische Volk wurde zu den Waffen gerufen, Alle Sowjets wurden verpflichtet, ihre Stellungen bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen und zu verhindern, dass dem Gegner Eisenbahnen und Lebensmittel in die Hand fielen. Alle konterrevolutionären Zeitungen wurden verboten, feindliche Agenten, Spekulanten, Plünderer, Rowdies, konterrevolutionäre Agitatoren und deutsche Spione seien am Tatort zu erschießen. ¹¹²⁾ Der Aufruf wurde ins ganze Land telegraphiert, in den Zeitungen veröffentlicht und an den Mauern plakatiert. Der Belagerungszustand wurde ausgerufen, die Evakuierung der Stadt vorbereitet. Wieder begannen die hungernden Arbeiter, Verteidigungsanlagen zu bauen, 10.000 Arbeiter ließen sich in der Hauptstadt für die Rote Armee rekrutieren, in Moskau folgten dem Aufruf nur enttäuschende 3.000 Arbeiter. Die 7.000 Arbeiter der Trubochni-Fabrik in Petrograd hatten mit großer Mehrheit für den revolutionären Krieg gestimmt, aber nur 15 meldeten sich zum Kampf. ¹¹³⁾

Lenin beschwor:

„Bei einer solchen Lage der Dinge wäre es eine absolut unzulässige Taktik, das Schicksal der in Russland bereits begonnenen sozialistischen Revolution aufs Spiel zu setzen nur wegen der Hoffnung auf den Ausbruch der deutschen Revolution in der nächsten Zeit, innerhalb einer sehr kurzen, nach Wochen zählenden Frist. Eine solche Taktik wäre Abenteuerpolitik. Wir haben kein Recht, ein solches Wagnis einzugehen.“ ¹¹⁴⁾

Die Linken Kommunisten blieben unnachgiebig:

„Wir müssen kämpfen. Und wenn sich unsere Hoffnungen auf die Weltrevolution sich heute nicht erfüllen, so ist es ohne Bedeutung, denn unser Tod kann nicht verhindert werden. Aber es ist besser, im Kampf zu sterben als die Positionen der Revolution ohne Kampf zu verlassen.“ ¹¹⁵⁾

Die Zustimmung zum Frieden beraube Russland der Grundlagen des Sozialismus, bald werde man vor den übriggebliebenen Kapitalisten zurückweichen. Der Friede werde die Revolution nicht retten sondern die Todesagonie verlängern. Bucharin argumentierte, Russland werde sich bald einer imperialistischen Einheitsfront von Deutschland und Großbritannien gegenüber sehen. ¹¹⁶⁾

Schlimmstenfalls wollten die Linken Kommunisten die Revolution in Russland der Weltrevolution opfern. Lenin verglich ihre Haltung mit jener der alten polnischen Schlacha, die in schöner Pose sterbend ausrief, der Frieden sei eine Schmach, der Krieg eine Ehre. ¹¹⁷⁾

Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki reagierten mit Empörung auf die Kapitulation. Auch Linke Sozialrevolutionäre protestierten gegen die von einem Rumpfkabinet verabschiedete und ohne Billigung des ZEK zustande gekommene Entscheidung. Viele Abgeordnete der LSR waren über die Zustimmung ihres ZK erbost, am 20. Februar stürzten sie die Mehrheit der Befürworter im LSR-Zentralkomitee.

Es schien unklar, ob das ZEK Lenins Haltung kippen würde. Beide Fraktionen standen sich Gewehr bei Fuß gegenüber, eine Spaltung drohte. Als es am 21. Februar tagte, drohte der Bruch der Regierungskoalition, selbst ein Sturz der Regierung schien möglich. Es war dem Fingerspitzengefühl seines Vorsitzenden Swerdlow zuzuschreiben, dass der Bruch vermieden wurde. Nach einer kurzen Diskussion erreichte er, dass nur sechs Rechtssozialisten der 150 anwesenden Mitglieder gegen die Vertragsunterzeichnung stimmten.

Die Deutschen beeilten sich nicht mit ihrer Antwort, erst in der Nacht vom 22./23. Februar traf die deutsche Antwort per Funk ein. Die deutsche Regierung verlangte die Auslieferung von Livland und Estland. Die Sowjetregierung sollte die Unabhängigkeit der Ukraine und Georgiens anerkennen. Die alte Armee, die Rote Armee und die Roten Garden müssten demobilisiert werden, die Marine entwaffnet und umfangreiche Entschädigungen geleistet werden. Sowjetrusland habe sich revolutionärer Propaganda zu enthalten und 48 Stunden Zeit, die Bedingungen zu akzeptieren, von denen beim Eintreffen der Nachricht bereits die Hälfte verstrichen war. ¹¹⁸⁾ Das neue Diktat war deutlich härter als die alten Friedensbedingungen.

Am Nachmittag des 23. tagte das ZK. Den Mitgliedern war die Bedeutung des Ausgangs der Diskussion deutlich, beide Fraktionen waren davon überzeugt, dass die Position des Gegners Selbstmord bedeute. Wieder drohte Lenin mit Rücktritt. Den *Linken Kommunisten* war klar, dass sie in diesem Fall die Verantwortung für das Schicksal der Revolution zu tragen hätten. Nur Lomow erklärte, es werde auch ohne Lenin weitergehen, dabei war wohl den anderen Linkskommunisten eher unwohl. Sieben Mitglieder des ZK stimmten für Lenin, die vier Linken dagegen, vier - unter ihnen Trotzki - enthielten sich. Krestinski und Dserschinski begründeten ihre Enthaltung damit, sie seien zwar gegen das Diktat, die von Lenin angedrohte Spaltung der Partei hielten sie für schlimmer. Urizki, Bucharin, Lomow und Bubnow traten von ihren Ämtern in Partei und Regierung zurück. Um die Linken Kommunisten in der Partei zu halten, wurde ihnen die Agitation gegen den Frieden gestattet, innerhalb wie außerhalb der Partei. Daraufhin zogen sie ihren Rücktritt zurück. Dann wurde das Telegramm an die deutsche Regierung formuliert. ¹¹⁹⁾

Bild 55: Deutsche Offiziere begrüßen russische Delegation in Brest-Litowsk



Die Entscheidung musste das ZEK treffen, das am Abend zusammentrat. Die Linken Sozialrevolutionäre erklärten, sie seien gegen die neuen deutschen Bedingungen. Die Entscheidung musste in einer Diskussion der bolschewistischen Fraktion des ZEK fallen. Mit 72 gegen 25 Stimmen siegte Lenins Position, die Minderheit wurde verpflichtet, im ZEK mit der Mehrheit der Bolschewiki zu stimmen. ¹²⁰⁾

Durch diese Diskussion trat das ZEK erst um drei Uhr morgens wieder zusammen, bis zum Ablauf des deutschen Ultimatums blieben noch vier Stunden. Die Kontrahenten wiederholten ihre Argumente, da eine große Zahl der *Linken Kommunisten* sich der Abstimmung entzogen, war nicht sicher, ob Lenin unter den 230 Teilnehmern eine Mehrheit bekomme. Die namentliche Abstimmung ergab 116 Ja-Stimmen, 85 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen. 22 LSR- Mitglieder enthielten sich. Bucharin stimmte mit Nein, Lunatscharski brach in Tränen aus, als er mit Ja stimmte. Die meisten Linkskommunisten beugten sich, nur einige stimmten mit Bucharin mit Nein. Am 24. Februar wenige Minuten vor Ende des deutschen Ultimatums setzte der Sender in Zarskoje Delo die russische Zustimmung ab.¹²¹⁾

Eine Armee gab es nicht mehr, es blieben also die Arbeiter der Hauptstadt. Im Gegensatz zum Kampf gegen Kornilow und Kerenski waren die aktivsten Elemente im Kampf gegen die Konterrevolution am Don und anderen Orten. Hunger und Arbeitslosigkeit waren seit dem Oktober gestiegen, ein großer Teil der Petrograder Arbeiter war von der Demoralisierung angesteckt und nicht mehr so leicht zu mobilisieren. Den Arbeitern war vermittelt worden, der Krieg sei vorbei, jetzt waren sie mit der Aufforderung konfrontiert, die Revolution auf Tod und Leben zu verteidigen. So reagierten sie zurückhaltend auf den Aufruf zur Mobilisierung, im Verhältnis zu 1917 wurden nur wenige Arbeiter aktiv. Trotzdem gab es genug Freiwillige für die entstehende Rote Armee. In Wiborg meldeten sich bis zum 26. Februar 600 Arbeiter.¹²²⁾ Die Unterstützung der Arbeiter war gesunken, die Bolschewiki wurden der Krise kaum Herr.

Die Unterzeichnung des Vertrages wurde auf den 3. März festgelegt. Trotzki weigerte sich und trat als Volkskommissar für Äußeres zurück, Sokolnikow musste unterschreiben.

Der Vertrag bedeute die Abtretung von Polen, Litauen und Kurland. Livland und Estland wurden von einer 'deutschen Polizeimacht' besetzt, am schwersten wog die Abtretung der Ukraine mit seinen Kohle- und Eisenlagern und den reichen Getreidegebieten. Acht Monate sollte der Vertrag halten, Neben dem Baltikum und der Ukraine gingen Ardahan, Kars und Batum an die Türkei über.

Nach dem zerstörerischen Krieg war das ein großer Aderlass. 56 Millionen Menschen, ein Drittel des Eisenbahnnetzes, 73 Prozent der Eisen- sowie 89 Prozent der Kohleproduktion, die Hälfte der Industrieanlagen gingen verloren.¹²³⁾ Die Armee, die Roten Garden sowie die Kriegsflotte sollte entwaffnet werden. Die Sowjetrepublik durfte keine Propaganda gegen Deutschland führen. Reparationen wurden festgelegt, sie wurden als Kompensation für die Versorgung der russischen Kriegsgefangenen getarnt, die in der Realität einen wichtigen Beitrag in der deutschen Kriegswirtschaft leisteten, ihre Rückführung zog sich bis 1920 hin. Der Handelsvertrag von 1904 musste wieder in Kraft gesetzt werden, was die Ausfuhr billiger Rohstoffe aus Russland bedeutete. Deutsche Unternehmer, die in Russland im Krieg enteignet worden waren, mussten entschädigt werden, ihr Eigentum sollte ihnen zurück gegeben werden. Daneben legte der Vertrag fest, beide Staaten sollten in Frieden und Freundschaft miteinander leben, eine sehr zynische Art des Humors. Das Deutsche Reich war damit der unumstrittene Herr in Osteuropa. Von deutscher Seite wurde der Vertrag nach eigenem Gutdünken gehandhabt.

Die neue deutsche Offensive entfachte noch einmal den Widerstandswillen der Linken, aber auch sie mussten sich den Realitäten stellen. Die Führer der Befürwortung des Revolutionskrieges waren Bucharin, Dserschinski, Radek, Joffe, Urizki, Kollontai, Lomonossow, Oppokow, Bubnow, Majakowski, Smirnow und Rjasanow. Das waren hervorragende Parteimitglieder mit teilweise großen intellektuellen Fähigkeiten. Aber keiner von ihnen besass den Willen, die Autorität, die Talente, taktische Biagsamkeit und die administrativen Fähigkeiten, die von einem Führer eines revolutionären Krieges gefordert war. Trotzki hätte vielleicht diese Fähigkeiten besessen, aber er stellte sich im letzten Moment auf die Seite Lenins. Es hätte zu einem Bruch mit Lenin kommen müssen in einer Frage auf Leben und Tod. Beide Gruppen schreckten davor zurück.¹²⁴⁾

Der Siebente Parteitag

Am 21. Februar 1918 konnte die leninistische Mehrheit in Petrograd zurückgewonnen werden.¹²⁵⁾ Im März drehte sich die Stimmung gegen die *Linken Kommunisten*. Die Moskauer Organisation und der Sowjet verabschiedeten am 3. und 4. März Resolutionen für den Frieden.¹²⁶⁾ In Petrograd zog der Sowjet am 5. März nach, ebenso wie die Bezirksorganisationen der Bolschewiki. Auf dem Vierten Sowjetkongress stimmten 65 Bolschewiki dem Frieden nicht zu, um die Partei nicht zu spalten enthielten sie sich.¹²⁷⁾ An der Parteibasis war der Widerstand hartnäckiger, besonders in Simbirsk, Samara, Perm und im Donezbecken. Swerdlow hatte alle Mühe, die Mehrheit auf dem Siebenten Parteitag zusammen zu bringen, oppositionelle Provinzorganisationen wurden unterrepräsentiert.¹²⁸⁾ Die Tageszeitung *Kommunist* wurde zugunsten eines gleichnamigen theoretischen Organs eingestellt, von dem vier Nummern zwischen April und Juni 1918 erschienen.

Zuvor wurde der Parteitag der Bolschewiki im Taurischen Palast abgehalten. Er begann am 6. März, drei Tage nach Unterzeichnung des Brest-Litowsker Vertrages. Die Frage des Friedensschlusses stand im Mittelpunkt der Diskussion, trotz der chaotischen Situation konnte er stattfinden. Das ZK hatte beschlossen, er sei gültig, wenn mindestens die Hälfte der 157 Vertreter mit beschließende Stimme vom August 1917 teilnahmen. Da der Vierte Sowjetkongress bevorstand, eröffnete man ihn am 6. März als außerordentlichen Parteitag mit 47 stimmberechtigten und 59 beratenden Mitgliedern trotzdem.

Vor der Oktoberrevolution gab Swerdlow die Mitgliederzahl mit 400.000 an. Diese Zahl war überhöht, Swerdlow wollte das Wachstum vor der Oktoberrevolution unterstreichen, für Januar 1918 wurden 115.000 Mitglieder gezählt.¹²⁹⁾ 60 Prozent von ihnen waren Arbeiter, 8 Prozent Bauern, der Rest Intelligenz, Angestellte usw., offiziell wurde die Mitgliedschaft mit 300.000 'hochgerechnet'.¹³⁰⁾

Lenin und Bucharin hielten die Hauptreferate. Lenin vertrat die Notwendigkeit der Unterzeichnung, es gebe keine Alternative zum Frieden. Er war bereit einzuräumen, dass über kurz oder lang ein revolutionärer Krieg unvermeidlich sein werde, wie Preussen beim Tilsiter Friede 1807 müsse man Zeit gewinnen, um Kraft für den Widerstand zu sammeln. Die Existenz des Sowjetstaates sei der beste Dienst, dem man dem europäischen Proletariat bei seiner Revolution leisten könne, es sei eine absolute Wahrheit, dass die Bolschewiki ohne die deutsche Revolution verloren seien.¹³¹⁾ Scharf attackierte Lenin Trotzki's Position und die der Linken, mit ihrem utopischen Standpunkt hätten sie praktisch dem deutschen Imperialismus geholfen. Ihre Theorie sei dem Gefühl der Verzweiflung gefolgt, es gebe sowieso keine Rettung, man müsse es auf die Möglichkeit ankommen lassen, der Sowjetmacht verlustig zu gehen.

Bubnow beschuldigte Lenin, er habe die Perspektive des internationalen Bürgerkrieges aufgegeben und kämpfe nun gegen diejenigen, welche an seinen früheren Ansichten festhielten. Bucharin sah die Revolution am Scheideweg: Sie könne kühn voranschreiten und die Massen der ganzen Welt um ihr antiimperialistisches Banner scharen oder sie könne den Seitenpfad des Kompromisses einschlagen und damit unvermeidlich entarten.¹³²⁾ Trotzki verglich die russische Revolution mit der Pariser Kommune, sie war auf ihre Niederlage gefasst, aber zur Zeit stehe außer Zweifel, dass keine historische Niederlage folgen könne. Bucharin erklärte, alles hänge von der Einschätzung ab, ob die internationale Revolution siegreich sei oder nicht; eine Resolution über den Frieden wurde mit 30 gegen 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.¹³³⁾

Der Parteitag wählte ein verkleinertes Zentralkomitee, die Parteirechten Nogin, Rykow und Miljutin verloren ihre Positionen. Erstmals wurde ein tatsächlich tagendes Politbüro mit Lenin, Trotzki, Swerdlow, Sinowjew, Bucharin, Sokolnikow und Stalin eingerichtet. Neben Bucharin wurden die *Linken*

Kommunisten Lomow und Urizki als ZK-Kandidaten gewählt, die Linken wurden aufgefordert, auf ihre Posten zurück zu kehren. Die Parteispaltung war abgewehrt, ab Ende Mai löste sich die Fraktion der Linken Kommunisten auf.

Lenin hatte schon seit April 1917 versucht, der bolschewistischen Partei einen angemessenen Namen zu geben. Sie wurde in *Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)* KPR(B) umbenannt. ¹³⁴⁾

Einige Tage später wurde in Moskau der Vierte Sowjetkongress abgehalten. Auf einer vorbereitenden Fraktionssitzung beschlossen die *Linken Kommunisten*, mit einer eigenen Plattform auf dem Sowjetkongress aufzutreten. Das ZK der KPR(B) und seine Fraktion auf dem Sowjetkongress verpflichtete die Linken, mit der Parteimehrheit zu stimmen. Von den 1.232 Mitgliedern des Kongresses waren 795 Bolschewiki, 283 Linke Sozialrevolutionäre, 25 Sozialrevolutionäre des Zentrums, 21 Menschewiki und 11 Menschewiki-Internationalisten. ¹³⁵⁾

Die anderen Parteien griffen die Unterstützung der Unterzeichnung scharf an, besonders der LSR Kamkow. Er befürwortete den Partisanenkrieg, dessen Erfolg er aber anzweifelte. Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre trat aus dem Rat der Volkskommissare aus, sie blieben aber in Staatsorganen wie der Tscheka. Martow für die Menschewiki-Internationalisten und die rechten Sozialrevolutionäre taten gegen den Friedensvertrag auf. Mit 784 gegen 261 Stimmen wurde der Vertrag ratifiziert, 115 enthielten sich. ¹³⁶⁾

Um dem erwarteten Einmarsch der deutschen Truppen, dem Hunger, Typhus sowie den marodierenden Soldaten und Banden zu entgehen, war der Umzug der Regierung ins sicherere Moskau beschlossen worden. Der Umzug nach Moskau wurde von Wladimir Bontsch-Brujewitsch organisiert, dem Chef der Kanzlei des Rates der Volkskommissare, Lenins rechte Hand. Der Umzug der Regierung war eine nicht geheim zu haltende Nachricht, trotzdem dementierte das Sownarkom.

Das Sownarkom, das ZEK sowie die Zentralkomitees der KPR und der LSR wurden in der Nacht vom 10. zum 11. März evakuiert. Lettische Schützen bewachten die drei Sonderzüge, die unterwegs von bewaffneten Matrosen aufgehalten wurden und erst entwaffnet werden mussten. Da der Kreml noch nicht bewohnbar war, wurde Lenin mit dem engsten Führungsstab im Hotel National gegenüber dem Kreml untergebracht, die anderen kamen in anderen Hotels unter, nach etwa zehn Tagen zogen sie in den Kreml um. Die Tscheka zog in das Gebäude einer Versicherung am Lubljanka-Platz ein, wo die Nachfolgeorganisationen bis heute herrschen. Teile der Volkskommissariate blieben noch zeitweise in Petrograd, bis akzeptable Bürogebäude gefunden wurden.

Eigentlich wollte die Regierung so wenig Mitarbeiter wie möglich nach Moskau mitnehmen, in der Praxis nutzten die meisten Volkskommissariate die Gelegenheit, auf der Flucht vor den Deutschen ihre Funktionäre von den Spitzenbeamten bis zur Schreibkraft einschließlich ihrer Familien zu evakuieren. Auch der Hausrat musste von den überlasteten Eisenbahnen transportiert werden. Der Umzug zog sich bis zum Ende des Frühjahres hin.

Der finnische Bürgerkrieg

Vor dem Toren Petrograds vollzog sich in Finnland in den Wintermonaten eine dramatische Entwicklung, die den Revolutionären vor Augen führte, was ihnen bei einer Niederlage bevorstand. Die finnische Sozialdemokratie (SDP) war die stärkste sozialistische Partei der Welt, bei den Parlamentswahlen erreichte sie absolute Mehrheiten, ohne dass der Landtag politische Macht hatte. Die SDP war eine sozialdemokratische Musterpartei, sie lehnte jegliche Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen ab, als Schüler Kautskys hielt sie fest an der Einschätzung, Finnland sei ein

rückständiges Land und müsse erst die bürgerliche Revolution vollenden, ehe eine Umgestaltung zum Sozialismus möglich sei. Bis dahin sei die Er kämpfung der Unabhängigkeit von Russland wichtiger. Die Bürgerlichen setzten eher auf deutsche Unterstützung beim Kampf gegen den Zarismus. Die Provisorische Regierung hatte die finnische Unabhängigkeit immer weiter verzögert, sie löste den finnischen Landtag auf, die Neuwahlen brachten eine bürgerliche Mehrheit, die SDP erkannte die Wahl nicht an. ¹³⁷⁾

Seit dem Sommer spitzten sich die Auseinandersetzungen zu, die Arbeiter bildeten wie 1905 Rote Garden, die bürgerliche Regierung bildete Weiße Garden. Die russische Garnison, besonders die Baltische Flotte, radikalisierte sich und unterstützte die finnischen Roten Garden. Ein Gewerkschaftskongress beschloss zum 13. November 1917 einen Generalstreik, der von 800.000 der 1,1 Millionen Arbeiter befolgt wurde, er wurde nach vier Tagen abgebrochen, der Acht-Stundentag zugesagt. ¹³⁸⁾

Die finnische Regierung erklärte im Dezember ihre Unabhängigkeit, die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Lenins Sownarkom erkannte die Unabhängigkeit an, Ministerpräsident Svinhufvud reisten nach Petrograd und erhielt am 18. Dezember die Unabhängigkeit. Die Bolschewiki hätten lieber einer finnischen Arbeiterregierung die Macht übergeben, aber auch die Machtübergabe an Svinhufvud entsprach ihren Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung der unterdrückten Völker. Die bürgerlichen Regierungen der ganzen Welt rätselten, was für ein Trick der Bolschewiki das sei; freiwillig Machtpositionen aufzugeben war außerhalb ihrer Vorstellungswelt. Der Abzug der russischen Truppen wurde beschlossen.

Svinhufvud beauftragte General Mannerheim mit dem Aufbau einer Armee, der die Weißen Garden bewaffnete. Die Roten Garden besetzten mehrere Stadtverwaltungen und erzwangen die Bezahlung der Rotgardisten. Die Regierung versicherte sich der Unterstützung der Deutschen. In Wiborg / Viipuri wurden die Weißgardisten vertrieben, am 12. Januar besetzten die Roten Garden den Hauptbahnhof von Helsingfors / Helsinki. Die Roten Garden beschlossen den Aufstand, Helsinki wurde besetzt und die Regierung floh in den Norden. ¹³⁹⁾

Der Vertrag von Brest-Litowsk verbot eine russische Intervention in Finnland. Die 40.000 Soldaten der Garnison gingen nach Hause, nur etwa tausend kämpften auf der Seite der Roten Garden. ¹⁴⁰⁾ Sowjetregierung konnte die finnischen Sozialisten nicht legal unterstützen, sie schickte einen Zug mit 15.000 Gewehren.

Schweren Herzens proklamierte die SDP unter dem Druck der Roten Garden eine Regierung. Ihr Wirtschaftsprogramm sah einen staatlich regulierten kapitalistischen Sektor vor. Ein Aufruf an die Arbeiter, die Betriebe zu besetzen, unterblieb.

Anfang Februar war der Norden Finnlands von Mannerheim beherrscht, im bevölkerungsreichen Süden mit allen Großstädten herrschte die SDP-Regierung. Ein von den Deutschen gebildetes Jägerbataillon mit 2.000 finnischen Freiwilligen kehrte im März nach Nordfinland zurück. Im Gegensatz zu den Roten Garden hatten sie Militärfahrung. Die Rotgardisten hatten keine Ausbildung und gingen am Abend nach Hause, wie sie es von ihrem Fabrikalltag gewohnt waren. Die russischen Truppen strebten nach Hause. Für die Finnen - auch viele Sozialdemokraten - waren sie Besatzer, ihre Revolution interessierte sie kaum.

Am 6. April konnten die Truppen Mannerheims Tammerfors / Tampere, 'das Manchester Finnlands', erobern, im Häuserkampf wurden weite Teile der Stadt zerstört. Am 3. April landete ein deutsches Expeditionskorps in der Nähe von Helsinki. Fast 12.000 deutsche Soldaten marschierten in Helsinki ein, am 30. April wurde Wiborg erobert. Ein Flüchtlingstreck von Rotgardisten mit ihren Familien und

Bagage wälzte sich in der Kälte nach Osten, ständig attackiert von den Weißen, die einen Durchbruch nach Russland verhinderten.

1918 wurden 67.000 Rote wegen Landesverrat angeklagt, 8.500 fielen dem weißen Terror direkt zum Opfer, die Regierung richtete Konzentrationslager ein, ohne sie zu versorgen, 12.000 starben an Hunger oder Krankheiten. ¹⁴¹⁾

Die Linken in der SDP wichen unter dem Druck der Parteiführung ständig zurück. Erst im August 1918 wurde in Moskau eine Kommunistische Partei Finnlands gegründet. Die Führung der Roten Garden waren die entschlossensten Elemente, aber durch ihre Struktur als paramilitärische Organisation der SDP waren sie nicht in der Lage, eine Avantgarderolle einzunehmen und konzentrierten sich auf die militärischen Aspekte. Die finnischen Räte waren ihre embryonalen Formen und nicht viel mehr als Streikkomitees. Die Arbeiterrat von Helsinki war von der SDP und dem Gewerkschaftsverband abhängig, eine eigenständige Struktur konnten die Räte nicht bilden.

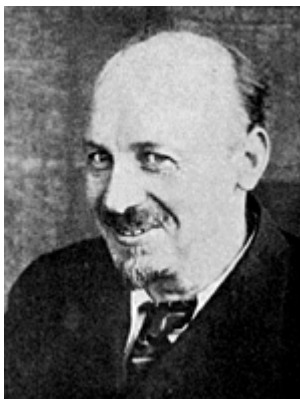
Die SDP handelte nach dem sozialdemokratischen Prinzip, dass der Sozialismus nur auf demokratischem Weg erreicht werden könne. Im Gegensatz zu den Bolschewiki waren sie nicht bereit, gegen die eigene Bourgeoisie aufzustehen, als diese mit Gewalt ihre Herrschaft sicherte. Die Wochen der Regierung waren ein einziges Zurückweichen vor den Bürgerlichen. Eine konsequente Mobilisierung der Arbeiter hätte trotz der deutschen Intervention siegreich sein können, die falsche Theorie führte zu falschen Entscheidungen und zum Desaster.

Als im Oktober 1918 der deutsche Militarismus zusammenbrach, mussten die deutsche Truppen Finnland verlassen. Das finnische Parlament hatte zuvor beschlossen, einen Prinz Friedrich Karl von Hessen-Nassau zum König zu machen, diese Arbeits-Beschaffungsmassnahme für den deutschen Hochadel musste aufgegeben werden, Finnland wechselte ins Lager der Alliierten.

Die Versorgung der Städte

Für den Niedergang der Wirtschaft sind die Bolschewiki nicht verantwortlich zu machen. Adel und Bourgeoisie des schwachen Russland stürzten sich für Konstantinopel und Galizien in den Krieg, das Volk verblutete, die Infrastruktur verschliss, die Herrschenden wurden nicht ohne Grund gestürzt. Das städtische Kleinbürgertum wandte sich gegen die Herrschaft der Bolschewiki, diese Gruppe hätten die Sowjets gewinnen müssen, um den Ruin der Wirtschaft aufzuhalten. Ein überzeugendes Konzept hatten sie nicht.

Bild 56: *Nikolai Bucharin*



Im Frühjahr und Sommer 1918 wurde das ganze Ausmass des Elends klar. Nach dem Friedensschluss wurde die Kriegsproduktion aufgegeben, die Regierung musste die Rüstungsbetriebe für sechs Wochen schliessen. Als die ersten Werke im Dezember zumachen, sollten die zuerst gehen, die Verwandte auf dem Land hatten. Im Sommer wurden nach Schätzungen des Volkskommissariats für Arbeit von Januar bis April 1918 300.000 Arbeiter entlassen. ¹⁴²⁾ Dazu kamen die Rückkehrer von der Front. Am schlimmsten war es in Petrograd mit der Konzentration der Rüstungsindustrie. Die Zahl der Arbeiter fiel hier vom Januar bis April 1918 von 278.000 auf 120.000 Arbeiter.

¹⁴³⁾ Die Arbeitslosen sollten nach Verordnung der Regierung von den Unternehmen weiter bezahlt werden; sie weigerten sich, die Verordnung blieb Papier. Die Inflation stieg weiter, die Regierung druckte Papiergeld. Moskauer Hilfsarbeiter verdienten etwa 280 Rubel, zum Leben brauchten sie mindestens 902 Rubel. ¹⁴⁴⁾ Man fuhr zum Tauschhandel aufs

Land, die Arbeiter waren nicht im Betrieb, „sondern zogen auf Straßenraub aus.“¹⁴⁵⁾ Die Solidarität der Klasse schwand mit dem Elend. Die Arbeitsproduktivität der noch Beschäftigten sank vor allem durch die physische Erschöpfung der Arbeiter, den Mangel an Rohstoffen und die Abnutzung der Maschinen.¹⁴⁶⁾

Von den 880 Millionen Pud Getreide, die 1917 geerntet wurden, befanden sich zwei Drittel jetzt in den Händen der Mittelmächte. Der Rest in Russland wurde auf 350 Millionen Pud geschätzt, die sich in den Händen der Bauern befanden, die sie nicht umsonst oder für wertloses Papiergeld hergeben wollen.¹⁴⁷⁾

Jetzt drohte das Gespenst des Hungers. Viele Organisationen nahmen irrtümlich an, es handle sich nur um ein Transportproblem. Hunger gab es in Russland schon immer, aber nur auf regionaler Ebene. In Petrograd sank die Brotration von Woche zu Woche. Drei Tage vor der Oktoberrevolution war sie von einem 3/4 Funt auf ein halbes Fund pro Person reduziert worden, nur Schwerarbeiter bekamen 50 Prozent mehr.¹⁴⁸⁾ Am 20. Dezember wurde die Ration auf 3/8 Funt verkleinert, Anfang 1918 auf 1/4. Die Tagesration der Schwerarbeiter wurde auf 1.013 Kalorien gesenkt, sie brauchten 3.600 Kalorien, bis Juni sank sie auf 714 Kalorien. Das stand auf dem Papier, denn die Vorräte reichten oft nicht für diese Hungerration aus. Eine große Zahl von Pferden wurden in Petrograd geschlachtet, wochenlang gab es auf die Lebensmittelkarten nichts als Sonnenblumenkerne und Nüsse.¹⁴⁹⁾

Es gab Straßenproteste. Das Brot wurde mit Surrogaten vermengt, im Mai fiel sie auf ein Achtel Funt – 51 Gramm – tageweise gab es überhaupt kein Brot.¹⁵⁰⁾

“... Kolonnen von Saisonarbeitern strömten zurück in die Dörfer um dem Hunger zu entkommen, sie hofften auf einen gastfreundlichen Empfang durch ihre Frauen oder Eltern, aber vergeblich. - sie waren selbst verarmt und konnten ihren Gästen ihre vorangegangene Freigiebigkeit [sie hatten ein Teil ihrer Ersparnisse geschickt] nicht zurückgeben. Es gab niemanden, der helfen konnte... Die Menschen von Koprino schickten Wagen um Wagen über die Wolga,... wo sie Kleidung und Haushaltswaren gegen Mehl tauschten. Das war mit Ersatzstoffen gemischt: Kornschalten, Spreu, Ölkuchen, Moos, Heu, Kohl, Stielen, Nesseln usw. Eine Mischung aus Mehl und Kartoffeln, Hafermehl und anderen Resten wurde als Luxus angesehen.“¹⁵¹⁾

Es war ein Massenexodus aus den Großstädten. Die Bevölkerung Petrograds sank von 2,4 Millionen auf 1,5 Millionen im Frühjahr 1918; in Moskau ging sie um 300.000 auf 1,7 Millionen zurück.¹⁵²⁾

Die Bolschewiki waren ohne klare Konzeption zur Bekämpfung der Versorgungskrise an die Macht gekommen. Der kapitalistische Markt wurde zerschlagen, die Spekulation mit der ungeheuren Bereicherung der Reichen bei gleichzeitigem Elend der Armen wollte man vermeiden.

Man beschränkte sich erst einmal auf den Ausbau der vorhandenen Versorgungskommissionen. Die Versorgungskommissionen zahlten für das Getreide die Preise, welche die Provisorische Regierung im August 1917 festgelegt hatte und die durch die Inflation völlig entwertet waren. Man schickte Textilien und Industriegüter in die Produktionszonen, aber die angeforderten Wagenladungen mit Getreide kamen nicht in den Großstädten an, sie wurden auf dem Weg schon beschlagnahmt. Einzelne Fabriken produzierten Pflüge und Dreschmaschinen, schickten Kommissionen in die Getreideregionen und versuchten, sie gegen Getreide zu tauschen. Lenin war sich über das Ausmass der Krise durchaus bewusst.

„Wir stehen vor der Katastrophe, sie ist ganz, ganz nahe herangerückt. Auf den maßlos schweren Mai folgen die noch schwereren Monate Juni, Juli und August.“¹⁵³⁾
„Alles, was wir wussten, war, dass sich die Umgestaltung historisch unvermeidlich auf der großen

*Linie vollziehen muss, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln von der Geschichte verurteilt ist, dass es untergehen wird, dass man die Ausbeuter unvermeidlich expropriieren wird... ..aber weder die Formen der Umgestaltung noch das Tempo, in dem sich diese Reorganisation konkret entwickeln würde, konnten uns bekannt sein. Nur die kollektive Erfahrung, nur die Erfahrungen von Millionen können uns in dieser Hinsicht entscheidende Fingerzeige geben...¹⁵⁴⁾
„Wir verschliessen nicht die Augen davor, dass es uns allein - der sozialistischen Revolution in einem Lande, selbst wenn dieses viel weniger rückständig wäre als Russland... nicht möglich ist, mit den eigenen Kräften die sozialistische Revolution in einem Lande voll und ganz durchzuführen.“¹⁵⁵⁾*

Die Bauern hatten die Landverteilung durchgesetzt, nachdem der Schnee geschmolzen war, begann die Aufteilung des Landes. Das Ergebnis war die Stärkung der mittleren Bauern, ihr Anteil stieg von 30 auf 60 Prozent.¹⁵⁶⁾ Die Umverteilung brachte dem einzelnen Bauern kaum mehr Wohlstand, eigentlich wurde das Elend nur gerechter verteilt. Die Bauern bekamen also fast alles Land und Vieh, sie mussten keine Abgaben, keine Steuern auf das Land mehr zahlen. Dafür fielen für eine große Zahl von ihnen die Löhne weg, die sie für die Arbeit bei den Gutsherren erhalten hatten.

Die produktiveren Einzelhöfe der Stolypin-Reformen konnten froh sein, wenn man sie wieder in die Dorfgemeinschaft aufnahm. Neben den kapitalistisch wirtschaftenden Grundbesitzern waren sie es, die zur Erzeugung des Überschusses beigetragen hatten, der die Versorgung der Städte und des Weltmarktes sicherte. Im nachrevolutionären Russland fiel erst einmal der Export weg. Den Städten drohte Hunger, das führte zu einem gnadenlosen Kampf nicht nur mit den Kulaken, sondern mit den breiten Massen der Bauern.

Eine große Zahl von Menschewiki war in der Wirtschaftsverwaltung tätig. Sie lehnten zwar Potressows Idee einer reinen Marktwirtschaft ab, vertraten eher einen Ausgleich zwischen Staat, Unternehmern und Arbeitern und wollten eine gemischte Wirtschaft installieren, bei der die Rechte aller Klassen, eine freie Presse und faire Wahlen zu gewährleisten seien.

Die Sowjetregierung erkannte, dass sie mit zusammenbrechenden Marktbeziehungen die Städte nicht versorgen konnte. Die Alternative waren die Beschlagnahme. Bereits Ende Oktober 1917 wurden die ersten 'Versorgungsabteilungen' aus 500 Kronstadter Matrosen aufs Land geschickt, im November waren es bereits 7.000. Sie requirierten 6,5 Millionen Pud Getreide zwischen Dezember 1917 und dem März 1918, es war nur ein Tropfen auf den heißen Stein.¹⁵⁷⁾ Lenin schlug eine massive Rekrutierung von Arbeitern für die Versorgungsabteilungen vor. Sie waren mit Propagandamaterial und Waffen ausgerüstet. Sie kamen in ein Dorf, besetzten es militärisch, durchsuchten Häuser, Keller und Scheunen und fanden fast nichts, denn die Bauern waren vorgewarnt und hatten ihre Vorräte versteckt. Die Versorgungsabteilungen konnten nicht ergebnislos abziehen, sie befahlen dem Dorfkomitee, den wohlhabenderen Haushalten eine Pflichtabgabe festzusetzen und fuhren mit ein paar Wagenladungen wieder ab.¹⁵⁸⁾

Im Juni wurden in den Anbaugebieten *Komitees der Dorfarmut* (Kombedy) geschaffen, um bei der Suche nach den Getreidevorräten zu helfen. 1918 wurden 50- bis 60.000 vom Volkskommissar für Lebensmittelbeschaffung Zjurupa mobilisiert, um mit Hilfe der Kombedy Lebensmittel einzutreiben.¹⁵⁹⁾ Bis zum Ende 1918 wurden über 100.000 *Komitees der Dorfarmut* geschaffen, sie mussten also mindestens 300.000 Mitglieder gehabt haben.¹⁶⁰⁾ Swerdlow bezeichnete es als ihre Aufgabe, das Dorf in zwei Lager zu spalten und den Klassenkampf zu entfachen.¹⁶¹⁾ Sie sollten den Beschaffungskomitees helfen, den Widerstand der Dorfkomitees zu brechen. Offensichtlich wurde der militärische Eingriff als Krieg gegen die Bauern interpretiert, statt die reichen Bauern zu isolieren, schlossen sich die Mittelbauern eng mit den Kulaken zur Verteidigung des Getreides zusammen. Oft bestanden die Kombedy nicht nur aus Dorfarmen, sondern wurden von zugereisten Arbeitern oder

Soldaten übernommen.¹⁶²⁾ Die Beschaffungskomitees rekrutieren sich nicht nur aus klassenbewussten Arbeitern, Zjurupa gab zu, viele Teilnehmer hätten sich nicht von Verbrechern unterschieden.¹⁶³⁾

Die Erfolge der Kampagne waren ausgesprochen bescheiden. Fand man nicht genug Getreide, griff man auf das Saatgetreide für das nächste Jahr zurück. Wer Kulak war, wurde nicht definiert und unterlag der Einschätzung der Requirierungskommission. Missbrauch konnte nicht eingedämmt werden. Die sozialen Kosten waren unvergleichlich höher, es war eine unproduktive Methode der Aneignung des bäuerlichen Mehrprodukts. Im November 1918 wurden die Komitees der Dorfarmut wieder aufgelöst. Die Alternative eines freien Getreidehandels mit seinen sozialen Auswirkungen war nicht sinnvoller.

Seit dem Januar 1918 häuften sich die Berichte über Zusammenstöße mit den Bauern. Im Frühjahr 1918 gab es allein 54 'Kulakenaufstände' in den vier Schwarzwerde-Provinzen Woronesch, Tambow, Kursk und Orel.¹⁶⁴⁾ Das ging in den Bürgerkrieg über. Die Sozialrevolutionäre traten gegen die Getreidebeschaffung auf und beteiligten sich am bewaffneten Widerstand.

Die Verbindung zu den Arbeitern reisst

Angesichts dieses Zusammenbruchs war das Scheitern der Arbeiterkontrolle abzusehen. In den ersten Monaten der Sowjetmacht enteigneten die Betriebskomitees eigenmächtig Hunderte von Betrieben. Die sich im Aufbau befindenden staatlichen Organe konnte dagegen wenig unternehmen. Auf der einen Seite rief das Sownarkom die Arbeiter zur Offensive gegen das Kapital auf und übertrug den Eisenbahnern die Verwaltung eines ganzen Wirtschaftszweigs; auf der anderen Seite versuchte die Regierung die Kontrolle über die Ökonomie zu übernehmen und so die Spontaneität und Selbsttätigkeit der Arbeiter zu bremsen. In den ersten Revolutionswochen waren die lokalen Sowjets die politischen Machttträger, die Betriebskomitees die ökonomischen. Die bolschewistische Wirtschaftspolitik bewegte sich in diesem Zwiespalt, Lenin pries die Initiative der Arbeiter. Eine Resolution der Arbeitersektion des Petrograder Sowjets vom 4. Dezember:

„Brechen wir ein für allemal mit dem Vorurteil, dass die Staatsgeschäfte, die Leitung der Banken und Unternehmen Aufgaben seien, die die Arbeiter nicht bewältigen könnten... Möge sich jedes Betriebskomitee nicht nur mit Angelegenheiten seines Betriebes beschäftigen, sondern sich auch als organisatorische Zelle betrachten, die das gesamte staatliche Leben in Gang hält.“¹⁶⁵⁾

Große Teile der KPR interpretierten die Arbeiterkontrolle sehr weitgehend, die Gewerkschaften opponierten dagegen, die Unternehmer leisteten Widerstand. Anfang Dezember erklärte der gesamtrussische Unternehmerverband die Betriebe, in denen die Arbeiter ihre Kontrolle durchsetzten, zu schließen. Miljutin verlautete, mehr als 70 Prozent der Betriebe würden konfisziert, weil die Unternehmer sich dem Dekret über die Arbeiterkontrolle widersetzten beziehungsweise schlossen.¹⁶⁶⁾ Von November 1917 bis März 1918 wurden insgesamt 826 Betriebe übernommen, die Mehrheit davon wurde von den lokalen Sowjets enteignet. Das trug zum weiteren Zusammenbrechen der Wirtschaft bei. Im März 1918 gab es in 83 Prozent der Betriebe Komitees.¹⁶⁷⁾

„Die Konkurrenz und der Versuch, sich gegenseitig die spärlichen Rohstoffe abzujagen, die den Fortgang der Produktion sicher stellten, führte dazu, dass die Betriebskomitees sich gegenseitig bekämpften und die Betriebe sich in autonome Föderationen halbanarchistischen Charakters umwandelten.“¹⁶⁸⁾

Eine bürgerliche Zeitung beschrieb das Verhalten der Arbeiter in einem Bergwerk des Urals:

„Die Kommissare haben sich in den Räumen der Direktion häuslich niedergelassen. Sie weigern sich, die Geschäftsführung zu übernehmen und behaupten, dass demnächst Fachleute kommen werden, die alles besorgen. Die Schlüssel nahmen sie aber an sich.“ ¹⁶⁹⁾

Die wirtschaftliche Effizienz der Arbeiterkontrolle war gleich Null. Als die Bolschewiki das erkannten, versuchten sie die Betriebskomitees zu entmachten. Auf dem Ersten gesamtrussischen Kongress der Gewerkschaften vom 7. bis 14. Januar 1918 brach der Konflikt zwischen der zentralen Wirtschaftsführung durch die Gewerkschaften und den Betriebskomitees aus.

Losowski, der Sekretär der Gewerkschaften, warf dem Zentralrat der Betriebskomitees vor, die Instruktion zur Arbeiterkontrolle habe zur Desorganisation der Industrie beigetragen. Die Übernahme der Betriebe durch die Komitees habe die staatliche Lenkung unmöglich gemacht. Solange die Revolution in Europa nicht gesiegt habe, sei nur eine staatliche Lenkung der Wirtschaft, im besten Fall die Nationalisierung einiger Industriezweige möglich. Die Betriebskomitees seien den Gewerkschaften unterzuordnen. ¹⁷⁰⁾ Für die Unabhängigkeit der Betriebskomitees setzten sich die Anarcho-Syndikalisten ein. Noch war die Rätestruktur ausgesprochen populär.

„Das werktätige Volk organisiert sich mittels... der Betriebskomitees auf föderalistischer Grundlage in industriellen Vereinigungen, die ihrerseits... polyindustrielle Räte für die Leitung des wirtschaftlichen Lebens bilden.“ ¹⁷¹⁾

Grinewitsch präsentierte die Auffassung der Menschewiki auf dem Gewerkschaftskongress. Da die Bauern kleinbürgerliche Interessen verfolgten, müssten die Gewerkschaften unabhängig vom Staat bleiben. Da die Revolution eine bürgerlich-demokratische sei, müssten die Gewerkschaften für die Arbeiterrechte in der bürgerlichen Gesellschaft kämpfen. Die gegenwärtige Phase der bolschewistischen Diktatur sei ein zur Niederlage verdammtes kurzzeitiges Phänomen, Russland müsse durch die Phase der bürgerlichen Entwicklung gehen. ¹⁷²⁾

Losowskis Resolution wurde gebilligt, die Arbeiterkontrolle könne sich nur positiv auf die Produktion auswirken, wenn die Komitees sich an die Instruktionen des gesamtrussischen Rates für Arbeiterkontrolle hielten und die Gewerkschaften berechtigt seien, sie zu kontrollieren. Die Betriebskomitees müssten Organe der Gewerkschaften werden. ¹⁷³⁾

„Das Schwergewicht der Arbeit der Gewerkschaften muss jetzt auf das organisatorisch-wirtschaftliche Gebiet verlagert werden. Die Gewerkschaften... müssen die Hauptarbeit bei der Organisation der Produktion und der Wiederherstellung der zerstörten Produktivkräfte des Landes auf sich nehmen.“ ¹⁷⁴⁾

Erst im Winter 1917/1918 gewannen die Bolschewiki die Mehrheit der Gewerkschaftsführungen. Die Bolschewiki betonten, die Gewerkschaften könnten vom Arbeiterstaat nicht unabhängig bleiben. Sie hätten den Staat mit aufzubauen. Ihre Aufgabe sei es, Produktion und Distribution zu organisieren und ein Staatsorgan unter der Anleitung der Sowjetregierung werden. ¹⁷⁵⁾

Schljanikow, der Volkskommissar für Arbeit meinte, die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, von Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu ökonomischen Produktionsorganen des Proletariats zu werden, das Volkskommissariat für Arbeit habe sie anzuleiten. Losowski opponierte gegen diese Unterordnung, das Volkskommissariat für Arbeit sollte sich vielmehr den Gewerkschaften unterordnen. ¹⁷⁶⁾

In der Erklärung Lenins vom 28. April 'Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht' reagierte der auf die neue Lage. Die 'zerstörerische' Phase der Revolution sei abgeschlossen, jetzt müsse die Wirtschaft

wieder aufgebaut werden. Das erfordere eine unbedingte Befolgung der Anordnungen der Regierung und ihrer Kommissare, den Einsatz bürgerlicher Spezialisten in der Wirtschaft, die Wiedereinführung der Ein- Personenleitung und der Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin. Bereits im März war das Eisenbahnwesen unter die diktatorische Gewalt des Volkskommissariats für Verkehr gestellt worden, um den Transport wieder herzustellen und zu leiten.

Bereits in seinem Buch 'Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus' von 1916 hatte Lenin in Anlehnung an Hilferding in seiner Betrachtung der kapitalistischen Kriegswirtschaft die Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' entwickelt.

„In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen, ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet. Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat.“ ¹⁷⁷⁾

„Der Krieg hat besonders anschaulich... bewiesen, ...dass die heutige kapitalistische Gesellschaft, zumindest in den fortgeschrittenen Ländern, völlig reif für den Übergang zum Sozialismus ist. Wenn beispielsweise Deutschland... das gesamte Wirtschaftsleben des 66-Millionen-Volkes von ein paar Hundert Finanzmagnaten oder Krautjunkern, der Monarchie und Co., von einer zentralen Stelle aus lenken musste, dann kann dies im Interesse von neun Zehnteln der Bevölkerung durchaus von den besitzlosen Massen bewerkstelligt werden, wenn ihr Kampf von den klassenbewussten Arbeitern geleitet wird...“ ¹⁷⁸⁾

„Vom Monopol schlechthin ist man zum Staatsmonopol gekommen. Die objektive Lage der Dinge hat gezeigt, dass der Krieg die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigt hat, sie ist vom Kapitalismus zum Imperialismus, vom Monopol zur Verstaatlichung fortgeschritten. Dies alles hat die sozialistische Revolution näher gebracht und für sie die objektiven Voraussetzungen geschaffen.“ ¹⁷⁹⁾

In 'Staat und Revolution' nahm er die Organisation des deutschen Postwesens als Beispiel für Russland.

„Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den 'einfachen' Werktätigen, die schufteten und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates - und wir haben einen von den 'Schmarotzern' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer alten Arbeit, wie die Arbeit aller 'Staatsbeamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen.“ ¹⁸⁰⁾

„Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, dass die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den 'Arbeiterlohn' nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen.“ ¹⁸¹⁾

„Außer dem vorwiegend 'unterdrückenden' Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat

darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muss ihn aus der Unterdrückung unter die Kapitalisten befreien, muss ihn dem Kapitalismus entreißen und alle Fäden ihres Einflusses abschneiden, abschlagen, abhacken, muss ihn den proletarischen Sowjets unterordnen und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volk verbinden. Und das kann geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt... Der Kapitalismus hat Apparate der Rechnungsführung in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Konsumgenossenschaften und der Angestelltenverbände geschaffen. Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen.“

Bild 57: Feliks Dserschinski



Die Anhänger Lenins waren fasziniert von der Rolle des Finanz- und Staatskapitals. Die Vorstellungen beruhten auf der Idee, die kapitalistischen Strukturen ließen sich aus den politischen Bedingungen herauslösen und ohne weiteres für den Aufbau des Sozialismus nutzbar machen. Sie überschätzten die Bedeutung des deutschen 'Kriegssozialismus' masslos, noch stärker seine Bedeutung für Russland. Lenin und Trotzki vertraten diese staatskapitalistische Übergangswirtschaft. Der Kapitalismus sollte erst einmal weiter bestehen und unter proletarischer Kontrolle zur Entfaltung der Produktivkräfte führen. Die Arbeiter sollten an die moderne Produktion gewöhnt werden und sich die Funktionsweise aneignen.

Die Theoretiker der *Linken Kommunisten* Bucharin und Ossinski warfen Lenins Schule vor, sie abstrahierten von den historisch sozialen Formen des Produktionsprozesses, Staatskapitalismus setze immer den kapitalistischen Staat voraus. Während im Staatskapitalismus die Produktion von Mehrwert Ziel sei, diene die proletarische Diktatur zur planmässigen Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.¹⁸²⁾ Sie waren für eine bewusste Planung der sozialistischen Umgestaltung. Analog zu den politischen Räten sollten ökonomische Sowjets die Produktion regeln und die Produktionsmittel vergesellschaften. Produktion und Distribution sollten reguliert, der Bedarf an Produktions- und Konsumtionsmitteln ermittelt werden, um zu technischem Fortschritt in den planwirtschaftlichen Einrichtungen überzugehen.¹⁸³⁾

Im Dezember wurde der *Oberste Volkswirtschaftsrat* gegründet. Es gelang ihm weder, eine Übersicht über die übernommenen Betriebe zu gewinnen noch den Bestand an Rohstoffen und Arbeitskräften zu organisieren. Die Enteignungen gingen spontan weiter, ein Kontakt zu den enteigneten Betrieben konnten kaum hergestellt werden, so dass die Grundlagen für die Wiederherstellung der Produktion nicht vorhanden waren. Die Führer des Obersten Wirtschaftsrates hatten keine ökonomischen Erfahrungen, sie ersetzten dies durch spontane Initiativen, die den Rat nach den Worten Ossinski in eine 'anarchistische Kommune' zu verwandeln drohten.¹⁸⁴⁾

Die Sowjetregierung suchte die Zusammenarbeit mit dem Kapital. Nach der Oktoberrevolution wurde die Eisenbahnen, der Grundbesitz, die Banken und der Wassertransport verstaatlicht. Das Kapital verweigerte jede Zusammenarbeit. Die Privatbanken wurden am 28. Dezember nationalisiert und mit der Zentralbank verschmolzen. Die Staatsschulden wurden im Februar annulliert, insgesamt 12 Milliarden Auslands- und 16 Milliarden Inlandsschulden.¹⁸⁵⁾ Das System der Produktion blieb unangetastet, Verstaatlichungen wurden nur für Betriebe verfügt, die mit passivem Widerstand oder Sabotage reagierten. Die Welle der spontanen Enteignungen durch die Belegschaften gingen weiter,

die von der Regierung dann Unterstützung erwarteten.

Es gab praktische Versuche. des Staatskapitalismus. Das Sownarkom verhandelte mit dem Direktor der Metallwerke Meschtscherski von Sornowo und Kolomna mit 60.000 Arbeitern. Meschtscherski schlug einen Metalltrust von 300.000 Arbeitern vor, der 85 Prozent des gesamten Lokomotivbaus umfassen sollte. Man diskutierte über die Formen der Zusammenarbeit. Im April beschloss dann der Oberste Wirtschaftsrat unter Beteiligung Lenins, die Verhandlungen abzubrechen und die Großbetriebe der Metallindustrie insgesamt zu verstaatlichen.¹⁸⁶⁾ Mit anderen Unternehmergruppen waren die Verhandlungen auch nicht erfolgreich.

Im März 1918 vollzog die leninistische Führung eine autoritäre Wende. Lenin hatte bisher auf die revolutionäre Initiative der Arbeiter gesetzt, jetzt sah er die russischen Arbeiter als 'schlechte Arbeiter', mit denen man den Sozialismus nicht verwirklichen könne. Stattdessen versuchte mit der Hilfe der Bourgeoisie und der Intelligenz das autoritäre Prinzip in der Wirtschaft durchzusetzen. Bis zum Mai wurde der staatskapitalistische Weg Lenins versucht.

Trotzki entwarf den Plan, die Betriebe durch die bürgerlichen Spezialisten und nicht die gewählten Gremien der Arbeiter führen zu lassen. Nur einige Zentren der Produktion und Distribution seien vom Staat zu beherrschen, um die wirtschaftlichen Prozesse in die richtige Richtung lenken zu können, die Herrschaft der Unternehmer müsse auf die ökonomische Sphäre beschränkt werden. Larin, Miljutin und Rykow arbeiteten den Plan aus, Trusts zu organisieren, die von bürgerlichen Spezialisten geleitet werden sollten. Die Unternehmer und alten Administratoren sollten die Betriebe führen, die Sowjetmacht kontrolliere sie und übernehme die Rechnungsführung.¹⁸⁷⁾ Der Staatskapitalismus werde später in die sozialistische Form übergehen.

In Juni 1918 wurde das Steuer erneut scharf herumgerissen. Der Versuch, die Unternehmer beim Aufbau der Wirtschaft zu beteiligen, wurde aufgegeben, die Verstaatlichung aller Großbetriebe wurde beschlossen. Angesichts der Wirtschaftslage vertrat Lenin von nun an eine streng zentralistische Konzeption, der sich aus Einsicht in die Notwendigkeit die Arbeiter und Bauern unterzuordnen hatten. Ende Mai übernahm der gesamtrussische Kongress der Regionalen Volkswirtschaftsräte das linke Programm und Lenin bekannte sich zum unmittelbaren Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft. Vom Sommer 1918 bis zum Frühjahr 1921 wurden die Konzeptionen der *Linken Kommunisten* durchgeführt, bis Lenin einen erneuten Kurswechsel zur NEP durchsetzte.

In den sich verschärfenden Klassengegensätzen mit dem sich abzeichnenden Bürgerkrieg wurden die Gegner scharf unterdrückt, auch die Teile der Klasse, welche die Einsicht in die Notwendigkeit nicht hatten. Die Interpretation der richtigen Linie ging auf die Bolschewistische Partei über. Die Partei des Proletariats wurde zur Partei *für* die Arbeiterklasse. Das Netz zwischen Arbeitern, Sowjets und Bolschewiki, zerriss.

In den Städten wuchs der Widerstand gegen die Bolschewiki. Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Anarchosyndikalisten gewannen deutlich an Zulauf, die Linken Revolutionäre schwankten. In Kostroma hatten die Kommunisten seit der Oktoberrevolution eine komfortable Mehrheit, im Mai führte die katastrophale Ernährungssituation zu einem Wahlsieg der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bei den Wahlen zum lokalen Sowjet. Die KPR weigerte sich, ihre Sitze im Exekutivkomitee aufzugeben, das Ausnahmerecht wurde verhängt und die Tscheka griff ein, sie begriff den Wahlsieg der Rechtssozialisten als Angriff auf die Sowjetmacht. Straßendemonstrationen wurden verboten und den Gegnern Erschießungen angedroht.¹⁸⁸⁾ Ähnliches passierte in Rjasan, Twer und kleineren Provinzstädten.

In Tula mit seinen großen Rüstungsfabriken hatten die im Dezember 1917 die Mehrheit im Sowjet

erhalten, im Frühjahr gewannen die Menschewiki wieder die Wahlen und der Sowjet wurde aufgelöst.¹⁸⁹⁾ In Jaroslawl verzögerten die Bolschewiki die Neuwahlen zum Sowjet bis zum April, dann bekamen sie nur 38 der 98 Sitze, die Menschewiki 47 und die PSR 13. Die Provinzexecutive erklärte die Wahl für annulliert und Rote Garden lösten den Stadtsowjet auf. Gegen die Herrschaft der KPR wurde ein Generalstreik ausgerufen, der Neuwahlen erzwang, die wieder eine große Mehrheit für die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre ergaben. Das Kriegsrecht wurde wieder verhängt, im Juli erfolgte dann der Aufstand von Jaroslawl.¹⁹⁰⁾

Im Frühjahr überrundeten die Menschewiki die Bolschewiki in Nischni-Nowgorod, Zarizyn, Kasan, Wiatka und den Industriezentren des Urals, in Archangelsk und Wologda.¹⁹¹⁾ In Samara siegte die Tschechoslowakische Legion und das *Komitee der Konstituante* (Komutsch) im Mai, bevor die Sowjetwahlen abgehalten werden konnten.¹⁹²⁾ Die Rechtssozialisten gewannen die Sowjetwahlen in 19 der 35 Provinzhauptstädten des europäischen Russlands, in denen sie stattfanden.¹⁹³⁾ Sie gewannen Mehrheiten in den Gewerkschaften und in den noch existierenden Stadtdumas. Im Juni und Juli wurden diese Sowjets aufgelöst, aus dem ZEK wurden die Oppositionellen ausgeschlossen. Bewaffnete Auseinandersetzungen kumulierten zum Bürgerkrieg.

In Petrograd löste die Flucht der Regierung Wut und Panik aus. *Eine Außerordentliche Versammlung der Delegierten der Petrograder Betriebe* (AVD) bildete sich, die AVD trat recht offen auf, anfangs nur selten von der Tscheka belästigt. Menschewiki und Sozialrevolutionäre spielten dabei eine bedeutende Rolle, bei einer Umfrage unter 110 gewählten Delegierten ergab die Momentaufnahme 35 Menschewiki, 33 Sozialrevolutionäre und 41 Parteilose.¹⁹⁴⁾ Trotzdem schien der AVD eine 'parteilose' Vereinigung besser geeignet. Im März wurden in den Putilow-Werken, in der Alten Lessner-Fabrik, bei Erikson, Rechkin, in den Obukow-Werken und anderen Fabriken in den Arbeiterversammlungen Resolutionen angenommen, die sich gegen das Verbot der rechtssozialistischen Zeitungen aussprachen und auch sonst wenig Vertrauen für die Bolschewiki zeigten.¹⁹⁵⁾

Im Mai wurde in der Vorstädten Kolpino und Sestorezk auf hungernde Hausfrauen und Arbeiter geschossen. Die AVD hatte zuerst gehofft, das System von innen reformieren zu können, jetzt erwog sie den Sturz des Sowjetsystems im Bündnis mit gleichgesinnten Gruppen im ganzen Land. Für Petrograd versuchte sie, für den 2. Juli einen eintägigen Warnstreik vorzubereiten. Verzweifelte Arbeiter drängten zu direkten Aktionen, einzelne Betriebe streikten gegen den Brotmangel.¹⁹⁶⁾

Der Oberkommandierende der Baltischen Flotte Alexei Schtschastny organisierte im März die Überführung der Baltischen Flotte durch das Eis nach Kronstadt. Sie konnten nur bei Tageslicht fahren, die Mannschaften waren ausgedünnt und wurden von finnischen Küstenbatterien beschossen. Trotzdem trafen mehr als 200 Schiffe Ende April wohlbehalten in Kronstadt ein. Schtschastny wurde als Volksheld verehrt. Schtschastny schien Trotzki's Befehlsgewalt zu missachten, er hatte einige Schiffe nicht in die Ladogasee verlegt, zögerte mit der Vorbereitung der Zerstörung der Flotte und verbreitete Trotzki's Geheimbefehle dazu. Als Schtschastny seinen Rücktritt einreichte, lud Trotzki ihn nach Moskau, ließ ihn im Juni 1918 verhaften, wegen Umsturzversuch gegen die Petrograder Kommune vor Gericht stellen, zum Tode verurteilen und hinrichten.¹⁹⁷⁾ Die Todesstrafe war im Oktober abgeschafft worden, so erklärte der Staatsanwalt, er sei nicht zum Tode, sondern zum Erschießen verurteilt worden.¹⁹⁸⁾

Die Erschießung des populären Kommandanten löste einen Proteststurm aus. Sinowjew und Lunatscharski eilten zur Massenversammlung in die Obuchow-Fabrik und wurden ausgebuht. An diesem 20. Juni wurde Wolodarski, der Leiter der Tscheka Petrograds, in der Nähe des Werkes ermordet. Ein Streikführer, der mit dem Mord nichts zu tun hatte, wurde festgenommen. Am nächsten Tag streikten die Obuchow-Arbeiter, besetzten das Werk und schickten Delegationen zu anderen

Fabriken und nach Kronstadt. Die Kommunisten Petrograds mussten zwischen den aufgebrachtten Arbeitern und Kommunisten, welche die Ermordung Wolodarskis erregte, manövrieren. Das Werk wurde geschlossen, die Wohngegend unter Kriegsrecht gestellt und bekannte Sozialrevolutionäre festgenommen.

Die Lage der Petrograder RKP war erbärmlich, ihre Mitgliederzahl war deutlich zurückgegangen, einer hohe Prozentsatz arbeitete in der Regierung und für die Armee, den Kontakt zur Basis hatte sie verloren. Die Kommune verabschiedete ein neues Wahlrecht, das ihnen eine Mehrheit sicherte. Mit dem zweifelhaften Mandat der Sowjetwahlen ging die Kommune-Regierung Petrograds gegen die AVD vor. Der von ihr ausgerufene Generalstreik am 2. Juli sollte auf jeden Fall verhindert werden. Man drohte mit Strafzahlungen, Entlassungen und Betriebsschliessungen, die AVD wurde der Unterstützung der Konterrevolution beschuldigt. Druckereien, die im Verdacht standen, für die AVD zu arbeiten, wurden versiegelt, feindliche Gewerkschaften durchsucht und bewaffnete Patrouillen gebildet. In diesem Klima der Einschüchterung kam es nur in wenigen Fabriken zu Streiks, die AVD löste sich auf, die Einberufung eines nationalen Kongresses scheiterte. Nur etwa 45 Teilnehmer versammelten sich im Juli in Moskau und wurden von Roten Garden und der Tscheka zerstreut, unter den Festgenommenen waren führende Vertreter der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, des Bundes und der Gruppe Jedinstwo. Am 27. Juni wurde die AVD verboten. Die *Iswestija* rief zum Kampf gegen die 'menschewistisch-sozialrevolutionäre Konterrevolution' auf. Die Bolschewiki bezeichneten den Generalstreik als Misserfolg, andererseits berichtete eine Provinzzeitung von 80.000 Teilnehmern, gegen die Rote Garden mobilisiert wurden.¹⁹⁹⁾

Zeitgleich brach die Cholera-Epidemie aus, im Juli gab es an einem Tag 4.200 Fälle, bis zum September starben in Petrograd 4.300 Menschen an der Epidemie, ein großer Teil war Fabrikarbeiter.²⁰⁰⁾

Der Putsch der Linken Sozialrevolutionäre

Bild 58: *Maria Spiridonowa*



Die Linken Sozialrevolutionäre verließen zwar die Sowjetregierung, behielten aber im ZEK, den Sowjets und in den Sowjetinstitutionen ihre Positionen. Auf ihrem Parteitag Ende Juni wandten sich die LSR gegen die Komitees der Dorfarmut, diese seien spalterisch, sie würden eine künstliche Front zwischen Stadt und Land schaffen.²⁰¹⁾ Die Schwäche der Bolschewiki hatte die LSR stärker werden lassen, die hatte jetzt 13 Tageszeitungen, 39 Parteiorganisationen hatten Kampforganisationen aufgebaut.²⁰²⁾ Die Organisation war auf geschätzt 100.000 Mitglieder angewachsen.²⁰³⁾

Vom 4. bis 10. Juli tagte der Fünfte Gesamtrussische Sowjetkongress. Von den 1.155 Delegierten waren 694 Bolschewiki und 50 Sympathisanten, 317 LSR und 42 Sympathisanten sowie kein Vertreter der PSR.²⁰⁴⁾ Damit waren die Kommunisten eindeutig überrepräsentiert, nicht nur durch die

festgelegte Vertretung von fünf zu zwei Stimmen der städtischen Delegierten. Auf dem Land war die KPR recht schwach, stellte aber auf der Ebene der Gebietssovjets zwei Drittel der Delegierten. Die LSR behaupteten, ihnen ständen 500 Mandate zu.

Während des Sowjetkongresses am 6. Juli gibt es einen Aufstand in Jaroslawl, zaristische Offiziere verbündeten sich mit Menschewiki und Sozialrevolutionären und erschossen die Kommunisten. Zwei Wochen tobten die Kämpfe, bis die Kommunisten den Stab der Aufständischen liquidierten.

Die Stimmung auf dem Kongress war geladen, die KPR-Delegierten stimmten einheitlich als Fraktion ab. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands verfolgten als Zuschauer den Kongress. Der LSR-Vertreter Kamkow drohte ihnen, die Arbeiter und Soldaten

„... werden keine stummen Zeugen sein, wie durch die Hand des deutschen Räubers, die Hand dieses Henkers, die hier erschienen sind, diese Schurken und Plünderer...“ ²⁰⁵⁾

Der Rest des Satzes ging im allgemeinen Tumult und Applaus unter. Trotzki drohte den Agitatoren gegen die Sowjetmacht mit Verhaftungen und Sondertribunalen.

„Das Wohl der Sowjetrepublik ist das höchste Gesetz. Wer gegen dieses Gesetz verstößt, der muss vom Antlitz der Erde hinweggefegt werden.“ ²⁰⁶⁾

Am nächsten Tag protestierten die LSR gegen die Todesstrafe; Spiridonowa drohte sozialrevolutionären Terror an. In seiner Antwort sprach Lenin vom Bruch mit den Linken Sozialrevolutionären und bezeichnete sie als Provokateure; er drohte ihnen schonungslosen Krieg an. ²⁰⁷⁾

Während der Sowjetkongress tagte, erschienen am 6. Juli zwei Mitglieder der Tscheka beim deutschen Botschafter Graf Mirbach und erschossen ihn, sie benutzten dabei ihre Personaldokumente der Tscheka. Sie flohen in das Haus der Tscheka-Einheit, in der auch das ZK der LSR tagte. Dserschinski wurde mit der Aufklärung beauftragt und erschien im Quartier der Einheit seines LSR-Stellvertreters Andrejew, traf auf das ZK, das ihm erklärte, Mirbach sei im Auftrag des ZK der LSR ermordet worden und setzten Dserschinski fest. In der Nacht ging die Tscheka-Einheit der LSR - sie hatte mehrere hundert Mitglieder - gegen die Zentrale der Tscheka vor und besetzte sie. Nach der Festnahme Dserschinskis begaben sich Spiridonowa und ein weiterer LSR-Führer zum Bolschoi-Theater, um den Sowjetkongress über das Attentat zu informieren. Die LSR-Fraktion billigte das Attentat. Die Bolschewiki setzten alle LSR-Teilnehmer des Sowjetkongresses von über 400 Mitgliedern gefangen. Nachdem sie von der Festnahme ihrer Fraktion erfahren hatte, besetzte die LSR-Tscheka die Hauptpost und das Telegrafenamtsamt und versandte mehrere Aufrufe, informierten über das Attentat und forderten die Bevölkerung zur Verteidigung der Revolution, der Sowjets und zum Kampf gegen Imperialismus und Konterrevolution auf. ²⁰⁸⁾

Die Sowjetregierung mobilisierte die Moskauer Garnison, aber die erklärte sich für neutral. Sie konnte nur die 700 Lettischen Schützen aufbieten, 1.500 Insurgenten standen ihnen gegenüber. Am nächsten Tag griffen sie das Hauptquartier der LSR mit Artillerie an, am Nachmittag des 7. Juni war der Aufstand niedergeschlagen. ²⁰⁹⁾

An der Ostfront erklärte der Oberkommandierende und LRS Murawjow, er werde mit der Tschechoslowakischen Legion Frieden schließen und Deutschland den Krieg erklären. Die Rotarmisten töteten ihn. Die Ostfront war ohne Führung, unter den Truppenteilen entstand Misstrauen, die Tschechoslowakische Legion konnte Simbirsk und Jekaterinburg erobern.

Für die Linken Sozialrevolutionäre war der Putschversuch politischer Selbstmord. Einige Historiker

leugnen, dass er geplant worden war. Für eine Partei mit terroristischer Vergangenheit war die Vorbereitung dilettantisch, möglicherweise wollten die LSR mehr die Massen aufrütteln als die Kommunisten von der Macht verdrängen, ein Aufstand fand nicht statt.

Die Bolschewiki verstanden es geschickt, die Gegner und Befürworter des Putsches gegeneinander auszuspielen. Von den über 400 verhafteten LSR-Delegierten wurden 80 entlassen, nachdem sie die Politik ihrer Führung verurteilt hatten. 250 Delegierte, die zögerten, blieben in Hausarrest. Nur ein kleiner Teil, 26 Personen mit Spiridonowa wurden inhaftiert.²¹⁰⁾ Bis zum nächsten Sowjetkongress hatten die LSR keine Vertreter mehr im ZEK. Die Menschewiki und die PSR waren am 14. Juni aus dem ZEK ausgeschlossen worden.

Die Sowjets, die Volkskommissariate, die Rote Armee, die Tscheka und die Gewerkschaften wurden von von treuen LSR-Mitgliedern gesäubert. 13 LSR-Führer wurden ohne Gerichtsverfahren erschossen, die *Snamja Truda* verboten. Im Winter war mit der deutschen Niederlage der politische Sprengstoff des Aufstandsversuchs verschwunden, 14 LSR-Führer wurden angeklagt, von den erschienenen Führern wurde Maria Spiridonowa zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die sowjetloyalen Mitglieder der Linken Sozialrevolutionäre durften im September eine Tagung abhalten, sie gründeten die *Partei der Revolutionären Kommunisten*.

Von der deutschen Regierung erwarteten die Bolschewiki eine heftige Reaktion wie nach dem chinesischen Boxeraufstand 1900. Die deutschen Imperialisten waren im Sommer 1918 bereits so schwach, dass sie nur mit einem diplomatischen Protest gegen den Mord an Mirbach reagieren konnten.

Der Sowjetkongress verabschiedete die erste Sowjetverfassung, er legte fest, der Sowjetkongress sei das oberste Organ der Staatsmacht und der Rat der Volkskommissare unterstehe dem ZEK als Ausführungs- und Sowjetorgan. Das war im Sommer 1918 bereits eine Fiktion. Die Verfassung sah das Wahlrecht für alle Frauen und Männer über 18 Jahre vor. Personen, die Lohnabhängige beschäftigten oder ihr Einkommen aus Unternehmen bezogen, waren vom Wahlrecht ausgeschlossen.²¹¹⁾

Der rote Terror

Im Sommer wurde deutlich, dass der Bürgerkrieg sich nicht verhindern liess. Die Macht der Kommunisten war auf dem Tiefpunkt, die Tscheka registrierte 245 größere Aufstände in 20 Provinzen unterschiedlichen Charakters und verschiedener Intensität.²¹²⁾

Im Mai war es Krasnows Kosaken gelungen, das Don-Gebiet wieder zu erobern. Im Nordkaukasus und Kuban-Gebiet konnten die weißen Armeen Denikins und Alexejews ihre Stellungen festigen. Die Intervention der Alliierten in Murmansk und Archangelsk sowie die die deutschen Truppen in Finnland und im Baltikum bedrohten Petrograd. Im Osten verband sich die Tschechoslowakische Legion mit den Weißen entlang der Transsibirischen Eisenbahn, am 8. Juni eroberten sie Samara, die Sozialrevolutionäre gründeten eine Gegenregierung mit dem *Komitee der Mitglieder der Konstitutionellen Versammlung* (Komutsch), bevor sie vom General Koltschak weg geputscht wurde. Es drohte ein gemeinsames Vordringen der Alliierten mit den Tschechen auf Moskau. Das gab den Konterrevolutionären in Moskau großen Auftrieb.²¹³⁾ Überall ergriffen die Sozialrevolutionäre die Seite der Aufständischen:

„Es ist für Russland kaum möglich, sich aus der traurigen und kritischen Position ohne die Hilfe von außen zu befreien. Für Russland ist die Verlegung ausreichender alliierter Truppen auf russisches

Territorium nicht nur akzeptabel, sondern momentan auch wünschenswert.“

wurde auf dem Parteitag der PSR im Mai 1918 beschlossen.²¹⁴⁾ Die Menschewiki nahmen eher dies Positionen von Vermittlern ein, das Bündnis beider Parteien zerbrach im Bürgerkrieg.

Am 20. Juni 1918 wurde in Petrograd Wolodarski ermordet, der bei den Arbeitern und Kommunisten sehr populär war. Die Bolschewiki kämpften ums Überleben, Teile der Arbeiter entzogen ihnen die Unterstützung, die Linken Sozialrevolutionäre wurden von der Macht ausgeschlossen, die Cholera wütete unter der hungernden Stadtbevölkerung.

Die Alliierten unterstützten die russischen Weißen, nachdem das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg feststand. Bereits im März waren in Archangelsk 170 britische Soldaten gelandet, am 2. August gingen 1.200 britische und französische Soldaten in Archangelsk an Land. Sie setzten eine antibolschewistische Regierung unter dem sozialrevolutionären Veteranen Nikolai Tschaikowski ein. Besonders die Briten stellten viel Geld bereit, um antibolschewistische und antideutsche Offiziere und Fachleute anzuwerben, Petrograd war das 'natürliche' Ziel der Werbung.

Im Juli 1918 wurde die Zarenfamilie in Jekaterinburg erschossen, als sich die Tschechoslowakische Legion der Stadt näherte, Swerdlow und Lenin trafen die Entscheidung. Lenin forderte den Massenterror gegen die alte herrschende Klasse, nur so sei das Überleben der Revolution zu sichern, dem Terror der Bourgeoisie müsse der rote Terror entgegengesetzt werden. Die Zeitung der Tscheke *Krasny Terror* (Roter Terror) schrieb:

*„Sucht nicht im Lauf der Ermittlung Dokumente oder Zeugenaussagen, ob der Beschuldigte in Taten und Worten gegen die Sowjets gehandelt hat. Die erste Frage, die ihr ihm stellen müsst, ist die zu welcher sozialen Klasse er gehört, wo er herkommt, seine Erziehung, seine Bildung oder sein Beruf. Diese Fragen müssen über das Schicksal des Beschuldigten entscheiden.“*²¹⁵⁾

Am 30. August wurde in Petrograd der Tschekist Urizki erschossen. In Moskau redete Lenin am gleichen Abend vor den Arbeitern der Fabrik Michelson. Nach dem Ende des Treffens wurde er von Schüssen niedergestreckt. Die Ärzte waren unzuverlässig, im Kreml wurde er versorgt. Die Schützin, die sozialrevolutionäre Sympathisantin Fanny Kaplan wurde auf Befehl Swerdlows von der Tscheke am 3. September erschossen.

Die doppelten Attentate ließen die Bolschewiki ein Komplott fürchten. Am 31. Dezember erklärt das Petrograder Komitee den 'roten Terror' und liess 512 gefangene Konterrevolutionäre erschießen.

Bisher habe man sich an zivile Regeln gehalten.

*„Aber im Bürgerkrieg wirkt man grotesk, wenn man die Einhaltung solcher Regeln und Gesetze verlangt... Das ist das Gesetz des Bürgerkrieges - töte alle Verwundeten, die gegen einen kämpfen... Das ist die Praxis. Es ist wichtig, nicht nur die aktiven Kräfte des Gegners zu zerstören, sondern auch zu demonstrieren, dass jeder, der das Schwert gegen die bestehende Ordnung erhebt, durch das Schwert umkommen wird. Das ist der Sinn des Bürgerkrieges, wie er von der Bourgeoisie geführt wird... Wir haben diese Regeln nicht gelernt. Unsere Leute werden zu Hunderten und Tausenden erschossen, wir exekutieren einzeln und nach langen Beratungen in Kommissionen und Tribunalen. Im Bürgerkrieg gibt es keine Gerichtshöfe für den Feind. Es ist ein Kampf um Leben und Tod. Wenn du nicht tötest, wirst du getötet. Also töte, dann wirst du nicht getötet.“*²¹⁶⁾

Die *Krasnaja Gaseta* bezog sich bewusst auf den Terror der Jakobiner während der französischen

Revolution, sie hätten die inneren Konterrevolutionäre ermordet und damit die Voraussetzung für den Sieg über den äußeren Feind geschaffen. Die gegenwärtige Situation sei der französischen Revolution ähnlich. *'An die Wand mit der Bourgeoisie!'* ²¹⁷⁾ In Betriebsversammlungen wurden Resolutionen in diesem Sinne verabschiedet.

Die Kommunisten waren überzeugt, dass die britische Gesandtschaft hinter den Anschlägen stecke. Die britische Botschaft wurde angegriffen, ein Brite wurde erschossen, mehrere verletzt, 40 Anwesende wurden festgenommen. ²¹⁸⁾ In der darauffolgenden Nacht ging die Tscheka auch gegen das britische Konsulat in Moskau vor. Der Konsul Bruce Lockhart und weitere Diplomaten wurden verhaftet, Lockhart wurde nach wenigen Wochen gegen Maxim Litwinow ausgetauscht. International führte der Angriff auf die diplomatischen Vertretungen zu einer heftigen antisowjetischen Kampagne. Da die Verbindung Cromies und Lockharts zu russischen Konterrevolutionären offensichtlich war, verlief die Affäre nach dem Austausch Lockharts im Sande.

Die Tscheka hatte eine Freibrief zum Töten. Unter den Bürgerlichen wurden willkürlich mehrere tausend Erschiessungen vorgenommen, in Petrograd wurden 6.000 Verdächtige verhaftet. ²¹⁹⁾ Die Tscheka war ursprünglich nur ein Untersuchungsorgan, jetzt konnte sie die nicht zu Erschiessenden ins Gefängnis und in Konzentrationslager mit Arbeitspflicht stecken. Am Ende des Bürgerkriegs Ende 1920 gab es 84 Lager mit 25.000 Insassen, 1922 132 Arbeitslager mit geschätzten 60.000 Gefangenen. Von den 17.000 Gefangenen, von denen Daten vorliegen, waren 39 Prozent Bauern und 34 Prozent Arbeiter. ²²⁰⁾ Viele Arbeitslager waren in ehemaligen Klöstern, so in Susdal oder in Solowki, einer Insel im Weißen Meer mit extrem harten Lebensbedingungen. 1918 und 1919 waren 47.000 beziehungsweise 81.000 Gegner gefangen. ²²¹⁾

Im März 1919 wurde Dserschinski auch zum Volkskommissar für Inneres ernannt. Aus der Tscheka wurden bald Fälle von Exzessen und Willkür bekannt, Tschekisten bereicherten sich an den Opfern. Dserschinski, dessen moralische Qualität unbestritten war, gründete in der Tscheka eine 'eiserne Truppe', um sie von den zwielichtigen Elementen zu reinigen.

Unter den Festgenommenen waren viele Intellektuelle und Fachleuten die als Vertreter der Bourgeoisie bezeichnet wurden, auch wenn sie für das Funktionieren der Verwaltung und Wirtschaft wichtig waren. Das Volkskommissariat für Justiz und viele Parteimitglieder forderten, zu 'normalen' Formen der Justiz zurück zu kehren, im Oktober 1918 wurde der rote Terror beendet.

Die Ukraine unter deutscher Besatzung

Das Deutsche Reich konnte bei seinem Vormarsch ein Territorium besetzen, das größer als das eigene Land war. Es gab keinen nennenswerten Widerstand, also marschierten die deutschen Truppen einfach weiter als ursprünglich geplant. Die Krim wurde ebenso besetzt wie ein Eisenbahnknotenpunkt in Südrussland, die Truppen nahmen Rostow am Don ein, der Zugang zum Kaukasus wurde gesichert. Es reichten 300.000 deutsche und österreichisch-ungarische Soldaten, um die Ukraine zu besetzen, sie errichteten ein dünnes Netz der Besatzung entlang der Eisenbahnen. ²²²⁾

Die Durchsetzung der Ziele der Besatzer erwies sich als schwieriger. Eine Eisenbahn- und eine Eisenerzgesellschaft unter Führung der deutschen Industriellen war in Planung; der zuständige Unterstaatssekretär formulierte die Ziele der Industrie:

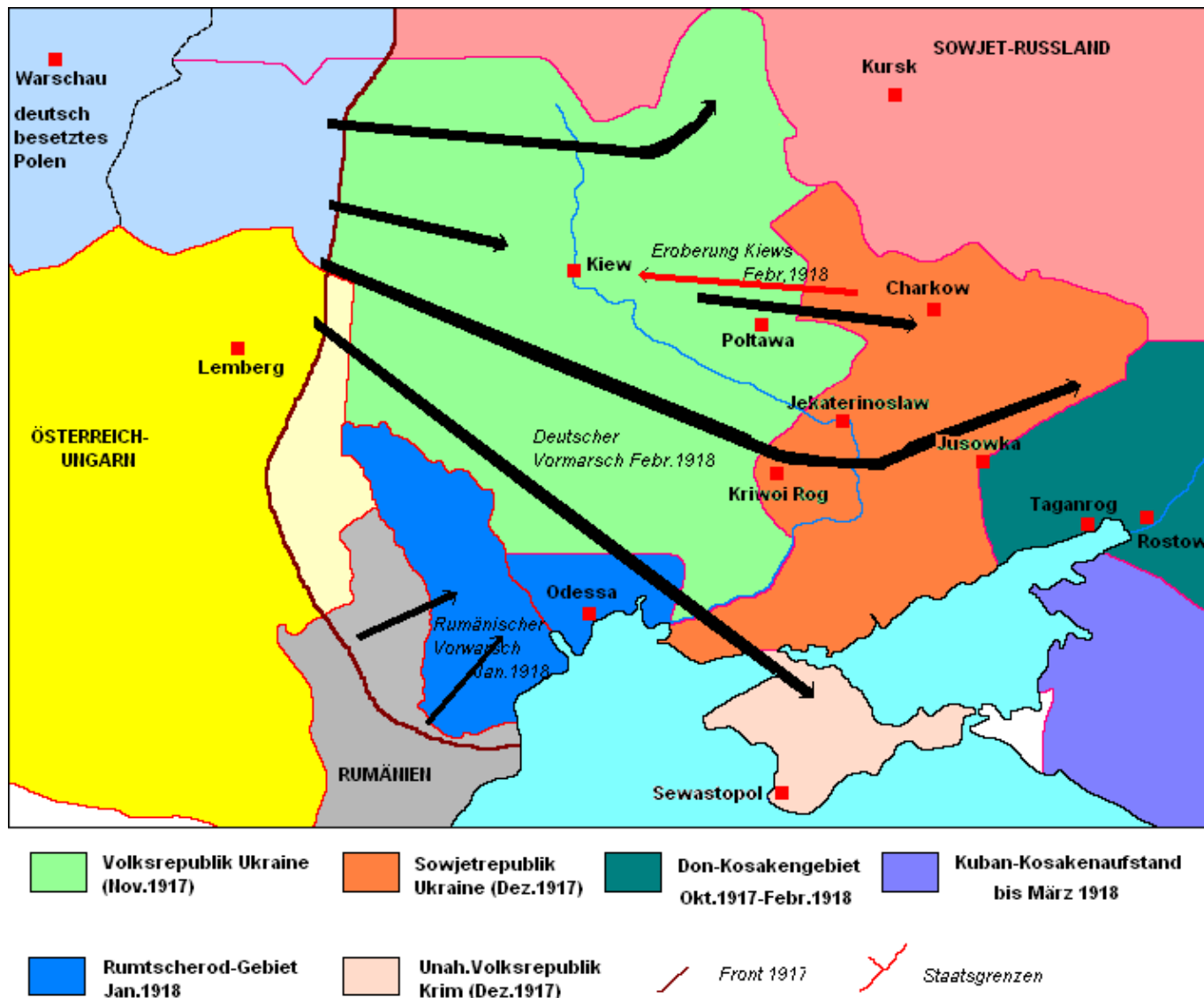
„Das russische Verkehrswesen, die Industrie und die ganze Volkswirtschaft muss in unsere Hände kommen. Es muss gelingen, den Osten für uns auszubeuten. Dort sind die Zinsen für unsere Kriegsanleihen zu holen.“ ²²³⁾

Die aus Kiew vertriebene Rada-Regierung wurde wieder eingesetzt; sie war schwach, aber aufsässig. Deutsche Truppen umstellten am 28. April die Rada, nahmen die Mitglieder fest und setzten Pawlo Skoropadski als Hetman (Herrscher, Hauptmann) der Ukraine ein. Ein 'Allukrainischer Kongress der Ackerbauern' stimmte seiner Inthronisierung zu.²²⁴⁾ Sein Programm sah die Entschädigung der Grundbesitzer zugunsten der Schaffung eines vermögenden Bauerntums vor, also etwa die Fortsetzung von Stolypins Reformen. Skoropadskis Regierung traten auch Mitglieder der Kadettenpartei bei. Praktisch wurde die Ukraine ein Generalgouvernement zur Ausbeutung der Reichtümer.

Die Lieferungen an die Mittelmächte klappten dagegen überhaupt nicht, Aufwand und Ergebnis standen im krassen Missverhältnis. In das Donezbecken musste Kohle geliefert werden statt es für Deutschland ausbeuten zu können. Die Bauern zeigten sich auch gegenüber den Besatzern widerspenstig, ihre Getreidevorräte auszuliefern. Bis zum Juli 1918 sollte an das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn fast eine Millionen Tonnen Getreide, Eier, Rinder, Speck, Zucker, Flachs, Hanf, Manganerze usw. geliefert werden, es konnten nur 120.000 Tonnen aufgebracht wurden.²²⁵⁾

Die militärischen Erfolge im Ostfeldzug führten zu deutschen Begehrlichkeiten im Kaukasus. Nach der Kapitulation der russischen Armee rückte die türkische Armee vor, die Transkaukasische Föderation, die sich aus Armenien, Georgien und Aserbaidzhan gebildet hatte, zerfiel unter den inneren Widersprüchen schnell wieder. Aserbaidzhan wandte sich der Türkei zu, Armenien suchte verzweifelt nach Unterstützung gegen die türkische Invasion, Georgien stellte sich unter deutschen Schutz. Eine deutsche Fliegerstaffel mit etwa tausend Mann wurde nach Georgien geschickt.²²⁶⁾ Neben den kaukasischen Bodenschätzen richteten sich die Begehrlichkeiten auf die Ölfelder von Baku, an denen auch Großbritannien interessiert war, das von Persien aus mit einer kleinen Interventionsarmee agierten. Sie besetzten Baku im August 1918.

Karte 22: [Die Ukraine 1917 - 1918](#)



Die Niederlage der Mittelmächte ließ die hochfliegenden Phantasien der deutschen Industriellen, des Militärs und der Politiker wie Seifenblasen zerplatzen. Im November 1918 brach die lang erhoffte Revolution in Deutschland aus, die Habsburgermonarchie brach zusammen. Man konnte erwarten, mit dem technisch fortgeschrittenen Deutschland einen Bündnispartner zu bekommen, dessen Technik Russland helfen würde, die Industrie zu modernisieren und die Gespenster der Rückständigkeit zu vertreiben.

Der Preis des Überlebens

Alles war neu. Noch nie in der neueren Geschichte hatte es eine Gesellschaft gegeben, die nicht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht hatte. Die russischen Revolutionäre stießen die Tür auf, aber überschreiten konnten sie die Schwelle zur neuen Gesellschaft nicht, vor ihnen türmte sich der Müll der alten Scheiße auf und hinderte sie, eine sozialistische Gesellschaft anzugehen.

Sie schafften die Abhängigkeit der Bauern von den Grundbesitzern ab, schlossen Frieden und gaben den Arbeitern die Kontrolle über die Fabriken, gaben Dekrete 'wie warme Semmeln' heraus, wie ihre Kritiker bemerkten, uns sahen sich prompt vor einem neuen Gebirge von Hindernissen.

Am Ende des ersten Jahres der Revolution hatte die Realität die Bolschewiki eingeholt. Sie kämpften ums Überleben. Die Gegner formierten sich zum Bürgerkrieg, unterstützt von den Imperialisten, die Bolschewiki terrorisierten ihre Gegner, trieben Sozialrevolutionäre, Menschewiki usw. in die Arme der Revolutionsgegner oder zumindest in die Halblegalität. Sie errichteten zunehmend ein Machtmonopol, schlossen die anderen Parteien aus den Räten aus. Die Arbeiter resignierten, der Kampf um tägliche Leben ließ ihre Revolutionsbegeisterung erlahmen. Die Räte starben ab, das Monopol der Kommunisten raubte ihnen die Luft zum Atmen. Statt die Bürokratie abzuschaffen, wucherte sie weiter und vermehrte sich, das war die Konsequenz der Erstickung der Arbeiterdemokratie.

Die Bolschewiki unternahmen heroische Anstrengungen, die Gesellschaft in ihrem Sinne in Gang zu bringen. Zehntausende von Kommunisten verteidigten mit der Waffe in der Hand den Sowjetstaat, versuchten den Städten Nahrung und Rohstoffe zu besorgen, bemühten sich um die Verwaltung von Betrieben und Staat, eine Aufgabe, auf die sie nicht vorbereitet waren. Das Gift der Routine und das Befehlssystem drang in die eigene Partei ein, es bestand die Gefahr, dass sie sich selbst zu einem bürokratischen Apparat verwandeln würde. Lenins Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus leistete dem Vorschub. Lenin unterschätzte die Entwicklung der Staatsbürokratie. Die Verwaltung wurden nicht dem Volk unterstellt, sie verteidigten ihre eigenständige Existenz und verschmolzen mit der in den zwanziger Jahren entstehenden Parteibürokratie zu einem Herrschaftsapparat, der von den Arbeitern nicht kontrolliert werden konnte.

Uns Zeitgenossen ist es vergönnt, angesichts des Wissens um die Entwicklung des Sowjetstaates seine Abkehr von den Idealen seiner Gründer zu nachzuverfolgen. Wäre es nicht besser gewesen, die Bolschewiki hätten die Macht wieder abgegeben und auf eine bessere Chance der Revolution gewartet?

Die Frage ist natürlich müssig, denn die Revolutionäre kannten den weiteren Gang der Ereignisse nicht. Revolutionen sind besondere Ereignisse der Geschichte, sie liegen nicht am Straßenrand und man kann sie nicht einfach aufheben oder wegwerfen. Eine revolutionäre Situation muss genutzt werden, on s'engage et puis on verra. ²²⁷⁾

Es sei an dieser Stelle die Spekulation erlaubt, was passiert wäre, hätten die Bolschewiki im ersten Jahr die Macht verloren oder abgegeben. Keine andere politische Kraft hätte die Wirtschaft sanieren und das Nachkriegschaos beseitigen können. Sozialrevolutionäre und Menschewiki waren viel zu schwach und gegenüber den Kapitalisten viel zu konzessionsbereit, um eine Alternative zu bieten. Andererseits drängte die Bauernschaft wie eine Urgewalt auf eine Bodenreform, die Arbeiter auf Abschaffung des Lohndiktats, die nationalen Minderheiten auf Selbstbestimmung.

Vielleicht wäre es einem General gelungen, zeitweise die Macht an sich zu reißen. Er hätte die Arbeiter unterdrücken müssen, wie es in Finnland geschah und noch hundertmal später wie in Deutschland, Italien oder Chile. Eine irgendwie geartete Landreform hätte er nicht verhindern können, mit den nach Unabhängigkeit strebenden Völkern wäre er in Krieg geraten. Großbritannien, Frankreich, die USA und Japan hätten ihren Interessen militärisch Nachdruck verschafft, lokale Warlords hätten um die Macht konkurriert. Das Volk hätte die Last getragen, aus den Trümmern wäre später ein schwaches Regime entstanden...

Die Kommunisten behielten die Macht, weil sie im Niedergang die stärkste Kraft waren. Sie konnten auf die europäische Revolution hoffen, die ihnen eine humane und sozialistische Zukunft versprach.

- 1) Lenin-Werke Band 23, p.339/340
- 2) Lenin-Werke Band 26, p.267
- 3) ebenda, p.289/290
- 4) Trotzki, Mein Leben, p.341
- 5) Rigby, Lenin's government, p.31
- 6) , ⁴⁹⁾ , ⁵²⁾ , ⁹⁰⁾ ebenda, p.32
- 7) ebenda, p.34
- 8) Pietsch, Revolution und Staat, p.55
- 9) Nienhaus, Revolution und Bürokratie, p.54
- 10) Steinberg, Revolution und Bürokratie, p.54
- 11) IML, Geschichte der KPdSU, Band 3, 1.Buch, p.406
- 12) Pietsch, p.46
- 13) Rigby, p.18
- 14) , ¹⁶⁾ Keep, The Russian Revolution, p.255
- 15) Serge, Year One of the Russian Revolution, p.94
- 17) Rabinovitsch, Die Sowjetmacht, Das erste Jahr, p.175/176
- 18) Keep, The Russian Revolution, p.353
- 19) Benvenuto, The Bolschevics and the Red Army, p.1
- 20) ebenda, p.18
- 21) Hagen, Soldiers in the Proletarian Dictatorship, p.22
- 22) IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.520
- 23) Rabinovitsch, Die Revolution der Bolschewiki 1917, p.428
- 24) Brüggmann, Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg, p.113
- 25) Häfner, Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18, p.187
- 26) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.43
- 27) Häfner, p.189
- 28) Daniels, Das Gewissen der Revolution, p.87
- 29) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.50
- 30) Daniels, p.89
- 31) Brovkin, Mensheviki after october, p.42-45
- 32) Brüggmann, p.117/118
- 33) Radkey, The Sickle under the Hammer, p.147
- 34) ebenda, p.112
- 35) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.560
- 36) Häfner, p.200
- 37) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.69
- 38) Häfner, p.209
- 39) Pietsch, Revolution und Staat, p.54
- 40) Nienhaus, p.25
- 41) ebenda, p.26
- 42) ebenda, p.22/23
- 43) ebenda, p.24
- 44) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.75/76
- 45) Nienhaus, p.26
- 46) , ⁸⁹⁾ ebenda, p.27
- 47) Bettelheim, Die Klassenkämpfe in der UdSSR, p.98
- 48) Nienhaus, p.30/31
- 50) ebena, p.48
- 51) ebenda, p.50

- ⁵³⁾ ebenda, p.39
- ⁵⁴⁾ Häfner, p.229
- ⁵⁵⁾ Radkey: Russia Goes to the Polls; p.148 -160
- ⁵⁶⁾ Mandel, The Petrograd Workers, p.219
- ⁵⁷⁾ Radkey: Russia, p.148 -160; die Mandate der Nationalitäten sind in denen der Parteien enthalten. Von den 370 Abgeordneten der Sozialrevolutionären 40 Linke Sozialrevolutionäre. Siehe die Karten 29 und 30.
- ⁵⁸⁾ Koenker, Moscow Workers and the 1917 Revolution, p.351, die Zahlen differieren leicht. Siehe auch Tabelle 32
- ⁵⁹⁾ Mandsley, The Russian Revolution and the Baltic Fleet, p.168/169
- ⁶⁰⁾ Radkey, Russia, 148-160
- ⁶¹⁾ IML, Geschichte der KPdSU, Band 3, 1.Buch, p.556
- ⁶²⁾ Rabinovitch, Das erste Jahr, p.99
- ⁶³⁾ ebenda, p.94/95
- ⁶⁴⁾ ebenda p.102/103
- ⁶⁵⁾ , ¹³²⁾ ebenda, p.103
- ⁶⁶⁾ ebenda, p.123/124
- ⁶⁷⁾ Lenin-Werke Band 26, p.377
- ⁶⁸⁾ ebenda, p.378
- ⁶⁹⁾ ebenda, p.378/379
- ⁷⁰⁾ ebenda, p.379
- ⁷¹⁾ ebenda, p.379/380
- ⁷²⁾ ebenda p.380
- ⁷³⁾ ebenda p.381
- ⁷⁴⁾ Radkey, Russia, p.148-160
- ⁷⁵⁾ Rabinovitch, Das erste Jahr, p.130
- ⁷⁶⁾ ebenda, p.125/126
- ⁷⁷⁾ Radkey, The Sickle under the Hammer, p.417
- ⁷⁸⁾ ebenda, p.419
- ⁷⁹⁾ ebenda, p.428
- ⁸⁰⁾ ebenda, p.390
- ⁸¹⁾ Rabinovitch, Das erste Jahr, p.165
- ⁸²⁾ , ¹⁹⁵⁾ ebenda, p.167
- ⁸³⁾ ebenda, p.169/170
- ⁸⁴⁾ Lenin-Werke Band 26, p.440
- ⁸⁵⁾ Radkey, The Sickle, p.433
- ⁸⁶⁾ IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.563
- ⁸⁷⁾ ebenda, p.566
- ⁸⁸⁾ Debo, Revolution and Survival, p.23
- ⁹¹⁾ Fischer, Griff nach der Weltmacht, p.639
- ⁹²⁾ Rabinovitch, Das erste Jahr, p.180
- ⁹³⁾ , ²²¹⁾ ebenda, p.181
- ⁹⁴⁾ IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.579
- ⁹⁵⁾ Deutscher, Trotzki, Band 1, p.344
- ⁹⁶⁾ IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.581
- ⁹⁷⁾ Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, p.20/21
- ⁹⁸⁾ selbstverständlich ohne den deutschen Teil Polens
- ⁹⁹⁾ Fischer, Griff, p.294
- ¹⁰⁰⁾ ebenda, p.586/587

- 101) ebenda, p.601
- 102) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.193
- 103) ebenda, p.195
- 104) Cohen, Bukharin, p.50
- 105) Kowalski, The Bolshevik Party in Conflict, p.11
- 106) ebenda, p.13
- 107) Deutscher, Trotzki, Band 1, p.360/361
- 108) Debo, p.122; durch die Kalenderumstellung war das der folgende Tag.
- 109) ebenda, p.123
- 110) ebenda, p.126
- 111) Chamberlin, Die russische Revolution, Erster Band, p.373
- 112) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.245
- 113) Kowalski, p.76
- 114) Lenin, Thesen über den sofortigen Abschluss eines annexionistischen Separatfriedens; in: Lenin-Werke Band 26, p.448/449
- 115) Kowalski, p.75
- 116) ebenda, p.71
- 117) Daniels, p.97
- 118) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.233
- 119) ebenda, p.235/236
- 120) ebenda, p.237
- 121) ebenda, p.240
- 122) ebenda, p.254
- 123) Debo, p.158; Chamberlain, p.376
- 124) Deutscher: Trotzki, Band 1, p.368/369
- 125) Kowalski, p.12
- 126) ebenda, p.16
- 127) ebenda, p.17
- 128) ebenda p.19
- 129) Rigby, Communist Party Membership, p.61
- 130) IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.608
- 131) Daniels, p.102
- 133) IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.615
- 134) In der Folge meist als KPR abgekürzt.
- 135) IML, Geschichte, Band 3, 1.Buch, p.619
- 136) ebenda, p.624
- 137) Smith, Finland and the Russian Revolution 1917-1922, p.18/19
- 138) Als der Nordstern rot wurde. Revolution und Konterrevolution in Finnland 1917/1918, p.15
- 139) Smith, Finland, p.38, die alten und neuen Städtenamen werden verwendet.
- 140) Als der Nordstern rot wurde, p.29
- 141) ebenda, p.30/31
- 142) Keep, The Russian Revolution, p.260
- 143) Brüggmann, Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg, p.215
- 144) ebenda, p.152
- 145) ebenda, p.153
- 146) ebenda, p.151
- 147) Marie, Lénine. La Revolution permanente, p.274
- 148) Ein Funt gleich 410g
- 149) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.360

- ¹⁵⁰⁾ Keep, p.420
- ¹⁵¹⁾ ebenda, p.421/422
- ¹⁵²⁾ ebenda, p.261
- ¹⁵³⁾ Lenin-Werke, Band 27, p.387
- ¹⁵⁴⁾ ebenda, 406/407
- ¹⁵⁵⁾ ebenda, p.409
- ¹⁵⁶⁾ IML, Geschichte der KPdU, Band 3, Zweites Buch, p.104
- ¹⁵⁷⁾ Keep, p.429
- ¹⁵⁸⁾ ebenda, p.431
- ¹⁵⁹⁾ IML, Band 3, Zweites Buch, p.95
- ¹⁶⁰⁾ ebenda, p.100
- ¹⁶¹⁾ Häfner, p.472
- ¹⁶²⁾ ebenda, p.475
- ¹⁶³⁾ ebenda, p.482
- ¹⁶⁴⁾ Keep, p.435
- ¹⁶⁵⁾ Brüggmann, p.138
- ¹⁶⁶⁾ ebenda, p.140
- ¹⁶⁷⁾ ebenda, p.143
- ¹⁶⁸⁾ , ¹⁸⁷⁾ ebenda, p.144
- ¹⁶⁹⁾ Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, p.136
- ¹⁷⁰⁾ Kaplan, Bolshevik Ideology and the Ethins of Soviel Labor. 1917-1920 ,p.169
- ¹⁷¹⁾ ebenda, p.171
- ¹⁷²⁾ ebenda, p.204
- ¹⁷³⁾ Losowski, p.172
- ¹⁷⁴⁾ Kaplan, p.161
- ¹⁷⁵⁾ ebenda, p.209/210
- ¹⁷⁶⁾ ebenda, p.220. Wegen seiner syndikalistischen Positionen wurde Losowski zeitweise aus der KPR ausgeschlossen.
- ¹⁷⁷⁾ Lenin-Werke Band 22, p.209
- ¹⁷⁸⁾ Lenin, Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien (1916), Lenin-Werke Band 23, o.215-216
- ¹⁷⁹⁾ Lenin: Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B). Referat zur politischen Lage (1917); in: Lenin- Werke Band 24, p.229
- ¹⁸⁰⁾ Lenin, Staat und Revolution, in :Lenin-Werke Band 25, p.439/440
- ¹⁸¹⁾ ebenda, p.440
- ¹⁸²⁾ Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode, p.139; Lorenz, p.87
- ¹⁸³⁾ Lorenz, p.14
- ¹⁸⁴⁾ ebenda, p.117
- ¹⁸⁵⁾ ebenda, p.134
- ¹⁸⁶⁾ ebenda, p.138/139
- ¹⁸⁸⁾ Brovkin, Mensheviks after october, p.133
- ¹⁸⁹⁾ ebenda, p.137
- ¹⁹⁰⁾ ebenda, p.140/141
- ¹⁹¹⁾ ebenda, p.147
- ¹⁹²⁾ siehe das folgende Kapitel über den Bürgerkrieg
- ¹⁹³⁾ Brovkin, p.159
- ¹⁹⁴⁾ ebenda, p.164
- ¹⁹⁶⁾ Rabinovitch, Das erste Jahr, p.310
- ¹⁹⁷⁾ ebenda, p.324/325; die Kommune war die Regionalregierung nach dem Umzug des Sownarkom

- 198) Legett, p.467
- 199) Brovkin, p.247
- 200) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.345
- 201) Häfner, p.498
- 202) ebenda, p.499
- 203) ebenda, p.500/501
- 204) ebenda, p.527
- 205) ebenda, p.529
- 206) ebenda, p.530/531
- 207) ebenda, p.532/533
- 208) ebenda, p.536/537
- 209) ebenda, p.539/540
- 210) ebenda p.562
- 211) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.396/397
- 212) Brovkin, p.257
- 213) Der Verlauf des Bürgerkriegs wird im nächsten Kapitel geschildert.
- 214) Brovkin, p.215
- 215) Marie, Lénine, p.289
- 216) Legett, p.104
- 217) Rabinovitch, Das erste Jahr, p.448
- 218) ebenda, p.452
- 219) ebenda, 466/467
- 220) Legett, 178
- 222) Fischer, Griff nach der Weltmacht, p.712
- 223) ebenda, p.723
- 224) ebenda, p.719
- 225) <http://de.wikipedia.org/wiki/Brotfrieden>
- 226) Baumgart, p.191
- 227) etwa: Man mischt sich ein und dann sieht man weiter.

From:
<http://www.anton-dannat.de/> - **Anton Dannat**

Permanent link:
http://www.anton-dannat.de/7._das_jahr_eins_der_revolution?rev=1482161310

Last update: **2016/12/19 16:28**

